

Blätter des Bundes der
Religiösen Sozialistinnen
und Sozialisten
Deutschlands e.V.

4/17

Dezember 2017 · 70. Jahrgang
Einzelverkauf 7,- €

CHRISTIN
CHRIST UND
SOZIALISTIN
SOZIALIST
CUS

Es gibt Alternativen: Sozialismus!

Die Reformation und die Herausforderung des Friedens heute II

Themen und Aktionsfelder der ReSos IV

Die willkommene „Hölle“ von Hamburg

Rezensionen

Bundesnachrichten

KREUZ UND ROSE



IMPRESSUM

**CuS. Christin und Sozialistin/
Christ und Sozialist. Kreuz und Rose.**
Blätter des Bundes der Religiösen So-
zialistinnen und Sozialisten Deutsch-
lands, erscheint seit 1948.

Herausgeber:

Bund der Religiösen Sozialistinnen und
Sozialisten Deutschlands e.V., gegrün-
det 1919/1926

Vorstand:

Jürgen Gorenflo, Andreas Herr,
Anneke und Florian Ihlenfeldt,
Thomas Kegel

Redaktion:

Dr. Reinhard Gaede (v.i.S.d.P.)
Wiesestr. 65, D-32052 Herford
Tel. 0 52 21 / 34 25 56
cus@brsd.de, reg@brsd.de
Thomas Kegel, Hannover
Elmar Klink, Bremen

Redaktions-Beirat:

Friedrich-Wilhelm Bargheer, Blomberg
Volker Beckmann, Herford
Doris Gerlach, Herford
Jürgen Gorenflo, Norderstedt
Dietlinde Haug, Bad Oeynhausen
Dieter Hönerhoff, Bielefeld
Jens-Eberhard Jahn, Leipzig
Helmut Pfaff, Frankfurt

CuS/BRSD im Internet:

www.BRSD.de

Webmaster:

Thomas Kegel, Hannover

Erscheinungsweise:

Vierteljährlich

Abonnements:

Jürgen Gorenflo, Hollunderweg 8 b,
22850 Norderstedt, jgorenflo@web.de

Preise:

Einzelheft: € 7,-, Jahresabonnement,
Inland: € 20,-, Welt: € 30,-, Förder-
abonnement € 25,- oder mehr.
Kündigungen werden zum Jahresende
wirksam. Bitte überweisen Sie den
Betrag jeweils zum Jahresbeginn an
den BRSD e.V., KD-Bank,
IBAN DE15 3506 0190 2119 4570 10,
BIC GENODED1DKD

Gestaltung & Layout:

Thomas Biedermann,
Kreativ-Schmiede, Hamburg
www.kreativ-schmie.de

Druck:

satz- und druckprojekte TEXTART ver-
lag, Solingen, textart@t-online.de

ISSN 0945-828-X

INHALT

Editorial – Schwerpunktthema Sozialismus	1
Claus Petersen	
„Eher geht ein Kameldurch ein Nadelöhr ...“	4
Wilfried Gaum	
Trotz alledem! Gedanken eines Quäkers zur Idee des Sozialismus	7
Philipp Geitzhaus	
Die Suche nach Allianzen – Papst Franziskus und die „Idee des Kommunismus“	11
Johann Bauer	
Was wäre denn ein sozialistisches Programm heute? Vielleicht ein altes?	19
Klaus Fuchs-Kittowski	
Leben für Gerechtigkeit und Frieden am Beispiel Emil Fuchs	26
Reinhard Gaede	
Leben für Frieden und Gerechtigkeit. Das Beispiel Emil Fuchs	34
Franz Segbers	
Soziale Menschenrechte – Bedingung für eine alternative Wirtschaftsordnung	39
Michael Bünker	
Die Reformation und die Herausforderung des Friedens heute II	46
Reinhard Gaede	
Themen und Aktionsfelder der Religiösen Sozialist(inn)en in der Vergangenheit IV	51
Elmar Klink	
Die willkommene „Hölle“ von Hamburg	56
<hr/>	
Rezensionen	
Elmar Klink	
„Die Fertigmacher“	63
Gustav Landauer: Werkausgabe – Eine Jahrhundertedition	68
Günter Zwanzig	
Rote Fahnen, bunte Bänder	74
<hr/>	
Bundesnachrichten	
Reinhard Gaede ist 75. Herzlicher Glückwunsch!	76
BRSD Jahrestagung 2017 in Ratzeburg	79
Ratzeburger Erklärung	81
Bilder-/Fotonachweis	85
Autorinnen und Autoren	85

Editorial – Schwerpunktthema Sozialismus

Viele von uns erinnern sich sicher noch an die britische Premierministerin Margaret Thatcher (1979–90 im Amt). Sie bleibt im Gedächtnis vieler Menschen als diejenige, die nicht nur einen brutalen Klassenkampf von oben gegen Gewerkschaften und Arbeiter(innen)-Bewegung betrieb, sondern auch behauptet hat, es gebe „keine Gesellschaft“ (there is no society)“. Von ihr stammt auch „TINA = there is no alternative“. Dieses neoliberale Mantra wiederholte sie gebetsmühlenartig. Es wird auch heute noch von allen neoliberalen Kräften, einschließlich der Bundeskanzlerin Merkel behauptet, dass es keine Alternativen gebe.

Diese Aussage, wie jene nach 1989/90 vom „Ende der Geschichte“ (F. Fukuyama,) dient dazu, bereits gedanklich jegliche Alternativen auszuschließen. Es ist selbst eine ideologische Nebelkerze, die allen an einer Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse Interessierten bedeuten soll, dass Veränderungen wegen der – meist wirtschaftlichen – Sachzwänge des Kapitalismus nicht möglich seien.

Wir aber meinen: Es gibt Alternativen – Sozialismus!

Eine Alternative zur Spaltung der Gesellschaft, mit unermesslichem Reichtum einerseits und immer weiter zunehmender Anzahl von Menschen, die nicht mehr nur von einem

Job leben können. Eine Alternative zur Ausgrenzung von Ärmeren, von Ausländern, Flüchtlingen ... und zur Verängstigung vieler Einzelner, Paare, Familien, die fürchten, dass sie in ihrer Lebensweise bedroht sind und die Angst haben vor dem sozialen Abstieg. Unsere Alternative heißt Solidarität – unsere Alternative ist eine sozialistische Orientierung.

Nach den historischen Erfahrungen mit autoritären staatsbürokratischen Parteien und staatssozialistischen Ländern und nach ihrem Zusammenbruch scheint es keine ökonomische und gesellschaftliche Alternative mehr zur „freien oder sozialen Marktwirtschaft“, jener Schminkfassade des Kapitalismus, und der dazugehörigen mehr oder weniger „marktkonformen Demokratie“ (davon reden allen Ernstes Kreise um die Bundeskanzlerin!) zu geben.

Wir möchten aber in diesem und im nächsten Heft (1/2018) Alternativen anbieten, benennen, diskutieren.

Dabei ist uns als religiösen Sozialist(inn)en klar, dass es heute nicht mehr den Sozialismus geben kann (wenn es einen solchen überhaupt jemals gab). Sozialismus heute ist nur noch als p l u r a l e r Sozialismus denkbar. Keine Zentrale, keine vorgegebene Denkmethode, keine von oben herab verkündete Richtung – sondern Diskussion zwischen den unterschiedlichen sozialistischen Strömungen ist heute notwendig. Wir bieten dazu ein Forum.



Redaktionsbeirat am 11. März 2017, sitzend: Dietlinde Haug, Friedrich-Wilhelm Bargheer, Doris Gerlach, stehend: Elmar Klink, Thomas Kegel, Reinhard Gaede, Volker Beckmann

Wir können des begrenzten Platzes wegen nur auf einige uns wichtig erscheinende Aspekte abheben, um deren Bearbeitung wir einzelne uns nahestehende Autoren gebeten haben. Dabei fällt natürlich auf, dass darunter eine weibliche Stimme leider fehlt.

Ebenso ist der Aspekt Ökonomie in diesem Heft unterbelichtet. Es fehlt eine grundsätzliche analytische Erörterung heutiger ökonomischer Fragen im Kontext eines religiösen Sozialismus, wie sie früher noch bspw. von dem linkssozialdemokratischen Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler und Verfasser einer Wirtschaftsethik im BRSD, *Prof. Eduard Heimann* (1889–1967), unter dem Marktwirtschaftsgedanken geleistet werden konnte. Das letzte Dokument dazu von 1980 stellt das Buch „Religiöser Sozialismus und Wirtschaftsordnung“ (Hg.: *Arthur Rich* und *Siegfried Katterle*) nach der Tagung im Oktober 1978 dar, auf die wir wenigstens hinweisen wollen. Ebenso waren in unserer ersten Einführungsbrochüre von 1991 in „Themen und Inhalte des religiösen Sozialismus“ Beiträge hierzu enthalten (eine völlig neu konzipierte Auflage ist in Arbeit) und auch in unseren „Leitsätzen“ von 1996 sind konkrete Ausführungen und Bezüge dazu zu finden.

Doch werden durchaus in Franz Segbers wie auch Philipp Geitzhaus' Aufsätzen zu „Sozialen Menschenrechten“ und der „Suche nach Allianzen – Der Papst und die ‚Idee des Kommunismus‘“ einzelne Fragen aufgegriffen und vertiefend erörtert. *F. Segbers* diskutiert die Erweiterung der bisherigen politischen und bürgerlichen Menschenrechte durch soziale Menschenrechte. Diese sozialen Menschenrechte sind seit vielen Jahrzehnten in der weltweiten Diskussion. Er stellt ihre (Ideen-) geschichtliche Herkunft vor und ihre kritische antikapitalistische Sprengkraft.

Ph. Geitzhaus weist auf die Kapitalismuskritik des Papstes Franziskus hin und stellt diese in einen Zusammenhang mit der Diskussion einiger in den weltweiten sozialen Bewegungen engagierten Intellektuellen. Diese diskutieren seit über 10 Jahren wieder über die Idee des Kommunismus und verbinden diese Diskussion mit aktuellen Protesten. Die päpstliche Kritik an der Vergötzung des Geldes und am Kapitalismus wird ebenso ausführlich dargestellt. Beide Denkbewegungen sollten miteinander verbunden werden – so Geitzhaus. Daraus könnte eine starke antikapitalistische Bewegung werden.

Auch die Rezension unseres Mitglieds *Elmar Klink* eines in 3. überarbeiteter und erweiterter Fassung neu erschienenen Grundlagenbuches („Die Fertigmacher“) gehört hierzu. Darin ist von aus Amerika zu uns überschwappenden Strategien und Praktiken von Unternehmern in Betrieben (Stichwort Union Busting) gegen gewerkschaftliche und betriebliche Aktivitäten von kritischen Arbeitnehmer(inne)n die Rede und geht es um Gegenstrategien in einer aktuell in Unternehmen sich verschärfenden Situation von Arbeit und Produktion. Hierbei wird auch noch mal deutlich, wie wichtig neben solidarischem Handeln die argumentative Rückgriffsmöglichkeit auf so etwas wie allgemeine wirtschaftsethische Menschenrechtsstandards (Segbers) für Arbeitende und Beschäftigte sind. Es geht um nichts Geringeres als die tägliche Erringung und Verteidigung des Menschenrechts auf menschenwürdige Arbeit, Bildung, Gesundheit und Muße, worauf sich jeder Mensch beziehen können sollte.

Von anderer historisch beleuchtender Warte aus befasst sich der Beitrag von *Johann Bauer* mit einem Grundlagentext des Religiösen Sozialismus. Er liest für uns den von den religiösen Sozialist(inn)en Max Gerber, Jean Matthieu, Clara und Leonhard Ragaz sowie Dora Staudinger 1920 erarbeiteten und 1921 publizierten Text: „Ein sozialistisches Programm“.

Der Autor der anarchistisch-gewaltlosen Zeitschrift *Graswurzelrevolution* und Sozialwissenschaftler stellt uns die zentralen Gedanken des Textes vor und diskutiert diese für unsere heutige Zeit. Hier findet auch die Frage Platz, wer vertrat zu welcher Zeit welche Vorstellungen von Sozialismus, gerade auch unter religiösen Sozialist(inn)en? Dabei taucht auch die alte Verbindung zu Genossenschaften und Genossenschaftssozialismus auf, deren Spuren Bauer nachgeht. Der Autor *Dr. Burghard Flieger* bringt in diesem Zusammenhang eine ebenfalls interessante neue Perspektive in die Diskussion ein unter dem etwas sperrig klingenden Stichwort der „Prosumentenkooperation“, die er im nächsten Heft mit Inhalt und Ziel kurz vorstellen wird. Zuletzt befassten wir uns auf der Jahrestagung im Herbst 2013 in Arnoldshain mit dem Thema *Solidarische Ökonomie* (siehe den Schwerpunkt und Bericht hierzu in *Christ(in) und Sozialist(in)*, Heft 4/2013).

Auch der sog. subjektive Faktor soll nicht zu kurz kommen. Der erst vor kurzem Quäker-Mitglied gewordene *Wilfried Gaum* beschreibt in seinem autobiografisch angelegten Beitrag „Trotz alledem!“ einen jahrzehntelangen individuellen Findungs- und Orientierungsprozess in Sachen Sozialismus. Welchen Leitgedanken hing man an, welche Erfahrungen kamen politisch hinzu, was hat man weshalb für sich verworfen und irgendwann ganz abgehakt. Was ist einem als wichtig und unverzichtbar an Essentials geblieben usw. Und als am Quäkertum (Religiöse Gesellschaft der Freunde) Orientierter spielt hier trotz einer ganz offenen und toleranten Beziehung zu Glauben und Theologie („Religion ohne Dogma“) die Frage nach Gott eine wichtige Rolle.

Zum Thema gehören auch Beiträge von *Claus Petersen* „Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr ...“. *Reichtum und Reich Gottes schließen einander aus*“ und die BRSD-Veranstaltung zu *Emil Fuchs* auf dem Kirchentag 2017 in Berlin mit *Klaus Fuchs-Kittowski*, dem Enkel von E. Fuchs, und *Reinhard Gaede*. Außerdem ist dann auch ein Text geplant, der eine aktuelle politisch-ökonomische Kritik des aktuellen Kapitalismus unternimmt. Wir möchten auch schon darauf hinweisen, dass ebenfalls in 2018 ein Heft-Schwerpunkt zum Thema *Demokratie* vorgesehen ist, zu dem wir uns natürlich über frühzeitige Artikel-Einsendungen sehr freuen würden (Redaktionsschluss ca. Mitte Mai 2018 für das Heft 2–3/18, Juli/Aug.).

Mit guten Wünschen

Thomas Kegel, Elmar Klink

Allen Lesern und Leserinnen wünsche ich ein frohes gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr unter der Jahreslosung: Gott spricht: Ich will dem Durstigen geben von der Quelle des lebendigen Wassers umsonst. (Offb. 21,6)

Reinhard Gaede

Reinhard Gaede

Reichtum und Reich Gottes schließen einander aus

„Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr ...“

Von Claus Petersen

Die Botschaft Jesu scharf zu konturieren oder gar auf den Punkt zu bringen, ist angesichts der schwierigen Quellenlage nicht gerade einfach (nicht wenige halten ein solches Unterfangen deshalb sogar für aussichtslos), eines aber ist sonnenklar: Reichtum ist für Jesus mit dem Reich Gottes – und zwar definitiv – unvereinbar. Ausschließlich die Armen, nämlich die, die nicht mehr haben, als sie brauchen, haben daran teil. Man hat sogar den Eindruck, dies sei der einzige, jedenfalls der entscheidende Grund dafür, dass nur diese Menschen „richtig“ leben. Die beiden – und zwar, wie sich noch zeigen wird, nicht nur, was Jesu Haltung zum Besitz, sondern sein Evangelium selber angeht, entscheidenden – Sätze lauten: „Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, als dass ein Reicher ins Reich Gottes gelangt“ (Markus 10,25, von Matthäus [19,24] und Lukas [18,25] praktisch wortwörtlich übernommen) und: „Selig sind die Armen (...); ihrer ist das Reich Gottes“ (Matthäus 5,3; das matthäische „Reich der Himmel“ wurde stillschweigend durch den ursprünglichen Terminus „Reich Gottes“ ersetzt; das bei Matthäus auf „die Armen“ folgende „in Bezug auf den Geist“ [die „geistlich“ Armen] ist ein spiritualisierender und damit die eigentliche Aussage schwerwiegend verfälschender Zusatz) bzw. „Selig ihr Armen, denn euer ist das Reich Gottes“ (Lukas 6,20b; meist wird die matthäische Variante gegenüber der direkten Anrede bei Lukas als ursprünglicher angesehen).

Beide an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassenden Texte wurden – und ganz gewiss gerade deshalb! – von Anfang an, schon in vorneutestamentlicher Zeit, sodann durch die Evangelisten und schließlich all die Jahrhunderte hindurch bis heute entweder relativiert oder marginalisiert.

So wird Jesus bereits im selben 10. Kapitel des Markusevangeliums der vielzitierte Satz in den Mund gelegt: „Bei den Menschen ist es unmöglich, nicht aber bei Gott, denn alles ist möglich bei Gott.“ (Vers 27) Der Darstellung zufolge reagiert Jesus damit auf eine Anfrage, die das „Eingehen ins Reich Gottes“ als einen erst zukünftig-jenseitigen Vorgang missversteht: „Wer kann dann gerettet werden?“ (Vers 26b) Seiner fingierten Antwort zufolge wäre dies auch für einen Reichen nicht völlig ausgeschlossen. Bis in die Gegenwart beruft man sich auch gerne auf weitere Hypothesen, die diesem Wort seine Schärfe und Eindeutigkeit wieder nehmen. So wurde in wenigen und unbedeutenden Handschriften das Wort *kámalos* („Kamel“) durch die Veränderung eines Buchstabens in *kámilos* („Seil“) gefälscht und damit das Paradoxon aufgelöst. Bisweilen wird auch die haltlose, durch nichts begründete These vertreten, *trúmalíá rafídos* („Nadelöhr“) sei der Name eines besonders engen Stadttors in Jerusalem gewesen. Die Tendenz all dieser Versuche liegt klar auf der Hand: Durch Abschwächung sollte die Unerbittlichkeit, die dieses Wort kennzeichnet, aufgeweicht, den Reichen eben doch ein Schlupfloch offen gelassen werden. Der Reichtum soll irgendwie doch

als christlich vertretbar, als nicht völlig verwerflich erscheinen, auch den Reichen soll ein Platz in der christlichen Gemeinde zugestanden werden.

Und was die Seligpreisung der Armen bzw. die Reich-Gottes-Zusage an sie angeht, so wurde diese präsentische Aussage durch den Einfluss der sekundären, fälschlich Jesus in den Mund gelegten, Hinzufügung der Seligpreisung der Hungernden und der Weinenden (und weiterer Seligpreisungen durch Matthäus) nachträglich umgebogen, ja geradezu auf den Kopf gestellt: Weil dort jeweils die Ablösung einer negativen Gegebenheit – Traurigkeit, Hunger – durch einen ins Gegenteil gewendeten positiven Zustand in der Zukunft verheißen, die Seligkeit also, ganz anders als in der ersten Seligpreisung, noch gar nicht zugesprochen, sondern lediglich in Aussicht gestellt wird, versteht man bis heute die Armut in der ersten Seligpreisung (sie allein geht auf Jesus von Nazaret zurück) nicht mehr als ein positives, und zwar als das alles entscheidende Merkmal der – natürlich gegenwärtigen, präsentischen, hier und jetzt sich realisierenden! – Reich-Gottes-Zugehörigkeit, sondern als eine zu überwindende Elendssituation (den Vogel schießt Joachim Jeremias ab: „Die Armen stehen Gott nahe. Denn die eschatologische Umkehr der Verhältnisse beginnt sich zu realisieren: die Armen werden reich.“ [Neutestamentliche Theologie. Erster Teil: Die Verkündigung Jesu, 1971, 213; Hervorhebung von mir]). In der ersten Seligpreisung geht es aber nicht um eine (zu erwartende) Umkehrung der Verhältnisse, sondern darum, wer am Reich Gottes teilhat und wer nicht. Ersteres aber gilt nur für die Armen, nämlich für die, die „einfach leben“, wie es das zeitgenössische Verständnis des griechischen *ptochós* durchaus zulässt. Man müsste Jesus schon Zynismus unterstellen, wenn er denen, die zu

wenig zum Leben hätten, das Reich Gottes zuspräche. Ein bekanntes Lied bringt es völlig korrekt auf den Punkt: „Selig seid ihr, wenn ihr einfach lebt.“

Es bleibt also bei der völlig eindeutigen Position Jesu: Reichtum ist mit dem Reich Gottes absolut unvereinbar, Reichtum und Reich Gottes schließen einander aus. Gemäß ist ihm einzig und allein ein Lebensstil der Einfachheit, des Genug. Alles, was darüber hinausgeht, verschließt die Tür zum Reich Gottes.

Die Relativierung der Botschaft Jesu gerade in diesem alles andere als belanglosen Punkt, ja das völlige Unverständnis seiner Haltung dem Reichtum gegenüber haben ein und dieselbe Ursache: die Verdrängung, Verdunklung, ja Vergiftung seiner Botschaft, das Unverständnis, das man ihr gegenüber an den Tag legt, bzw. das Desinteresse an ihr, dessen man schon die Verfasser der neutestamentlichen Schriften selbst bezichtigen muss. Von Anfang an ist das Neue Testament kein Dokument des jesuanischen Evangeliums, sondern ein Zeugnis seiner Verdrängung – ein Prozess, der seinerzeit zwar im Gange, glücklicherweise aber noch nicht abgeschlossen war, sodass einzelne Jesusworte noch auffindbar, ja die Jesusbotschaft selbst noch identifizierbar ist. Vieles spricht dafür, dass zumindest 21 in den synoptischen Evangelien überlieferte Worte und Gleichnisse mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit auf den historischen Jesus selbst zurückgehen. Wenn man sie strikt von ihrem in vielen Fällen entfremdenden oder gar verfälschenden Kontext isoliert und auch die sekundären Erweiterungen wieder entfernt, ergibt sich – grob skizziert – folgendes Bild, das wiederum auch Jesu Haltung dem Reichtum gegenüber nicht nur klar verständlich macht, sondern geradezu als zwingend erweist:

Im Zentrum der Botschaft Jesu steht die

basileia tou theou, das Reich Gottes, nicht etwa ein neues Gottesbild. Es geht ihm auch nicht um seine eigene Person, schon gar nicht um die Heilsbedeutung seines Leidens und Sterbens. Das Reich Gottes aber – das ist der „neue Stoff“, der „neue Wein“ – kommt nicht erst, ist auch nicht angebrochen, sondern es ist „mitten unter euch“, allerdings nicht so, dass man es beobachten, mit dem Finger darauf zeigen, es dingfest machen könnte (Lukas 17,21). Alle Menschen sollen an ihm teilhaben, und zwar hier und jetzt. Der Tisch des Großen Gastmahls steht – und zwar jetzt schon! („Kommt, denn es ist schon bereit“, Lukas 14,17, in der revidierten Lutherbibel jetzt endlich korrekt wiedergegeben) – allen Menschen offen. Aber nicht alle Menschen nehmen die Einladung an, manche sehen sich – das ist das Thema jenes Gleichnisses – tragischerweise dazu nicht in der Lage. Und zwar sind es in erster Linie die Reichen, die Besitzenden, die sich entschuldigen (müssen). Sie haben „Wichtigeres“ zu tun, in ihren Augen zumindest, obwohl es doch jetzt absolut nichts Wichtigeres und vor allem Schöneres gibt, als der Einladung zu folgen und sich am „Welt-Tisch“ des Reiches Gottes niederzulassen. Leben, und das ist offensichtlich die These Jesu, meint Verbundenheit – mit den Menschen, mit allen Menschen, ja mit der ganzen Welt, in der sich unser Leben ereignet und in die es eingebettet ist. Nur wer das Gottesgeschenk der Weltverbundenheit (wieder) annehmen kann (für die Kinder, für Jesus unsere Lehrmeister im Reich Gottes, ist das noch völlig selbstverständlich; Markus 10,15), findet das wahre Leben, erfährt Erfüllung und „Seligkeit“, mit anderen Worten: hat Teil am Reich Gottes.

Erst jetzt, vor dem Hintergrund der Lebensintention Jesu, wird verständlich, warum Reichtum und Reich Gottes unvereinbar sind – sodass der, der den Schatz des Rei-

ches Gottes entdeckt, sofort „in seiner Freude“ hingeht und alles verkauft, was er besitzt. Anders ist der Schatz nicht zu gewinnen, bzw. richtiger: Wer den Schatz entdeckt, spürt im selben Moment, dass jedes Zuviel die Weltverbundenheit nicht etwa nur erschweren, sondern zerstören, ihn selbst vom wahren Leben unüberbrückbar trennen würde. Reichtum ist also alles andere als Glück, sondern im Gegenteil ein – durchaus nicht im übertragenen Sinn! – lebensgefährliches Defizit, eine schwere Krankheit, die aber nicht unheilbar ist.

Jeder Mensch hat einen, hat seinen Platz in dieser Gotteswelt – und auch die Tiere, die Pflanzen, die Landschaften, die Flüsse, die Meere, Erde, Wasser, Luft – ist darin eingebunden und eingebettet. Alles hängt mit allem zusammen. Niemand kann in einer solchen Welt mehr für sich beanspruchen, als er braucht, er muss es aber auch nicht, denn er kann sich darauf verlassen und muss sich darauf verlassen können, dass die Gesellschaft ihm jederzeit das zur Verfügung stellt, was er braucht. Auch das aber wird selbstverständlich so sein, wenn wir die Welt, in der wir leben, als „Reich Gottes“ wahrnehmen. Dann würden wir uns diese Erfahrung wie einen großen „Schatz“ unter allen Umständen bewahren, würden sofort, geradezu automatisch den dieser Erfahrung einzig gemäßen Lebensstil der Welt- bzw. Reich-Gottes-Verbundenheit, dessen entscheidendes Merkmal die Einfachheit ist, das Genug, gegen die alte weltentfremdete und permanent weltentfremdende Lebensweise tauschen, für die der Kapitalismus steht, die Mehrung des Privatbesitzes um (fast) jeden Preis. Weltverbundenheit statt Weltentfremdung, Reich Gottes mitten unter uns statt Reich-Gottes-Vergessenheit, das ist jetzt die Devise. Mehr zu haben, als man braucht, ist jetzt geradezu absurd.

Hinweis: Zur exegetischen Begründung meiner Interpretation des jesuanischen Evangeliums vgl. mein Buch „WeltReligion. Von der paulinisch-lutherischen Kreuzestheologie zur Botschaft Jesu von der Gegenwart des Reiches Gottes. Von den Strukturen der Gewalt zu einer Kultur des Friedens, Hamburg 2016 (dort finden sich auch detaillierte Exegesen der zitierten Jesusworte); siehe auch:

http://www.reich-gottes-jetzt.de/aktuelles/der-skandal-des-reichtums/.

Claus Petersen, 1952 in Emden geboren, aufgewachsen in Nürnberg, Theologiestudium in Erlangen und Heidelberg, anschließend wissenschaftlicher Assistent am Institut für Altes Testament bei Prof. Dr. Georg Fohrer, 1981 Promotion, 1982–1985 Pfarrer z.A. in Bay-

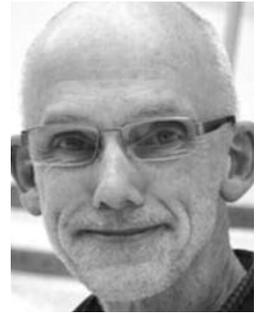
reuth, 1985–1997, Gemeindepfarrer in Beilngries, seitdem Pfarrer bei der Stadtmission Nürnberg;

gründete 2002 die „Ökumenische Initiative Reich Gottes – jetzt!“

(www.reich-gottes-jetzt.de).

Buchveröffentlichungen: „Die Botschaft Jesu vom Reich Gottes. Aufruf zum Neubeginn“ (2005); „WeltReligion ...“ a.a.O.

Verheiratet, drei erwachsene Kinder.



Claus Petersen

Trotz alledem! Gedanken eines Quäkers zur Idee des Sozialismus

Von Wilfried Gaum

Dieser sagt dieses, jener sagt jenes. Aber was kannst Du sagen?“ lautet einer der Kernsätze quäkerischen Glaubens. George Fox, der Begründer dieser radikalreformatorischen Glaubensrichtung meinte damit, dass es auf die persönliche Erfahrung im Glauben ankommt und nicht auf theologische Begründungen und dogmatische Spitzfindigkeiten. Das „sola scriptura“ reicht nicht, sondern bleibt totes Holz, wenn nicht das „Seelenfünkeln“ eines Meister Eckhart empfunden und erlebt, aber eben auch der Glauben – so gut es geht – persönlich vorgelebt wird. Der „neue Mensch“ gestaltet sich von Innen. Deshalb sind nach meiner Wahrnehmung auch alle Versuche, „den neuen

Menschen“ durch Gewalt oder durch äußerliche Hebung seiner Lebensumstände zu schaffen, entweder in Blutbädern oder Konsumismus geendet.

Ich glaube auch, dass kein Mensch sich für Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit und vollendete Demokratie einsetzt, weil er das „Kapital“ von Karl Marx zu lesen beginnt. Ich erinnere mich, wie ich mit einem Freund 1971 in eine Buchhandlung ging und etwas schüchtern nach der Ullstein-Ausgabe dieses Werkes fragte, schon im Laden zu lesen begann und bald enttäuscht war. Wir konnten mit diesem trockenen Zeugs nichts anfangen: „Geld – Ware – Geld“. War das etwa der Revolutionär Karl Marx? Mein Gymnasium bot eine Arbeitsgemeinschaft zur Lektüre des „Kapital“ an: wie abstoßend

diese Haarspaltereien und Besserwisserien, mit denen die Primaner uns Mittelstufeln die Welt des Kapitals erklären wollten! Soweit ich sehen kann, hat dieser „wissenschaftliche Sozialismus“ jedenfalls der deutschen Arbeiterbewegung die Zähne stumpf gemacht, sowohl im Kampf gegen die Reaktionsäre nach 1918 als auch 1933 und dies sicher auch vor dem Hintergrund der vom Luthertum beförderten Staats- und Autoritätsgläubigkeit, aus der sich Deutschland bis 1968 nie hat lösen können.

Aber meine Zweifel an der „historischen Mission der Klasse“ gehen heute tiefer. Mein Großvater hat als Dreher gelernt, alle meine Großonkel waren Arbeiter, Kellner, die Frauen Verkäuferinnen, meine Mutter kaufmännische Angestellte, mein Vater Vertreter, aus hugenottischer Familie stammender, durch den 2. Weltkrieg deklassierter Drogist. Und ich erlebte den „Eribon“-Effekt: je weiter ich mich durch Bildung und Ausbildung von meiner Klasse entfernte, umso höher hob ich für lange Zeit ihr Idealbild in die Höhe. Dabei standen in den Wohnzimmerschränken meiner Verwandten bestenfalls zwei Bücher, waren ihre Wohnungen in den damaligen Arbeiterquartieren Hannovers m. E. geschmacklose Ansammlungen des „Gelsenkirchener Barocks“, war ihr Weltbild dichotomisch und hoffnungslos: „der kleine Mann kann sowieso nichts machen!“. Unsere Versuche, vor den Werkstoren der damals noch existierenden Industriebetriebe für irgendetwas „Politisches“ zu mobilisieren wurde mit Gleichgültigkeit oder Hass quittiert: „Geht erst mal arbeiten!“ oder „Geht doch rüber“. Die Arbeiterklasse: ein Phantom, ihre Bewegung ein Mythos. Ich weiß nur, dass angefangen bei meinem Großvater über die Juso-Lehrlingsgruppe bis in die Stipendiatengruppe der Hans-Böckler-Stiftung alle im

Kern ein Ziel hatten: so schnell wie möglich ihre Klasse zu verlassen.

Meine früheste Erinnerung an „den Sozialismus“ verbinde ich mit einer Reise als Zwölfjähriger durch die DDR des Jahres 1967 im Transit nach Berlin, wohin ich meinen Vater auf einer seiner beruflichen Reisen begleitete. Der Wagen wurde in Marienborn von mit Maschinenpistolen bewaffneten weiblichen Grenzern an die Seite gewunken – so etwas hatte ich noch nicht gesehen! Bewaffnete Frauen in Uniform! Eine versorgte mich mit Stapeln von Broschüren und sogar mit der als Gegenpropaganda erscheinenden „Bild-Zeitung“ (Ost), herausgegeben vom „Sekretariat für westdeutsche Fragen“. Aber der erste sinnliche Eindruck war dann doch: Anspannung und Angst. Die lange Wartezeit bis zur Abfertigung verbrachte ich mit der Lektüre der Broschüren, die ein recht buntes Bild vom Leben im Sozialismus der DDR zeichneten. Das fand ich dann aber gar nicht wieder auf der Strecke bis zur Grenze Westberlins bei Dreilinden: soweit Siedlungen und Raststätten zu sehen waren – grau, etwas schäbig und: freudlos. Und das ist als Eindruck auch danach geblieben: die riesige Differenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit und diese allgegenwärtige Freudlosigkeit vor und in potemkinschen Dörfern. Als einzig buntes Element sind mir rote Fahnen und die Fahne der DDR in Erinnerung geblieben.

Ein Jahr später, bei der Rückkehr aus einem Urlaub in Schweden, im August 1968 bekam ich auf dem Schiff nach Kiel mit, dass eine Interventionsarmee mit Panzern, Flugzeugen und bewaffneten Einheiten in die Tschechoslowakei einmarschierte. Ich hing am Radio, besorgte mir alle möglichen Zeitungen und sah im Fernsehen, wie dieser letzte Versuch einer Versöhnung von osteuropäischem Realsozialismus mit Demokratie und Gedanken- und künstlerischer

Freiheit unter der Führung der Sowjetunion niedergewalzt wurde. Die wutverzerrten und verzweifelten Gesichter der Prager am Straßenrand und die Ratlosigkeit der jungen sowjetischen Soldaten auf ihren riesigen Panzern werde ich nie vergessen. Danach war für mich klar, diese Ausprägung des Sozialismus kann es nicht sein! War das überhaupt Sozialismus?

Wieder zwei Jahre später entdeckte ich die Kulturrevolution in der Volksrepublik Chinas. Meine Mutter fiel fast in Ohnmacht, als ein Postbote eine dickes Paket mit chinesischem Rollstempel und dem Absender „Radio Peking“ bei uns vorbeibrachte, prall gefüllt mit Ausgaben der „Peking Rundschau“, Materialien zum 7. Parteitag der KP Chinas und Schriften des Großen Vorsitzenden Mao Tse-tung. Ich hatte einfach mal einen Brief nach Peking geschickt, ob sie mir denn Informationen schicken könnten, ich würde sie auch in meiner Schülergruppe weitergeben. Ich hatte damals mit anderen kritischen Schülern zur Auflösung der SMV beigetragen, was damals noch „Schülermitverantwortung“ bedeutete. Unsere Gruppe setzte sich stattdessen als eine Art jakobinisches Direktorium an deren Stelle und entwickelte sich sehr rasch zu einem sozialistischen Zirkel. Wir standen unter erheblichem Druck, es gab 2 Schulverweise und das Verbot unserer Schülerzeitung. Hier erlebte ich die Wirksamkeit eines von starken Überzeugungen getragenen Aktivismus und der Möglichkeit eines Pluralismus, denn unsere Gruppe umfasste von Anarchisten bis zu linken Sozialdemokraten das ganze Regenbogenspektrum des Sozialismus. Aber der Druck von Außen machte uns härter, rigider, intolerant und förderte Denken in Gewaltkategorien. Und eine Überheblichkeit: wir waren Verbündete der Arbeiterklasse! Am Ende stand die maotistische Sekte.

China! Wie anders, wie bunt und lebendig erschien doch das China der Kulturrevolution (die 1970 faktisch gerade beendet wurde)! Massendebatten, das permanente Infragestellen alter Autoritäten, der revolutionäre Enthusiasmus bei Aufbau eines neuen China, getrieben von Überzeugungen, nicht von sowjetischen „materiellen Stimuli“. Da waren selbst Gallensteinoperationen ohne Betäubung möglich, wenn nur die „Worte des Vorsitzenden Mao Tse-tung“ im OP-Saal laut und energisch genug rezipiert die Narkose zu ersetzen hatten. Das diese „Kulturrevolution“ Millionen von Opfern kostete, dass mit der radikalen Zerstörung der chinesischen Kultur der Boden bereitet worden ist für das, was wir heute als neuen expansiven Kapitalismus erleben, das war für uns nicht sichtbar. Wenn ich mir heute die Ergebnisse all dieser von uns enthusiastisch gefeierten Befreiungsbewegungen anschau: wie konnten solche Illusionen bloß entstehen? Von China, Vietnam, Kambodscha, Angola, Mozambique, Simbabwe bis zu Venezuela sind im Namen des Sozialismus ungeheuerliche Verbrechen begangen worden und stehen Partei- und Staatselementen über ihren Bevölkerungen, denen sie Demokratie und Freiheit verweigern und sich selbst bereichern. Nein, die Zwischenbilanz fällt nicht sehr positiv aus.

Warum halte ich dennoch daran fest, dass der demokratische Gedanke auf alle Lebensbereiche ausgedehnt gehört, dass Selbstverantwortung und Selbstorganisation für alle Menschen möglich sind und erlernbar sind, dass jeder Mensch Anspruch auf eine auskömmliche materielle Existenz und gesellschaftliche Teilhabe hat?

Weil ich davon überzeugt bin, dass es, so wie es ist, nicht bleiben kann. Eine Welt, in der die Einen zum Objekt der Anderen gemacht werden, in der nichts heilig ist außer dem Mammon und unsere Lebensgrund-

lagen zerstört werden, weil die Wenigen dem Prinzip des Königs Midas frönen, darf nicht am Ende menschlicher Entwicklung stehen. Ich denke auch, dass die tiefe Sehnsucht nach einer anderen Welt einen anthropologischen Hintergrund hat, der uns helfen kann. In einem der interessantesten Werke, die ich in letzter Zeit gelesen habe, „Das Tagebuch der Menschheit“¹ wird die Bibel als Reaktion auf das Heraufdämmern der Klassen-Gesellschaften in der neolithischen Revolution gelesen. Mit der Sesshaftwerdung der Menschen werden kleine überschaubare Gruppen in großer Gleichheit, Geschlechter-Egalität, ohne Eigentum und in gewaltarmen Sozialbeziehungen nach Hunderttausenden von Jahren durch eine Ordnung abgelöst, in die Eigentum, Patriarchat, Hierarchie und Gewalt einziehen. Der Sozialismus ist eine Antwort auf diese Vertreibung aus dem Paradies. Aber wie bekommt man den Geist wieder in die Flasche? Nach über vierzig Jahren politischer Praxis und 20 Jahren Mitarbeit in der evangelisch-lutherischen Kirche bin ich 2016 der „Religiösen Gesellschaft der Freunde“ beigetreten. Ich denke, dass Glauben und Leben, besser: Werden und Wachsen in der Gemeinschaft der Quäker eine Antwort sein kann. Ich glaube mit Gustav Landauer, dass Sozialismus jetzt beginnen muss, in uns, indem wir Einfachheit und Gleichheit, Ehrlichkeit und Integrität, am Frieden arbeiten und uns Gewaltfreiheit aneignen und vorleben, für soziale Gerechtigkeit und Demokratie als umfassendem Lebensprinzip in allen gesellschaftlichen Bereichen wirken. Man kann das radikale Demokratie nennen. Die Quäkerwerte orientieren auf eine solche gesellschaftliche Ordnung. Sozialismus geht darüber hinaus. Freiheit ohne Gleichheit ist der Dschungel, Gleichheit ohne Freiheit das Gefängnis. Ich glaube daher, dass nur eine Wirtschafts-

ordnung, die genossenschaftlich organisiert ist, beide miteinander vereinen kann. Auch hier war ein Quäker, John Bellers in Großbritannien, schon im 18. Jahrhundert als Impulsgeber tätig. Karl Marx zitiert ihn mehrfach im „Kapital“. Und ich glaube, dass eine Gemeinwohl-Ökonomie möglich ist, wodurch Produzenten und Konsumenten und andere Betroffene durch präzise Absprachen über die Bedingungen des Wirtschaftens in der Lage sein werden, Umwelt- und andere Katastrophen zu verhindern. Die Wirtschafts-nobelpreisträgerin Elinor Ostrom hat gezeigt, dass eine solche Ökonomie möglich ist. Ich nenne sie eine sozialistische Ökonomie, die staatlich-bürokratische Zentralverwaltungswirtschaft vermeidet und die Phantasie und Schaffenslust der Produzenten fördert und nicht abtötet. Ich glaube nach bald 100 Jahren historischen Erfahrungen mit Sozialisten an der politischen Macht, dass weder Staat, noch Partei, aber auch keine Religion und kein Deus ex machina uns dabei helfen können noch werden, einen freiheitlichen Sozialismus zu erreichen. Die Quäker-Werte unterstützen mich in dieser Überzeugung, auch wenn sie keine explizit sozialistischen Werte sind. Es gibt keine historischen Subjekte außer uns, und Gott hat keine Hände außer den unseren.

Und meine Erfahrungen mit den Bewegungen nach 1968 bestärken mich in dieser Hoffnung: Angefangen von dem Umgang mit Kindern, mit der gewachsenen Sensibilität gegenüber Gewalt in welcher Form auch immer, den erreichten Erfolgen der Frauen- und Anti-AKW-Bewegung, der Solidarität mit den Flüchtlingen quer durch alle Bevölkerungsschichten, dem wachsenden Bewusstsein für Natur, Umwelt, für unsere Nahrung, getragen durch vielfältige Basisinitiativen und schon oft neue gewaltfreie Formen der Konsensfindung –

all das zeigt mir, dass den Quäkerwerten die Zukunft gehören kann und Freiheit und Sozialismus keine Utopie bleiben muss.

Und so hoffe ich mit dem Quäker Thomas Kelly: „Das Licht, nach dem sich die Welt sehnt, scheint bereits. Es scheint in der Finsternis, und die Finsternis hat es nicht erfasst. Es scheint in der Finsternis, aber die Finsternis überwindet es nicht. Es scheint in vielen Seelen, und es hat bereits die neue Ordnung im Königreich des Herzens begonnen.“¹²

- 1 Carel van Schaik/Kai Michel; *Das Tagebuch der Menschheit; Was die Bibel über unsere Evolution verrät; 569 Seiten; Reinbek b. Hamburg 2016*
- 2 Thomas Kelly; in: *Quäker, Glaube und Wirken, Bad Pyrmont 2002; Ziff. 26.62*

Wilfried Gaum, (*1955), wohnt in Barsinghausen bei Hannover, verheiratet, 2 erwachsene Kinder, nach Verwaltungsausbildung Studium Rechts-, Sozial- und Politikwissenschaften, seit 1992 als Jurist beim Land Niedersachsen beschäftigt, seit 1970 politisch aktiv, 20 Jahre Mitarbeit in der Ev.-luth. Kirche Hannover, seit 2015 Mitglied der Religiösen Gesellschaft der Freunde (Quäker).



Wilfried Gaum

Die Suche nach Allianzen – Papst Franziskus und die „Idee des Kommunismus“

Von Philipp Geitzhaus

Kapitalismuskritik ist wieder en vogue. Seit Beginn der Finanzkrise und der darauf folgenden staatlichen Austeritätsmaßnahmen können die kapitalistischen Verhältnisse offen beim Namen genannt werden. Einer der berühmtesten Kapitalismuskritiker wurde – ganz unerwartet – ein Papst. Der Satz von Papst Franziskus aus Evangelium Gaudium „Diese Wirtschaft tötet“ wurde in der ganzen Welt diskutiert. Sogar viele Menschen aus Sozialen Bewegungen oder linken Parteien haben sich ihn angeeignet. Damit stellte sich der Papst faktisch in die Reihe vieler weiterer Kapitalismuskritiker(innen) der letzten Jahre. So kommentierte beispielsweise Hans Springstein eine der vielen Äußerungen von Franziskus in der Zeitung „Der Freitag“ am

17.06.2014: „Es ist nicht das erste Mal, dass der Papst [Franziskus, P.G.] den Kapitalismus und



seine Folgen auf eine deutliche Weise kritisiert, wie es sonst hauptsächlich nur von Marxisten, Materialisten, Kommunisten, Humanisten und Anarchisten zu hören ist.“ (Springstein 2014). Diesem Kommentar von Springstein, der die Äußerungen von Papst Franziskus in die Nähe linker Kreise rückt, lohnt es sich

nachzugehen. Dabei ist an dieser Stelle weniger die Frage von Interesse, ob Franziskus ein „linker“ Papst sei, sondern vielmehr, ob und inwiefern in der Ecke der Marxist(inn)en und Kommunist(inn)en tatsächlich mögliche Gesprächspartner(innen) für den Papst und für Christinnen und Christen zu finden sind. Und umgekehrt: Welchen Beitrag leistet Papst Franziskus für linke Kapitalismuskritik?



Blockupy 2016

In einem ersten Schritt wird deshalb zu klären sein: Wer sind die Marxist(inn)en, Kommunist(inn)en usw. heute?

Wer sind die Kommunist(inn)en heute?

Zu einer Neubestimmung des Begriffs des Kommunismus und nach der Möglichkeit seiner Subjekte hat sich seit ein paar Jahren eine große Diskussion unter weltweit renommierten Intellektuellen, wie Alain Badiou, Antonio Negri, Étienne Balibar, Costas Douzinas, Slavoj Žižek und vielen mehr, entwickelt, die sich insbesondere in mehreren Kommunismus-Konferenzen niedergeschlagen hat. Bisher wurden drei Konferenzen in drei Bänden dokumentiert (Douzinas/Žižek 2012a, Badiou/Žižek 2012, Badiou/Žižek 2015). Mit dem Titel „Die Idee des Kommunismus“ verfolgten die Veranstalter der ersten Konferenz 2009 in London das Ziel, linke Theorie und Praxis nach dem behaupteten „Ende der Geschichte“ und also auch dem „Ende

des Kommunismus“ wieder gesellschaftsfähig zu machen. Der Begriff „Kommunismus“ sollte entdämonisiert und als theoretischer wie politischer Begriff wieder diskutierbar werden. So schreiben Douzinas und Žižek: „An diesem kritischen Wendepunkt, an dem als Folge der Krise [der globalen Finanzkrise, P.G.] alles möglich ist, und wo das Beste und das Schlimmste nahe beieinander liegen, hat die Idee des Kommunismus das Potenzial, das theoretische Denken wiederzubeleben und die entpolitizierende Tendenz des Spätkapitalismus umzukehren.“ (Douzinas/Žižek 2012b, 11). Die Idee des Kommunismus wird also als eine politische Idee verstanden, der (wieder) die Möglichkeit zugesprochen wird, die gegenwärtigen kapitalistischen Verhältnisse aufzubrechen. Tatsächlich ist die Auseinandersetzung um den Begriff des Kommunismus im Kontext der Krise oder besser in den Protesten von sozialen Bewegungen und linken Organisationen gegen die Krisenpolitiken relevant geworden. Schlagwortartig tauchte der Zusammenhang von Krise und Kommunismus beispielsweise immer wieder auf Transparenten der internationalen Blockupy-Bewegung¹ zwischen den Jahren 2012 und 2016 auf. 2013 war auf einem großen Fronttransparent zu lesen: „Crisis demands decision – let’s choose communism“ und 2016: „An die Arbeit – let’s choose communism“. Das spätere Transparent scheint sich auf Grund der Wortwahl offensichtlich auf das erstere zu beziehen.

Was während der Proteste in Form von Slogans auftrat (und wahrscheinlich weiter auftreten wird), wird auch in theoretischen Beiträgen von Bewegungsintellektuellen vertieft. Hier ist vor allem das Buch von Thomas Seibert „Krise und Ereignis. Siebenundzwanzig Thesen zum Kommunismus“ zu nennen, der schon 2009 parallel zur ersten Kommunismus-Konferenz die grundlegenden Texte ausführlich aufgegriffen und po-

litisch-philosophisch ausgeführt hat (Seibert 2009). Die Kommunismus-Konferenzen und die sich daran anschließenden Beiträge bieten eine theoretische Grundlegung und Vertiefung für bestehende politische Ausdrucksformen und Debatten an. Die Tatsache, dass verschiedene Denkfiguren der Beteiligten der Kommunismus-Konferenzen für Soziale Bewegungen Relevanz entfalten, lädt dazu ein, sich nicht nur aus theoretischen, sondern eben auch aus politischen Gründen differenzierter mit den verschiedenen Ansätzen der Kommunismus-Konferenzen auseinanderzusetzen. Im Folgenden werde ich mich mit dem für die Konferenzen grundlegenden Ansatz von Alain Badiou befassen.

„Die Idee des Kommunismus“

Ausgangspunkt der Diskussionen auf diesen Konferenzen waren und sind vor allem die Arbeiten des französischen Philosophen und Althusser-Schülers Alain Badiou, die sich insbesondere in den beiden Büchern „Wofür steht der Name Sarkozy?“ (Badiou 2008 [2007]) und „Die kommunistische Hypothese“ (Badiou 2011 [2009]) niedergeschlagen haben. Wenn Badiou von Kommunismus spricht, bezieht er sich in erster Linie auf den für ihn grundlegenden Text von Marx und Engels „Manifest der kommunistischen Partei“ von 1848. Nach Badiou wird dort Kommunismus als die Überwindung der „Logik der Klassen, der fundamentalen Unterordnung der wirklichen Arbeiter unter eine herrschende Klasse“ beschrieben. „Die kommunistische Hypothese ist, dass eine andere kollektive Organisation realisierbar ist, welche die Ungleichheit der Reichtümer und selbst die Arbeitsteilung eliminiert.“ (Badiou 2008 [2007], 104). Die Beschreibung des Kommunismus bleibt dort, so Badiou, noch sehr vage und allgemein, aber nicht unzureichend. Deshalb spricht Badiou auch von der „Idee des Kommunismus“. Diese allgemeinen Vorstellungen

stellen den „Horizont jeder Initiative“ dar und sind als eine „regulative Idee“ und nicht als eine programmatische zu verstehen, womit Badiou sie auch von einer Utopie unterscheidet (Badiou 2008 [2007], 105). Das bedeutet, dass eine politische Aktion oder Organisation mit diesen allgemeinen Prinzipien kompatibel und damit emanzipatorisch sei oder nicht. Der Begriff des Kommunismus bleibt dabei aber letztlich zweitrangig (wenn auch nicht unbedeutend). Eine spezifische politische Organisation muss nicht „kommunistisch“ heißen, um diesen Prinzipien zu entsprechen. Im Gegenteil: Badiou hält das Adjektiv „kommunistisch“ für eine gegenwärtige politische Aktion/Organisation eher für unpassend, da so der Schwerpunkt auf eine spezifische – kommunistische – Identität gelegt wird, die tendenziell partikularistisch wirkt und deshalb dem universalistischen Anspruch der Idee des Kommunismus nicht gerecht wird. Denn der egalitäre Anspruch der kommunistischen Idee gilt für alle oder er gilt nicht. In den Worten Badiou: „Eine wahre Politik beachtet Identitäten, selbst so schwache, so variable, wie die der ‚Kommunisten‘ nicht.“ (Badiou 2011 [2009], 13). Denn eine politische Aktion/Organisation bewahrt sich nur durch ihre emanzipatorische Praxis (die theoretische Praxis mit eingeschlossen) in universalistischer Dimension und nicht durch ihre Charakterisierung.

Historisch unterscheidet Badiou zwischen unterschiedlichen Phasen – in seiner Terminologie „Sequenzen“ – der kommunistischen Idee (Badiou 2008 [2007], 111-124). Die erste Sequenz beginnt 1792 während der Französischen Revolution und endet 1871 mit der Pariser Commune. Badiou sieht diese erste Sequenz charakterisiert durch die Implementierung und Verbreitung der kommunistischen Idee – insbesondere durch Marx und Engels –, die wiederum von Massen-Volksbewegungen in Form von Streiks,

Demonstrationen, uvm. präsentiert wurde. Ziel der Bewegungen war es, eine gesellschaftliche Umwälzung zu organisieren, was sich zuletzt in der Pariser Commune verdichtete. Jedoch gelang den Massenbewegungen keine Revolution von französischer oder gar internationaler Tragweite. Die internationale Tragweite konnte erst in der zweiten Sequenz von 1917 bis 1976 erreicht werden. Badiou lässt diese Sequenz von der Russischen Revolution bis zum Ende der chinesischen Kulturrevolution reichen. Wichtig für die zweite Sequenz war die Frage, wie man siegen könne, statt wie die Pariser Commune sich nur wenige Wochen halten zu können und dann unterzugehen. Zentraler Akteur dieser Sequenz war nun weniger die Massenbewegung als vielmehr die kommunistische Partei. Bei allen Errungenschaften dieser Sequenz weist Badiou aber auch deutlich auf die Probleme der kommunistischen Parteien hin. „[Man] hat in Form der Staatspartei eine noch nicht dagewesene Form des autoritären, ja terroristischen, in jedem Fall vom praktischen Leben der Leute weit entfernten Staats erprobt.“ (Badiou 2008 [2007], 115).

Aktuell befinden wir uns, so Badiou, in einer Zwischenphase. Die zweite Sequenz ist beendet, eine dritte aber noch nicht angebrochen. Gerade deshalb ist es Badiou's Anliegen, wie auch das der anderen Konferenz-Teilnehmer(inn)en, die Idee des Kommunismus wieder besprechbar und für politische Organisationen fruchtbar werden zu lassen. Einer Idee kommt in Badiou's Ansatz die Funktion zu, auf eine neue Sequenz vorzubereiten. Denn eine kommunistische Sequenz lässt sich nicht einfach planen, sondern sie entsteht durch ein Ereignis, also zufällig, und in der Fortsetzung solch eines Ereignisses. Badiou: „Um die Schöpfung von neuem Möglichem, zumindest ideologisch oder intellektuell, zu antizipieren, müssen wir eine Idee haben. [...] Eine Idee ist immer die Affirmation, dass eine

neue Wahrheit historisch möglich ist.“ (Badiou 2011 [2009], 170 f.).

Die knappe Darstellung des Badiou'schen Ansatzes der „Idee des Kommunismus“ als regulativer Idee lässt sich als eine politische (und philosophische) Strategie kritischer Intervention in die Grundfeste der gegenwärtigen kapitalistischen Verhältnisse verstehen. Sie will politische Bewegungen anregen und mit kritischem Potenzial füttern, insofern mit der kommunistischen Idee ein Orientierungspunkt für die Aktion und Organisation vorgeschlagen wird. Mit dieser Idee wird gleichzeitig auch ein erstes Werkzeug bereitgestellt, die Geschichte des Kommunismus kritisch zu analysieren, was sich in Badiou's Urteil über einige kommunistische Parteien erkennen lässt.

Dennoch ist der Anteil einer kritischen Gesellschaftstheorie und Kapitalismusanalyse in Badiou's Texten nur sehr wenig ausgeprägt. Das wird exemplarisch deutlich, wenn Badiou zu dem Ergebnis kommt, dass der gegenwärtige Kapitalismus demjenigen der Phase der 1840er Jahre, in der Marx und Engels das „Manifest der kommunistischen Partei“ schreiben, sehr ähnlich sei. Hier bleibt eine differenziertere Analyse der damaligen und heutigen kapitalistischen Bedingungen aus, bzw. ihr wird keine größere Bedeutung eingeräumt. Doch obwohl es sich damals wie heute um kapitalistische Verhältnisse handelt, sollte den Unterschieden in der Produktionsweise, der Technisierung, im Grad der Arbeitsteilung, uvm. mehr Beachtung geschenkt werden, um mit Hilfe dieser Analyse zu erkennen, welche gesellschaftlichen Prozesse egalitäre Organisationen und Aktionen be- und verhindern.

Trotz dieser hier nur angerissenen Defizite handelt es sich beim Ansatz der „Idee des Kommunismus“ um einen wichtigen Ansatz. In einer Zeit, die vom „Ende der Geschichte“, von behaupteten Alternativlosigkeit

keiten und dem Aufziehen von Grenzen und Mauern geprägt ist, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden, welche Bedeutung ein theoretisches Vorhaben erlangen kann, das es sich zur Aufgabe macht, an einem egalitären Ansatz festzuhalten.

Papst Franziskus und die Welttreffen der Sozialen Bewegungen

Es ist nun zu fragen, welche Relevanz solch ein linker egalitärer Ansatz für Papst Franziskus bzw. die Christ(inn)en und umgekehrt, Papst Franziskus' für solch einen Ansatz haben kann. Papst Franziskus wird zwar, wie eingangs gezeigt, oft in die Nähe von Marxist(inn)en und Kommunist(inn)en gestellt. Als solcher versteht sich der Papst aber überhaupt nicht. Sein Anliegen ist vielmehr eine dezidiert christliche Kapitalismuskritik und die Verkündigung der revolutionären Botschaft des Evangeliums (Franziskus 2015).² Es wird zu zeigen sein, dass dieser dezidiert christliche Ansatz sich aber nicht in Abgrenzung zu anderen antikapitalistischen Ansätzen begreift, sondern gerade so gestaltet ist, dass er die Möglichkeit zu Allianzen bietet.

Wie kein anderer Papst tritt Franziskus für eine arme Kirche für die Armen ein und kritisiert den Kapitalismus und seine unterschiedlichsten Auswirkungen aufs Schärfste. Das ist mittlerweile bekannt. Diese Äußerungen sollten jedoch nicht als bloße spontane Reaktionen auf die schlimmsten Erscheinungen des Kapitalismus verstanden und so in ihrer Bedeutung reduziert werden, sondern sie stehen in einem (gewissen) theoretischen Zusammenhang und werden von praktischen Handlungen begleitet. Die vielleicht bedeutendsten Maßnahmen sind die vom Papst einberufenen Welttreffen der Sozialen Bewegungen. Die Wahl der Gesprächspartner(innen), die Themensetzung und die damit gesetzten Erwartungen sind

ein wirkliches kirchengeschichtliches Novum. Vertreter(inn)en von Basisgewerkschaften, Flüchtlingsbewegungen, linken Gruppen und Bündnissen aus der ganzen Welt haben sich auf den drei bisher organisierten Treffen mit dem Papst getroffen, um über Probleme, Hoffnungen und konkrete Forderungen der Bewegungen zu diskutieren. Die Wahl der Gesprächspartner(innen) und der Themen ist äußerst mutig, werden die meisten Bewegungen von vielen Regierungen der Welt doch meistens als Chaoten oder gar Terroristen diffamiert. Papst Franziskus sowie Kardinal Turkson, der vatikanische Organisator der Treffen, betonten, wie wichtig die Zusammenarbeit mit den Bewegungen sei, ja, dass die Bewegungen sogar die zentralen Akteure für gesellschaftliche Veränderung seien (Franziskus 2016). Und Franziskus schloss sich den Forderungen der eingeladenen Bewegungen nach einem Systemwechsel an. Auf dem zweiten Treffen der Sozialen Bewegungen in Bolivien im Juli 2015 stellte der Papst klar, dass es ihm nicht um die Bekämpfung einzelner Probleme gehe, sondern er stellte die Systemfrage: „Wenn das Kapital sich in einen Götzen verwandelt und die Optionen der Menschen bestimmt, wenn die Geldgier das ganze sozio-ökonomische System bevormundet, zerrüttet es die Gesellschaft, verwirft es den Menschen, macht ihn zum Sklaven, zerstört die Brüderlichkeit unter den Menschen, bringt Völker gegeneinander auf und gefährdet – wie wir sehen – dieses unser gemeinsames Haus, die Schwester und Mutter Erde. [...] Erkennen wir, dass dieses System die Logik des Gewinns um jeden Preis durchgesetzt hat, ohne an die soziale Ausschließung oder die Zerstörung der Natur zu denken? Wenn es so ist, dann beharre ich darauf – sagen wir es unerschrocken: wir wollen eine Veränderung, eine wirkliche Veränderungen, eine Veränderung der Strukturen. Dieses System ist nicht

mehr hinzunehmen; die Campesinos ertragen es nicht, die Arbeiter ertragen es nicht, die Gemeinschaften ertragen es nicht, die Völker er-



tragen es nicht... und ebenso wenig erträgt es die Erde ,unsere Schwester, Mutter Erde wie der heilige Franziskus sagte.“ (Franziskus 2015) Und als Träger für diese Veränderungen nannte Papst Franziskus vor allem die Sozialen Bewegungen. Auffällig ist die Wahl seines Analyseinstruments: Begriffe wie „Kapital“, „Götze“, „Sklaverei“ verknüpft man eher mit der Befreiungstheologie als mit einem Papst.

„Nein zur Vergötterung des Geldes“

Dass sich Papst Franziskus der Götzen- bzw. Fetischkritik bedient, ist in doppelter Hinsicht interessant. Zum einen ermöglicht diese Herangehensweise eine sehr radikale Gesellschaftskritik, zum anderen ist sie ein zentraler Inhalt der Befreiungstheologie (vor allem bei Pablo Richard, Franz Hinkelammert, Kuno Füssel, Michael Rammingen und Bruno Kern), die sich wiederum u.a. auf die Arbeiten von Karl Marx bezieht (Kern 1992 und 2017). Wenn hier von der Götzen- und Fetischkritik Franziskus' gesprochen wird, darf aber nicht erwartet werden, dass Franziskus eine umfangreiche Kapitalismuskritik vorgelegt hätte. Dennoch bleiben einige Grund-einsichten zum bzw. Urteile über den Kapitalismus bestehen: insbesondere, dass alle wirtschaftlichen Theorien und Aktivitäten „an

den Lebensmöglichkeiten der Menschen ausgerichtet sein [müssen]“, wie Kuno Füssel und Michael Rammingen in ihrer Analyse zur Götzen- und Fetischkritik bei Franziskus hervorgehoben haben (Füssel/Rammingen 2016, 131).

Die politisch-organisatorische Dimension der Welttreffen der Sozialen Bewegungen wird mit der Fetischkritik um die theoretisch-kritische Dimension ergänzt und vertieft. Sie bietet die Möglichkeit, für die Welttreffen genauer zu klären, welche Verhältnisse die Bewegungen eigentlich zu überwinden haben. Indem sich Franziskus die von Marx entwickelte Fetischkritik aneignet, entwickelt er einen christlichen Ansatz, der offen genug ist, um die revolutionäre Botschaft der Bibel prinzipiell mit der Praxis und Theorie der Bewegungen verknüpfen zu können. Damit erfüllt der Papst, ob bewusst oder unbewusst, ein genuines Anliegen der Befreiungstheologie, nämlich das Arbeiten an einer Allianz zwischen (Befreiungs)-Bewegungen und christlicher Kirche, mit dem Ziel, die ausbeuterischen kapitalistischen Verhältnisse zu überwinden.

Neue Allianzen

Es ist offenkundig, dass eine Allianz zwischen Christ(innen) und (linken) Bewegungen heute kaum existiert und sie auch nicht einfach so entsteht, sondern dass an ihr gearbeitet werden muss. Die ersten drei Welttreffen der Sozialen Bewegungen mit Papst Franziskus sind erste Schritte in diese Richtung gegangen. Dieser Prozess muss aber vor allem auch von weiteren christlichen Akteuren, von Gemeinden, Gruppen und Gemeinschaften mitgestaltet werden, um an Tragfähigkeit zu gewinnen (Geitzhaus 2016, Geitzhaus/Lis 2017).

Weitere Schritte sollten neben Christinnen und Christen (und nicht nur der Papst!) m. E. auch in Richtung auf solche Akteure, wie die Organisator(inn)en der Kommunismus-Kon-

ferenzen gehen, also auf Akteure, die sich um eine gesellschaftskritische und emanzipatorische Theorie bemühen, die für Bewegungen und politische Organisationen fruchtbar werden soll. Wie die Auseinandersetzung mit Alain Badiou gezeigt hat, ist auch bei ihm eine Offenheit in der Theorie bezüglich unterschiedlicher emanzipatorischer Akteure zu erkennen. Der egalitäre Charakter einer politischen Organisation/Aktion bewahrheitet sich durch ihre Praxis und nicht durch eine formale Charakterisierung (wie „kommunistische“ Partei). Die „Idee des Kommunismus“ ist kein ausbuchstabiertes Konzept, sondern eine regulative Idee, die auch diskutiert werden soll, was die Kommunismus-Konferenzen praktisch gezeigt haben. In die Diskussionen der letzten Konferenz, die im Januar 2017 in Rom stattfand, wurden auch vermehrt Vertreter(innen) politischer Organisationen eingebunden.³ Der Begriff des Kommunismus ist dabei jedoch, auch darin ist Badiou zuzustimmen, nur zweitrangig, wenn auch nicht unwichtig. Von größerer Bedeutung für den Ansatz der „Idee des Kommunismus“ ist eine Praxis, die die gegenwärtigen Klassenverhältnisse aufhebt, wie es im Manifest der Kommunistischen Partei (Marx/Engels 1848) heißt, das heißt alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein geknechtetes und verlassenes Wesen sein muss (Marx 1844, 385). In diesem Anspruch können sich Christ(inn)en und Linke theoretisch wie praktisch begegnen, wie die Ansätze von Papst Franziskus und Alain Badiou aufgezeigt haben. Nicht nur teilen beide Ansätze diese starke Orientierung an der radikalen Überwindung von Herrschaft und Unterdrückung. In ihrer Betonung der realen, verändernden Praxis relativieren sie auch die Bedeutung von nominellen Zugehörigkeiten und Identitäten und ermöglichen dadurch eine egalitäre universalistische Ausrichtung.

August 2017

Literatur

- Badiou, Alain (2008): *Wofür steht der Name Sarkozy?*, Zürich-Berlin. Französisches Original 2007.
- Badiou, Alain (2011): *Die kommunistische Hypothese*, Berlin. Französisches Original 2009.
- Badiou, Alain (2012): *Die Idee des Kommunismus*, 13-30, in: Douzinas, Costas/Žižek, Slavoj (Hg.) (2012): *Die Idee des Kommunismus*, Bd. 1, Hamburg.
- Badiou, Alain/Žižek, Slavoj (Hg.) (2012): *Die Idee des Kommunismus*, Bd. 2, Hamburg.
- Badiou, Alain/Žižek, Slavoj (Hg.) (2015): *Die Idee des Kommunismus*, Bd. 3, Hamburg.
- Douzinas, Costas/Žižek, Slavoj (Hg.) (2012a): *Die Idee des Kommunismus*, Bd. 1, Hamburg.
- Douzinas, Costas/Žižek, Slavoj (2012b): *Vorwort: „Die Idee des Kommunismus“*, 9-12, in: *Dies.: Die Idee des Kommunismus*, Bd. 1, Hamburg.
- Geitzhaus, Philipp (2013): *Blockupy. Befreiungstheologische Praxis in der Krise*, in: *Wort und Antwort* 54, H. 4, 169-173.
- Geitzhaus, Philipp (2016): *Von Franziskus zu Marx. Christliche Kapitalismuskritik in der Kirche des 21. Jahrhunderts*, in: *Euangel. Magazin für missionarische Pastoral* 03/2016 <https://www.euangel.de/ausgabe-3-2016/globale-herausforderungen/von-franziskus-zu-marx/> abgerufen am 29.07.2017.
- Geitzhaus, Philipp/Lis, Julia (2017): *Kirche(n) in (sozialer) Bewegung. Der Papst, die Kirche der Armen und Perspektiven für eine Theologie der Befreiung in Europa*, in *ChristInnen für den Sozialismus* (Hg.): *Jahrbuch 2017* (in Vorbereitung).
- Füssel, Kuno/Ramminger, Michael: *Kritik des Götzendienstes und des Fetischismus in der Theologie der Befreiung und bei Papst Franziskus*, 121-148, in: Füssel, Kuno/Josten, Ute (Hg.): *„Suchet zuerst das Reich Gottes*

- und seine Gerechtigkeit“ (Mt 6,33). Festschrift für Pastor Günter Schmidt zum 80. Geburtstag, Münster.
- Kern, Bruno (1992): *Theologie im Horizont des Marxismus. Zur Geschichte der Marxismusrezeption in der lateinamerikanischen Theologie der Befreiung*, Mainz.
- Kern, Bruno (2017): „Es rettet uns kein höh'eres Wesen“? Zur Religionskritik von Karl Marx, ein solidarisches Streitgespräch, Mainz.
- Lis, Julia (2017): *Krisenprotest im Herzen der Bestie. Theologische Herausforderungen symbolischer und politischer Praxis am Beispiel Blockupy*, in: Geitzhaus, Philipp/Lis, Julia/Ramminger, Michael (Hg.): *Auf den Spuren einer Kirche der Armen. Zukunft und Orte befreienden Christentums*, Münster, 207-236.
- Marx, Karl (1844): *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung*, 378-391, in: *Marx-Engels-Werke* (1977), Bd. 4, Berlin.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1848): *Das Manifest der kommunistischen Partei*, 459-492, in: *Marx-Engels-Werke* (2006), Bd. 1, Berlin.
- Papst Franziskus (2015): *Franziskus, Papst, Ansprache von Papst Franziskus an die TeilnehmerInnen am zweiten Welttreffen der sozialen Bewegungen*, 09.07.2015, <http://www.itpol.de/?p=1804> abgerufen am 29.07.2017.
- Seibert, Thomas (2009): *Krise und Ereignis. Siebenundzwanzig Thesen zum Kommunismus*, Hamburg.
- Springstein, Hans (2014): *Papst. Der Kapitalismus braucht den Krieg*, in: *Der Freitag* 17.06.2014 <https://www.freitag.de/autoren/hans-springstein/papst-der-kapitalismus-braucht-den-krieg> abgerufen am 29.07.2017.
- Strobel, Katja (2013): *Blockupy – Widerstand im Herzen des europäischen Krisenregimes*, in: *Institut für Theologie und Politik. Rundbrief 39, 6f.iv*
- 1 Zur Blockupy-Bewegung und zum Thema Krise vgl. Strobel, Katja (2013): *Blockupy – Widerstand im Herzen des europäischen Krisenregimes*, in: *Institut für Theologie und Politik. Rundbrief 39, 6f.*, Geitzhaus, Philipp (2013): *Blockupy. Befreiungstheologische Praxis in der Krise*, in: *Wort und Antwort 54, H. 4, 169-173*, Lis, Julia (2017): *Krisenprotest im Herzen der Bestie. Theologische Herausforderungen symbolischer und politischer Praxis am Beispiel Blockupy*, in: Geitzhaus, Philipp/Lis, Julia/Ramminger, Michael (Hg.): *Auf den Spuren einer Kirche der Armen. Zukunft und Orte befreienden Christentums*, Münster, 207-236.
 - 2 Vgl. dazu auch Geitzhaus 2016 und die dort angegebene Literatur.
 - 3 Weitere Infos unter <http://wwwcommunism17.org/en/> abgerufen am 29.07.2017.

Philipp Geitzhaus, (1988), studiert(e) kath. Theologie und Philosophie in Bonn, Madrid und Münster. Er ist seit 2011 Mitarbeiter am Institut für Theologie und Politik (ITP) in Münster und engagiert sich u.a. im „AK Christ(innen) gegen G20“ und in linken Kampagnen und Bewegungen. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Neue Politische Theologie, Befreiungstheologie, Soziale Bewegungen, Flucht und Migration.



Philipp Geitzhaus

Was wäre denn ein sozialistisches Programm heute? Vielleicht ein altes?

*„Ein Sozialismus müsste her,
mit neuem Schwung und alledem!
Denn wenn der wie der alte wär,
würd's wieder nichts – trotz alledem.“
(Hannes Wader, Trotz alledem III,
CD „Mal angenommen“ 2006)*

Von Johann Bauer

Als Erhard Lucas, Pfarrersohn und Historiker der Arbeiterbewegung, 1983 die Frage nach dem Scheitern der deutschen Arbeiterbewegung stellte, führte er viele zusammenhängende Probleme auf, die bis heute nicht genug bedacht und berücksichtigt worden sind: Das Geschlechterverhältnis, die konfessionellen Spaltungen, aber auch die Verdrängung des „Liebessozialismus“ durch einen „wissenschaftlichen“, fortschrittsgläubigen, staats- und technikgläubigen Sozialismus. Nicht mehr Glaube und Liebe sollten Antriebskräfte der Arbeiterbewegungen sein, sondern ein Wissen um den Aufstieg der Menschheit „vom Urnebel zum Zukunftsstaat“ wie der Titel einer Broschüre es treffend beschrieb. Dieses Wissen war durchaus in der Lage, ein solidarisches Selbstbewusstsein der Ausgebeuteten zu erzeugen, aber um den Preis, dass nicht wenige Motive und Fragen abgespaltet wurden, etwa die nach Sterben und Tod. Hinterrücks kehrt aber in diesem „wissenschaftlichen Sozialismus“ eine der schlimmsten Seiten der Religion zurück: „Die Wahrheit ist bereits anderswo entdeckt und niedergelegt“ (S. 89), sie wird passiv angeeignet wie eine neue Religion, „und zwar Religion in ihrer autoritären, eine Priesterherrschaft erzeugenden Erscheinungsform. Dass ihre Propagandisten

das Gegenteil versichern und behaupten, es sei Antireligion, ändert nichts daran, sondern verschärft das Problem.“ (S. 90)

An die Stelle der verpönten religiösen Deutungsmuster traten nicht selten solche des Militärs: Sozialistische Parteitage waren „Heerschauen“, die Propagandisten „brave Parteisoldaten“, die der Sache dienten, bis sie „zur großen Armee abberufen“ würden (wie Bebel seinen Tod umschrieb, zitiert bei Lucas S. 97), die Arbeiterbewegung wurde wie ein militärischer Körper begriffen, Disziplin war ein Leitmotiv. „Wenn der Mensch zum ausführenden Organ eines kosmisch-menschheitlichen Entwicklungsgesetzes wird, verlangt das auf der Gefühlsebene einen totalen Zukunftsoptimismus. Dieser Optimismus bewirkt, dass niemand sich traut, die Empfindungen der Vergeblichkeit des Kampfes oder gar der Vergeblichkeit des eigenen Lebens im öffentlichen Gespräch zuzulassen. In jeder Niederlage aber und im Angesicht des Todes wird diese Erfahrung gemacht. Das Schlimme ist, dass der Einzelne damit anschließend allein bleibt“, so Lucas (S. 100).

Es gab aber neben dem dominanten Sozialismus der Arbeiterparteien und gewerkschaftlichen Zentralverbände immer auch andere Strömungen, die etwa nach dem katastrophalen Versagen des Fortschrittsoptimismus im ersten Weltkrieg und der Unfähigkeit zu einem sozialistischen Beginnen danach erstarkten und ihre Alternativen formulierten.

Ein sozialistisches Programm, neu gelesen

Was die religiösen Sozialist(inn)en Max Gerber, Jean Matthieu, Clara und Leonhard

Ragaz, Dora Staudinger ca. 1919/1920 an Sozialdemokratie und Bolschewismus zu kritisieren hatten, war schon das, was Lucas mehr als 70 Jahre später als Grund des Scheiterns benannte. Auch dass der Geschichtsmaterialismus zu einer – im schlechten Sinne – religiösen Bewegung wurde, findet sich hier: „Dadurch, dass er ihm (dem Proletariat, J.B.) den Sozialismus nicht bloß als mühsames Werk und im Erfolg unsichere Aufgabe, sondern als Verheißung und Notwendigkeit hinstellte, hat er ihm einen religiösen Schwung verliehen (...) Eine Religion hat er ihm tatsächlich gebracht, nämlich jene alte des Messianismus. Das ist im Grunde das Hinreißende daran, nicht die Wissenschaft. Dass diese die eigentliche Leistung des Marxismus sei, ist eine Selbsttäuschung ...“ (S. 51; S. 55 wird die Sozialdemokratie als „Kirche“ kritisiert: „An Priestern und Inquisitoren wird es nicht fehlen“). Dagegen setzten die religiösen Sozialist(inn)en ihre „Ketzerrei“:

„Der Sozialismus ist freilich eine Notwendigkeit, aber nicht eine logische oder gar mechanische, sondern eine sittliche. Er ist nicht bloß Gabe, sondern Aufgabe.“ (S. 53) Wie soll ein schöpferischer Sozialismus entstehen, wenn geistig-kulturelle Produktionen als bloße Reflexe ökonomischer Verhältnisse betrachtet werden, als „Überbau“-Phänomene? (vgl. S. 140ff.)

Da diese Programm-Schrift kaum noch bekannt ist, werde ich ihre Grundzüge referieren. Vielleicht sind diese alten Überzeugungen geeignet, einen neuen Sozialismus zu inspirieren?

Anti-Politik

1920 muss ein religiöser Sozialismus gegen den „Macht- und Gewaltglauben“ Stellung beziehen, der besonders im Bolschewismus den diktatorischen Zwang als Weg zum Sozialismus verherrlicht. Statt dessen soll der

Sozialismus die vom Liberalismus und der Demokratie schon aufgegebenen Ideale des Individualismus und Antimilitarismus, der Zurückdrängung des Staates neu beleben: Alle Zwangsgewalten, nicht nur der Kirche und des Staates, sondern auch der Ökonomie, sollen durch eine Gemeinschaft abgelöst werden, die Freiheit und Gleichheit nicht als Gegensätze, sondern als sich bedingende Prinzipien begreift.

Die Verfasser(innen) sind Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, aber keine Marxist(inn)en, der Marxismus ist nur eine von vielen Formen des Sozialismus. Für die religiösen Sozialist(inn)en ist der Sozialismus auch kein feststehendes Ziel der Geschichte, sondern ein sittliches Ideal, dessen Verwirklichung gerade den Bruch mit vielen materialistisch-evolutionistischen Glaubenssätzen voraussetzt: Der Sozialismus ist „nicht Wissenschaft, sondern Glaube“ heißt es (S. 27) ausdrücklich. Die scheinbare Sicherheit wissenschaftlicher Erkenntnis kann bestenfalls ein Sein zu erfassen versuchen, aber keine Aussagen über Sinn und Ziel machen, umgekehrt bekommt sie ihren Sinn nur durch „die ewigen Tatsachen der sittlichen Welt“, und diese sind auch – im Unterschied zu den wissenschaftlichen Sätzen – allen Menschen zugänglich: „Das Wissen ist aristokratisch, das Gewissen demokratisch.“ (S. 28)

Religiöse Ursprünge des Sozialismus

Die Geschichte des Kampfes gegen Ausbeutung, Irrtum und Gewalt ist wesentlich eine Geistes-Geschichte, die sich nicht einfach auf Interessen und soziale Verhältnisse reduzieren lässt: Schon die „sogenannte



Gegen den „politischen“ Sozialismus

mosaische Gesetzgebung ist voll von geradezu kommunistischen Forderungen“ (S. 31); „der glühende Strom des Pathos gegen Unrecht und Knechtschaft ist hier entsprungen und entspringt hier in immer neuer Kraft.“ (S. 31); Ernst Bloch hat das aufgenommen als er vom „Wärmestrom“ sprach. Die „Botschaft von dem Reiche Gottes“ ist eine der „tiefen, starken Wurzeln, von denen aller Sozialismus lebt“ (S. 31), keineswegs eine Vertröstung auf ein Jenseits.

Vielmehr ein Kommunismus, „ausgedrückt in der unbedingten Liebe, Bruderschaft und Solidarität, die im gegenseitigen Dienen, besonders des Starken am Schwachen, und im Aufsichnehmen fremder Schuld gipfelt“ (S. 32). Das Christentum als geistige Macht hebt den Fatalismus auf: „Es gibt keine fertige Welt, sondern eine fortschreitende Schöpfung“ (S. 33), so „kommt eine heilige Unruhe in die Menschenwelt“, die nicht mehr aufhört. Wenn ein offizielles „Christentum“ Staat wird, „Mammonismus, Pfaffentum, geistige Diktatur“ (S. 34), so nehmen „Ketzer“ die sozialistischen und kommunistischen Forderungen auf, genannt werden „Albigenser, die Hussiten und die Wiedertäufer“ (S. 34, ebenso S. 63); „immerhin ist die Wiedertäuferbewegung, auf die sich die Bauernbewegung stützte, zwar unterdrückt, aber nicht ertötet worden und eine Hauptwurzel sowohl der Demokratie als des Sozialismus geworden.“ (S. 38)

Der moderne Staat und die Mechanisierung der Welt entstehen in der Neuzeit, der Kapitalismus entfernt die ökonomischen wie die sittlichen Fesseln und schafft ein neues Sklaventum. Die soziale Bewegung versucht, diese Unterordnung der Menschen unter die Sachen zu bekämpfen, wendet dabei aber häufig Formen des Kampfes an, die den Sozialismus gerade an die alte Welt binden.

Zuletzt ist es die Forderung nach einer „Diktatur des Proletariats“, die „das Ende der Demokratie und die Aufhebung des Sozialismus bedeutet“ (S. 41). Aber schon vorher erschien „der politische Weg“ vielen Sozialist(inn)en als der bequemste und effektivste Weg zur Verwirklichung. Dem widersprechen die religiösen Sozialisten entschieden und geradezu anarchistisch: „Der Sozialismus kann sich (...) nur in freiwilliger Gemeinschaft der Menschen verwirklichen. Sobald er zur Gewalt greift, fällt er von sich selbst ab“ (S. 42); gegen jede Gewalt zu sein ist gerade das innerste Wesen des Sozialismus; aus dem Mittel wird schnell der Selbstzweck, zuletzt ein „sozialistischer“ Militarismus und Imperialismus. Auch eskalierende Klassenkämpfe, die „ohne menschliche Weite und Höhe“ (S. 71) bis zur Ausrottung des Gegners geführt werden sollen, die Menschen brutalisieren und militarisieren, dienen nicht emanzipatorischen Zielen, sie schlagen nach innen zurück bis zum Bruderkrieg. Gerade die Einheit der Menschheit muss betont werden wenn der Sozialismus über die Arbeiterklasse hinaus attraktiv werden soll. Wichtig ist dies etwa auch im Verhältnis zur bäuerlichen Landbevölkerung: Das Proletariat hat kein Monopol auf Sozialismus. Der Klassenkampf ist eine bittere Notwendigkeit, die aber im Sinne der „Selbstbefreiung und Selbsterziehung des Proletariats“ (S. 75) begriffen und für die Emanzipation der Menschheit geführt werden muss, nicht in Abgrenzungen und Ausschließungen. Der Sozialismus kann auch nicht „von der Schlechtigkeit des Gegners leben“ (S.80), also nur aus der Kritik, die selbstgerecht macht und perspektivlos.

Der Kampf um den Sozialismus muss mit sozialistischen Mitteln erfolgen, das heißt ge-

waltlos. „Der Gewaltsozialismus ist der beste Verbündete und vielfach die einzige Hoffnung der Reaktion.“ (S. 77). Die wirkliche Macht des Sozialismus liegt in der Arbeit, in der Produktion, in Massenaktionen der Arbeitsverweigerung. Gegen diese ist letztlich auch die herrschende Gewalt ohnmächtig (S. 83). Eine solche Revolution ist kein Putschismus. Aber Minderheiten können beginnen. Die Revolution wird durch vielerlei Evolutionen (Propaganda, experimentelle Taten, kulturelle Veränderungen) vorbereitet, und auch die revolutionären Zuspitzungen sind dann nur „konzentrierte Evolution“ (S. 83, so hat es auch der Anarchist Elisee Reclus verstanden). Der revolutionäre Sozialismus schließt auch Reformen nicht aus und muss nicht fürchten, dass die soziale Bewegung sich mit ihnen zufrieden gibt; das hängt ganz vom Geist dieser Bewegung und den einzelnen Kampf-Erfahrungen für Reformen ab. Man darf nur nicht Methoden des Gegners annehmen und glauben, durch äußerliche „Eroberung der politischen Macht“ werde die Emanzipation gelingen. Die religiösen Sozialisten sehen, auch wenn der Sozialismus selbstverständlich von seinen Anhängern kein religiöses Bekenntnis fordert und auf völliger Geistesfreiheit besteht, gerade in der gegen die Atomisierungstendenz der modernen Welt gerichteten Bindungen an absolute und ewige Werte „seine letzte Kraft“ (94) gesichert.

Genossenschafts-Sozialismus

Die Sozialdemokratie wird wegen ihrer Leidenschaft für Zentralisation und Bürokratie kritisiert (S. 62), wegen ihres Dogmatismus und Etatismus. Eine „höhere Form des Sozialismus“ ist der Anarchismus: „Der Anarchismus verwirft alle Gewalt als Mittel zur Herbeiführung des Sozialismus“ (S. 62). Freie Vereinigung, Föderalismus, syndikalistische Gewerkschaften und die

Autonomie als sittliches Ideal werden begrüßt, „denn ein wirklicher Christ braucht weder Recht noch Gesetz, noch Staat noch irgend welche Gewalt“, wie auch Tolstoi es verkündet hat (S. 63). Deshalb „ist es eine der großen Tragödien der Geschichte gewesen, dass der Anarchismus in seinem Kampfe gegen die Sozialdemokratie erlegen und Proudhon durch Marx verdrängt worden ist, wie es eine solche Tragödie ist, dass einst nicht die Wiedertäufer, sondern die seither offiziell gewordenen Reformatoren gesiegt haben. In beiden Fällen mag ein Stück menschlicher Bequemlichkeit mitgewirkt haben. Es ist die Linie des geringsten Widerstandes, den Staat zu erobern ...“ (S. 63)

Kritisiert wird am Anarchismus eine Tendenz zum Naturalismus, Libertinismus und Egoismus; er kann auch aus der Ablehnung aller Gewalt in Terrorismus umschlagen und noch unter die Sozialdemokratie sinken (S. 64), sein Individualismus verkehrt sich gelegentlich in einen Kult der „Masse“, und sein Partikularismus verfehlt die wichtige und notwendige Verbindung von Freiheit und Gemeinschaft.

Kommunismus wird vom Programm der religiösen Sozialist(inn)en als „vollkommene Lebensgemeinschaft“ begriffen – als das große Teilen. „Kommunismus ist also immer auch Anarchismus“ (S.65), mit Staat, Recht, Gewalt nicht vereinbar. Der Leninismus ist deshalb der Gipfelpunkt aller Widersprüche der bisherigen sozialistischen Versuche, die absolute Überdehnung unangemessener Mittel zu hohen Zielen und „führt zu einem weltgeschichtlichen Zusammenbruch, dem eine neue Form entsteigen muss“ (S. 67, der 1920 prophezeite Zusammenbruch dauert leider noch an, und die neuen Formen versuchen wir hier schemenhaft zu skizzieren, J.B.).

Die sozialistische Synthese des neuen religiösen Sozialismus stellten seine Propa-

gandisten sich als Reich Gottes auf Erden vor:

„Es überbietet mit dem Anarchismus alles staatliche Wesen durch die Freiheit in der Gemeinschaft (...) und betont die unendliche Autonomie des Einzelnen, aber es enthält zugleich den umfassendsten Universalismus. Sein Ziel ist der Kommunismus der engsten Lebensgemeinschaft, aber nicht auf dem Boden einer mechanischen und gewalttätigen Regelung. Es gewährt dem Einzelnen die denkbar größte Bedeutung, indem es die Individualität im Unendlichen verankert ...“ (S. 67)

„Die Genossenschaft ist, im Gegensatz zum Gewaltstaat, prinzipiell betrachtet, wirklich die dem Sozialismus kongeniale Form. Sie ruht auf dem Prinzip der Freiheit und der Gemeinschaft.“ (S. 44)

Arbeit

Konsumgenossenschaften können am Beginn stehen; Industrie und Ackerbau föderalistisch in ein genossenschaftliches Austausch-Verhältnis treten, gegenseitige Hilfe gleicht Unterschiede aus. Notwendig ist auch eine Bodenreform, hier werden in einem „Übergangsprogramm“ (S.162ff., besonders S. 171ff.) staatliche Eingriffe bejaht, nicht als Verwirklichung sozialistischer Ziele, sondern als „Notinstitution“ (S. 188), negative Maßnahmen, die die Hindernisse beseitigen, im Grunde die Allmende wiederherstellen oder eben allen das Existenzminimum sichern. Der eigentliche Sozialismus ist anti-etatistisch (S.115 ff.), auch das Recht soll ent-staatlicht werden, nicht mehr Strafe in den Vordergrund stellen. Die Koordination erfolgt durch Räte. Die „genossenschaftliche Versorgung aller (...) durch die genossenschaftliche Arbeit ihrer Glieder“ (S. 98) soll ohne Zwang, nur durch Einsicht und betriebliche Demokratie, die Einzelnen und die Gemeinschaft vereinen. Min-

derheiten sollen vertreten sein (S. 126). Der Begriff „Arbeit“ ist – wie bei Proudhon und Landauer – durchaus positiv besetzt: Fähigkeiten und Neigungen werden zur Grundlage einer Arbeitspflicht (127f.). Dabei ist Ziel, die gesamte Produktion verantwortungsvoll umzugestalten, sie soll höchsten ethischen Ansprüchen genügen. Die „schöpferische Gestaltungskraft“ (S. 155) soll nicht Vorrecht einzelner bleiben, die Produktion geradezu künstlerisch und eine Quelle der Arbeitsfreude werden. Und es wird allen das Existenzminimum durch Sozialversicherungen immer gesellschaftlich garantiert (S. 181). Eingriffe ins Privateigentum, Enteignungen werden damit gerechtfertigt.

Natürlich kann eine Genossenschaft leicht wieder in den „Bannkreis des Kapitalismus“ geraten: wenn es den Mitarbeitenden nur um materielle Vorteile geht, entsteht schnell ein Kollektiv-Kapitalismus statt des privaten, eine Bürokratie mit passiven Mitgliedern wie zahlreiche real existierende Genossenschaften und die „Gemeinwirtschaft“ bewiesen haben. Es kommt also ganz auf den Geist und die Kultur an. Aber auch der Idealismus hat sich oft genug eingerichtet und das Bestehende nur begleitet, als Maskierung materieller Interessen (S. 52). „Aber es gibt daneben, vielmehr darüber, echten Geist. (...) Und er ist die stärkste Macht der Geschichtsgestaltung. Auch die materiellen Verhältnisse werden aufs tiefste durch ihn bestimmt, ja zum Teil direkt durch ihn geschaffen.“ (S. 52)

Es wirken in der Geschichte noch andere Kräfte als der Kampf: „der Altruismus, der im Menschen nicht bloß den Feind, sondern den Genossen sieht, religiös gesprochen: die Liebe, die im Menschen nicht bloß den Klassengegner, sondern den Bruder empfindet. Der bloße Kampf hätte die Menschheit längst zerstört und würde sie wieder zer-

stören. Kropotkin hat hierin die Tatsachen richtiger gesehen als Marx.“ (S. 52, 53)

Das sozialistische Programm von 1920 ist, wie an vielen Stellen gezeigt werden kann und sich auch aus der dem Buch beigelegten Literaturliste ergibt, stark vom anarchistischen Sozialismus beeinflusst. Neben Kropotkin ist es vor allem Gustav Landauer, dessen Geschichtskonzeption, Föderalismus und Genossenschafts-Sozialismus bis in einzelne Formulierungen ihren Niederschlag finden und dessen „Sozialist“ als einzige Zeitschriften-Quelle genannt wird außer den religiös-sozialistischen Zeitschriften *L'Essor* (Genf), *Le Christianisme social* (St. Etienne) und *Neue Wege* (Basel). Wie bei Landauer baut der Sozialismus „auf schon vorhandenen Lebensformen auf: der Familie, dem Volk, der allgemeinen Zusammengehörigkeit der Menschen“ (S. 129). Im Unterschied zu anderen sozialistischen Programmen und bei aller Betonung der Gleichberechtigung der Frauen wird der Tendenz, „alle besonderen Gemeinschaften möglichst aufzuheben“ widersprochen. Die besonderen Gemeinschaften, familiären und örtlichen Bindungen sollen durch die weltweite Verbindung überhöht, aber auch als deren Grundlage begriffen werden (S. 130), nicht etwa bekämpft und vernichtet! Das ist 1920 gegenüber der Landbevölkerung auch „realpolitisch“ wichtig, will man auch hier Genossenschaften fördern, dann ohne Zwang, Bürokratisierung, Verachtung der bäuerlichen Lebensformen. Eine neue Bauernkultur nimmt sich eher die dänischen Volkshochschulen zum Vorbild (S. 199) als die bolschewistischen Kommissare.

Frauen

Neben der Abwehr bolschewistisch-etafistischer Konzepte drückt sich hier ein „natürliches“ Verständnis gesellschaftlicher Basisstrukturen aus, das besonders bei der Be-

handlung von Frauen und Familie deutlich wird: „Die Familie allein vermag gewisse Gefühlskräfte, sowie gewisse sittliche Werte zu erzeugen, ohne welche gerade eine sozialistische Gesellschaft nicht bestehen könnte.“ (S. 130) Enge und Unterdrückung sollen aus den Familien verschwinden, aber dann wird gerade der Sozialismus „der durch den Kapitalismus zerstörten Familie neue Lebensmöglichkeiten geben.“ (S. 131) Die „soziale Gesundung“ war in jener Zeit – wie andere Hygiene-Metaphern – ein verbreitetes Konzept, das wir heute skeptisch sehen. Damals aber war Ziel solcher sozialen Gesundung, „besonders die Mutter den Kindern zurückgeben.“ (S.132) So wird auch die besondere Rolle der Frauen im Befreiungsprozess und gegen den Militarismus mit deren „Natur“ begründet (S. 203ff). Und es mischen sich aus unserer heutigen Sicht ganz außergewöhnliche Vorschläge, etwa für bestimmte Vergehen „ausschließliche Frauengerichtshöfe“ (S. 205) vorzusehen, mit der Begründung des „mütterlichen Elementes“ (ebenda). Hausarbeit soll als Beruf anerkannt werden; es wird ein „festes Gehalt“ auch für diese Arbeit ins Auge gefasst (S. 206). Die Frau soll – statt sich der Männerwelt weiter anzupassen – „zu sich selbst zurückkehren“ (S. 208), der Mann soll nicht länger „die Norm“ sein, die Frau nur „Gastrecht“ haben (S. 208); Frauen werden aber stark als fürsorglich und mit Dienst und Opfer assoziiert. Andererseits wird gerade aus diesen Geschlechts-Charakteren begründet, dass es „eigene Frauengruppen“ geben soll (S. 213). „Die Frau ist ihrer Art nach nicht kriegerisch gesinnt“ (S. 209) und deshalb für den Kampf gegen die Waffen und für gewaltlose Kampfformen (etwa auch als Käuferin) berufen.

Pazifismus

Die Beseitigung des Krieges durch konsequenten Antimilitarismus ist das Ziel der



**Dora Staudinger,
in jungen Jahren**

Sozialist(inn)en: „wenn nötig durch allgemeine Dienstverweigerung“ (S. 135), also Generalstreik. Die Menschheit soll sich solidarisch-föderalistisch zusammenschließen: Produktion und Verteilung nach den Prinzipien gegenseitiger Hilfe statt der Konkurrenz (S. 134):

„Also nicht kapitalistischer Freihandel, aber auch nicht Schutzzoll, sondern Genossenschaftlichkeit.“ (S. 134) Damit ist im Sinne eines Völkerbundes „eigentlich mehr die Aufhebung des Staates“ (S. 134) als ein Zusammenschluss von Staaten intendiert.

Tolstoi ist als Quelle so zentral, dass gar nicht alle Schriften aufgeführt werden, sondern „Besonders: Was sollen wir tun? Viele kleine Schriften. Volkserzählungen“ (S. 227, Literarischer Wegweiser) genannt werden. Viele Programmpunkte, etwa auch der Kampf gegen Alkoholismus und Prostitution, gegen Abtreibung und für ein Leben, das möglichst viel von den erstrebten Zielen antizipiert, erinnern auch stark an die tolstoianischen Gruppen in Russland oder den Niederlanden. Die Betonung individueller Verantwortlichkeit ist sicherlich auch das, was die älteren religiösen Strömungen, den religiösen Sozialismus in der Zeit der Weltkriege, die Bewegungen der Kriegsdienstverweigerer und den Anarchismus verbindet.



**Clara und Leonhard
Ragaz**

Der geforderte praktische Idealismus wird daran erkannt, „dass er die Welt nicht idealisiert, sondern dem Ideal erobert“ (S. 59)

Literatur:

Ein sozialistisches Programm. Von Max Gerber, Jean Matthieu, Clara und Leonhard Ragaz, Dora Staudinger. Olten: Trösch [1921]

De Lange, Dennis: Die Revolution bist Du! Der Tolstojanismus als soziale Bewegung in den Niederlanden. Heidelberg: Verl. Graswurzelrevolution, 2016

Kalicha, Sebastian (Hg.): Christlicher Anarchismus. Heidelberg: Verl. Graswurzelrevolution, 2013

Lucas, Erhard: Vom Scheitern der deutschen Arbeiterbewegung. Basel u. Frankfurt a.M. : Stroemfeld/Roter Stern, 1983

Mattmüller, Markus: Leonhard Ragaz und der religiöse Sozialismus. Bd. II: Die Zeit des Ersten Weltkriegs und der Revolutionen. Zürich: EVZ-Verl., 1968

Wohlgemuth, Isabella: Gegen Unrecht und Gewalt. Clara Ragaz-Nadig (1874–1957), in: Brodbeck, Doris (Hrsg.): Siehe, ich schaffe Neues. Aufbrüche von Frauen ... Bern: eFeF-Verl., 1998, S. 17–32

Johann Bauer, Sozialwissenschaftler, Mitarbeiter der Zeitschrift Graswurzelrevolution – Für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft. Lebt als Aktivist und Autor in Norddeutschland. (Photo nicht erwünscht, J.B.: „der Name des Verfassers und sein Ansehen in der Literatur seien Dir ohne Bedeutung, Thomas von Kempen: Nachfolge Christi, 1. Buch, Kap. 5, Von der geistigen Lesung, sehr schön auch 2. Buch, Kap. 6, Vom Glück des guten Gewissens: „Denn nicht wer sich selbst empfiehl, hat bestanden – so spricht St. Paulus usw.“)

Veröffentlichungen u.a.:

Ein weltweiter Aufbruch! Gespräch [mit Bernd Drücke] über den gewaltfreien Anarchismus der Siebzigerjahre. Nettersheim 2009

Tolstoi als Kritiker der Gewalt. In: Das Schlachten beenden! Zur Kritik der Gewalt an Tieren. Nettersheim 2010

Leben für Gerechtigkeit und Frieden am Beispiel Emil Fuchs*

Von Klaus Fuchs-Kittowski

Mit diesem vom Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten sowie von der Rosa Luxemburg Stiftung auf dem Evangelischen Kirchentag gemeinsam getragenen Podium wollen wir über Leben, Theologie und politische Arbeit von Emil Fuchs als religiösem Sozialisten berichten. Es ist sehr gut, sich an diese Tradition der Religiösen Sozialisten und insbesondere an Emil Fuchs zu erinnern. Denn von ihnen wurde schon vor mehr als hundert Jahren erkannt, dass der Kapitalismus die Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens zerstört, und dass genau aus diesem Grunde die christliche Religion mitwirken muss, eine neue, bessere Gesellschaft zu gestalten. Heute stehen wir vor dieser Aufgabe; dabei geht es um noch mehr, um den Schutz der Grundlagen des Lebens überhaupt, die Menschheit überhaupt vor der Vernichtung durch Krieg und Klimawandel zu retten. Nun soll ich, als Enkel von Emil Fuchs aus persönlicher Sicht, über ihn als evangelischen Theologen, Pfarrer, Theologie-Professor, Religiösen Sozialisten, Quäker, Antifaschisten und Aktivisten in der nationalen und internationalen Friedensbewegung sprechen.

Th. K.: Charakterisiere einmal Emil Fuchs! Was ist für Dich als Enkel die vielleicht beeindruckendste persönliche Erinnerung?
K.F.-K: Er war für mich Großvater sowie Vater und Mutter zugleich. Er war also für mich die entscheidende Bezugsperson, von meinem vierten Lebensjahr an. Das ist dann eben nicht zuerst der Theologe, der Professor! Als er sich in Frankfurt a.M.

einmal einem Nachbarn vorstellte, sagte dieser: „Ach, Sie sind das kleine Männchen, das immer so rennt!“ Er ist für mich der Mensch, der trotz seines hohen Alters, alles für mich tut, damit ich den Verlust der Eltern nicht verspüre. Wenn ich vom Vater-Ersatz für mich spreche, dann denke ich z. B. daran, dass er, schon 74 Jahre alt, mit mir in Frankfurt, in den Ferien in die Niddas, einen Fluss, der bei Frankfurt in den Main fließt, schwimmen ging. Er war aber zugleich für andere da, (in der Nazizeit insbesondere politisch und rassistisch Verfolgte), die ihn um Hilfe, ansprachen. Das ist das wesentliche Charakteristikum von Emil Fuchs. Er war immer für den Nächsten da, wenn er in Not war. Davon zeugt auch sein weltweiter, intensiver Briefwechsel, mit allen, die er in sein Ringen mit einbeziehen wollte. Die vielleicht beeindruckendste persönliche Erinnerung für mich als Enkel war die Zuwendung, die er wiederum seinen Ur-entkeln entgegenbrachte, als er bei uns in Berlin, bis zu seinem Lebensende wohnte. Sogar im Alter von 96 Jahren arbeitete er noch kreativ. Im Alter von 91/92 Jahren schrieb er 1965/66 an dem Artikel für das Buch, herausgegeben von Karlheinz Deschner, „Jesusbilder in theologischer Sicht“. Der Artikel hatte den Titel: „Jesus von Nazareth im Glauben eines Christen, der Sozialist ist“. Kraft nahm er aus seiner tiefen Frömmigkeit, die dem von ihm vernommenen Ruf Gottes, folgte.

Th. K.: Er war Theoretiker aber auch politischer Kämpfer, was machte den christl. Sozialisten Emil Fuchs aus? Wie hat sich Emil Fuchs die Beziehung Christentum

**und Sozialismus / Marxismus gedacht?
Was unterscheidet diese christliche Begründung des Sozialismus von einer marxistischen Begründung?**

K.F.-K.: M. E. würde er der marxistischen Begründung folgen. Schon bei der Bildungsarbeit in Rüsselsheim oder in Eisenach – so habe ich ihn zumindest verstanden – war es nicht sein Anliegen, in irgendeiner Weise den Marxismus zu revidieren, sondern er erkannte die Massen mobilisierende Kraft des Marxismus an. Dies betont er auch bei seiner Übersiedlung in den Osten. Doch eine zusätzliche Begründung war die materielle und sittliche Emanzipation des Menschen, eine zusätzliche Kraft für die sozialistische Bewegung, ohne die das wirkliche Ziel der Bewegung nicht erreicht werden kann. Wir haben hier also eine Dialektik von Gemeinsamkeit und Unterschied. Der Unterschied liegt in einer für Emil Fuchs aus dem Glauben an Gott notwendige Ergänzung, im Menschenbild. Es gab und gibt die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. Wie Friedrich Engels feststellte, vollzogen sie sich durch die „beiden großen Entdeckungen: die materialistische Geschichtsauffassung und die Enthüllung des Geheimnisses der kapitalistischen Produktion mittels des Mehrwerts“ (Friedrich Engels) durch Karl Marx. Einsichten in die Gesetzmäßigkeiten des Materiellen, in die wesentlichen Zusammenhänge gesellschaftlichen Entwicklung sind auch von Christ(inn)en anzunehmen und die wissenschaftliche Erkenntnis ist auf allen Gebieten voranzutreiben. Die wissenschaftliche Erschließung von Gesetzmäßigkeiten der Natur, Gesellschaft und des Denkens kann und sollte auch Grundlage eines wissenschaftlich begründeten Weltbildes werden.

Gemeinsamkeit und Unterschied

1. Zum Kategorischen Imperativ von K. Marx.

Für Emil Fuchs gilt, wie für Helmut Gollwitzer: „Ein Sozialist kann Christ sein, ein Christ muss Sozialist sein.“

Ja, die Botschaft des Christentums ist anti-kapitalistisch, dient der Gestaltung einer friedlichen und gerechten Gesellschaft. Insbesondere von der frühchristlichen Gemeinde in Jerusalem liest man (Apg. 2, 42 ff.; 4, 32 ff.), dass sie ein Herz und eine Seele waren, und keiner nannte etwas von dem, was er hatte, sein Eigentum. Sie hatten alles gemeinsam. Was in der Französischen Revolution Brüderlichkeit hieß, wir heute als Solidarität bezeichnen, heißt für die Christen „Nächsten – und Feindesliebe“.

Für einen Religiösen Sozialisten heute ist entscheidend, dass er die Missstände einer kapitalistischen Gesellschaft nicht nur als Einzelercheinungen, als Auswüchse der Geldgier erlebt, sondern die vordergründigen Erscheinungen durchschaut, ihren inneren Zusammenhang mit den Grundstrukturen der kapitalistischen Gesellschaft, ihrer Art und Weise der Organisation und Produktion erkennt.

Die Kapitalismuskritik von Karl Marx in seinem Werk: „Das Kapital“ kann jedoch nicht ohne seine ethische, humanistische Grundhaltung verstanden werden, die in dem vom jungen Marx formulierten „kategorischen Imperativ ihren prägnanten Ausdruck fand: „[...] alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist ...“¹

Emil Fuchs berichtete mehrfach, dass es die religiösen Sozialisten waren, die mit als Erste die Frühschriften von Marx und En-

gels entdeckten und ihre Bedeutung gerade für die Zusammenarbeit von Christen und Marxisten erkannten. Nun lernte ich im Philosophiestudium, dass scharf zwischen dem jungen und dem reifen Marx zu unterscheiden sei. Als ausgereift galt Karl Marx ab der „Deutschen Ideologie“, da hier klar in der Grundfrage der Philosophie unterschieden wurde und die Arbeiterklasse als der Träger des revolutionären Gedankens erkannt worden war. Vollständig entwickelt sei aber erst der Marx des „Kapital“, der nun als Ökonom und nicht mehr als Philosoph und noch weniger moralisch, ethisch diskutiere. Dem widersprach Fuchs heftig, indem er deutlich machte, dass auch das „Kapital“ ohne die ethische Grundhaltung von Marx, die in der Tat in den Frühschriften erarbeitet wurde, gar nicht denkbar sei. Nun ist natürlich klar, dass jeder Wissenschaftler eine Entwicklung durchmacht, dass insbesondere eine so grundlegende Philosophie wie die von Karl Marx nicht von Beginn an unverändert geblieben sein bleiben kann. Aber zwischen einem ethischen und einem dann nur ökonomisch denkenden Marx zu unterscheiden, ist sicherlich nicht korrekt. Allerdings hat Marx selbst zu einer solchen Interpretation seiner wissenschaftlichen Entwicklung beigetragen, denn er lehnt ein rein moralisches Sollen im Sinne des Befolgens ewiger ethischer Grundsätze und moralischer Normen von Beginn an ab. Dazu gehören auch die Kategorien ‚Gerechtigkeit und Freiheit‘, wenn sie allein moralisierend, als verdeckte Durchsetzung von Klasseninteressen verwendet werden.

Aber andererseits, und das war das entscheidende Gegenargument gegen die Trennung in einen jungen und in einen reifen bzw. in einen ethisch und einen ökonomisch argumentierenden Marx, kann die Kapitalismuskritik im „Kapital“ überhaupt

nicht verstanden werden, ohne seine ethische, humanistische Grundhaltung, die ihren prägnanten Ausdruck in dem kategorischen Imperativ des jungen Marx gefunden hat.

2. Ringen mit der das Menschsein zerstörenden Macht des Kapitalismus

Ganz in diesem Sinne schrieb Emil Fuchs zu der Frage: „Was hat unsere Kirche vom Marxismus zu lernen?“: „Mit diesem Ruf zur Veränderung aber spricht der Marxismus schon in Karl Marx das aus, was vorher schon Christen und die Kirche hätten erklären müssen: dass die uns umringende, bestimmende, beherrschende Gesellschaftsordnung nicht nur durchgesetzt ist von Schuld und Sünde, sondern gegründet ist auf Selbstsucht, Habgier und Machtgier des Menschen, diese als treibende Kräfte kennt und durch ihre Herrschaft den Menschen als solchen erstickt, in die Selbstentfremdung treibt.“²

Diese Kapitalismuskritik von Emil Fuchs kann auch als Forderung nach Gestaltung menschenwürdiger Verhältnisse und Gewährleistung der Menschenrechte expliziert werden. Wobei das Recht auf ein Leben in Frieden als das erste Menschenrecht anzusehen ist.

Worin geht die mobilisierende und gestaltende Wirkung des Christentums über den Marxismus hinaus und würde für die Gestaltung einer neuen Gesellschaft nicht nur nützlich, sondern unabdingbar?

Das ist insbesondere der Appell zu Nächstenliebe. Werfen wir einen Blick auf das Deckblatt, welches die Tochter von E. Fuchs, Elisabeth Fuchs-Kittowski, für die Auslegung des Neuen Testaments durch ihren Vater 1934 entworfen hat, so sehen wir als Überschrift das Wort Jesu: „Was ihr getan habt den geringsten meiner Brüder.“



Darunter sieht man eine große Gruppe von Menschen, die sich zu einem Buch drängt. Einige der Menschen lesen schon, sind nachdenklich, auch bewegt, einige sehen eine Wegweisung.

Darunter steht: „Das Neue Testament – Denen ausgelegt, die sich nach der Erfüllung Seiner Verheißung sehnen.“

E. Fuchs schreibt in seiner Auslegung zu dem auf dem Bild als Motto vorgesehenen Bibelwort: „Zu diesem Gleichnis führen alle vorhergehenden hin. Dazu sind sie gesagt, dass wir den tiefen Ernst dieser letzten Offenbarung nicht übersehen: Daran entscheidet sich unser ewiges Geschick: Leben – Tod – Seligkeit oder Verdammnis – ob wir seine Botschaft hören und so ins Herz nehmen, dass sie zu Tat und Lebensgestaltung wird, oder ob wir in jener Gleichgültigkeit bleiben, die an dem vorüber gehen kann, dessen Heiligkeit er uns

enthüllt hat, dem Bruder und seinem Geschick und Sein.“

An einer weiteren Stelle äußert sich E. Fuchs dazu: „Der Christus‘, das ist der, der uns richtet – heute richtet – und immer richten wird, an dem des Menschen, der Völker, der Menschheit Schicksal zu Leben und Zukunft oder Tod und Untergang sich entscheidet. Ist Jesus der Christus, dann entscheidet sich dies Schicksal nach dem Worte: „Was ihr getan habt einem dieser Geringsten meiner Brüder [...] was ihr nicht getan habt einem dieser Geringsten [...]!“

Ist der Gekreuzigte der Christus, so führt Machtwahn und Glauben an Gewalt und Gold zum Untergang – Leben ist da, wo man das Leben gibt als Opfer für die Brüder.“

Genügt es, angesichts der globalen Krise einzelne Auswüchse wie etwa die Gier einzelner Bankiers zu kritisieren? Oder gilt nicht vielmehr die Einsicht von Fuchs, „dass die uns umringende bestimmende, beherrschende Gesellschaftsordnung ...gegründet ist auf die Selbstsucht, Habgier und Machtgier des Menschen.“

Genügt es, angesichts der weiter vorangetriebenen atomaren Rüstung sowie der Automatisierung des Schlachtfeldes einzelne Auswüchse des Krieges zu kritisieren? Dem Kriegsroboter Moral beibringen zu wollen, damit man möglichst nicht vor ein Kriegsgericht kommt? Oder gilt nicht vielmehr die Einsicht, dass „Krieg Sünde ist“? Wie Emil Fuchs als religiöser Sozialist erkennt: „Selbst ein redliches Bemühen um Frieden ist letztlich nicht consequent genug, wenn nicht auch gesehen wird, dass die Ordnung geändert werden muss, die immer wieder Kriege gebiert.“

Emil Fuchs war Theoretiker aber auch politischer Kämpfer, was machte den Christlichen Sozialisten Emil Fuchs aus?

Als politischen Kämpfer habe ich ihn

gleich nach dem Krieg in Frankfurt am Main erlebt. Dort trat er als Religiöser Sozialist als Wahlkämpfer für die SPD auf. Er wollte insbesondere christliche Bürger für die SPD gewinnen, die sich damals noch grundsätzlich zum Marxismus bekannte. Er sagte dann: Marx hat eine grundsätzlich richtige Analyse der ökonomischen Entwicklung geliefert. Die sollten sich auch Christen zu eigen machen und nicht schon aufgrund des atheistischen Charakters des Marxismus ablehnen. Wenn ihnen ihr Apotheker eine Arznei verkauft, nehmen sie die doch auch, ohne zu fragen ob der Christ oder Atheist ist.

Christ(inn)en und Marxist(inn)en können und sollten auf der Grundlage gemeinsamer humanistischer Werte bei der Neugestaltung der Gesellschaft zusammenarbeiten, auch wenn zwischen ihnen ein grundlegender Unterschied im Verständnis des Wesens des Menschen, dem bewussten Folgen des Rufes Gottes, besteht.

Für Rassismus gibt es keinerlei wissenschaftliche Belege. Es ist reine antihumane Ideologie!! Aber auch wenn Rassismus wissenschaftlich unvertretbar ist, muss man als Humanist(in) doch schon von vornherein gegen jede Form von Rassismus sein, auch wenn eine wissenschaftlich begründete Widerlegung nicht möglich wäre. Weltanschauung ist nicht identisch mit Wissenschaft, denn alle Formen wirklicher Kunst, humanistische Traditionen und Erfahrungen aus dem Zusammenleben der Menschen und eben auch religiöses Bewusstsein können hier für die Orientierung der Menschen von entscheidender Bedeutung sein.

Es muss eine Front der Humanisten gegen die Antihumanisten gebildet werden!

Denn es ist insbesondere auch der Gegensatz von Humanismus und Antihumanismus zu beachten. Eine humanistische

Philosophie hat sich der Ergebnisse der Wissenschaften zu vergewissern, aber auch die aktive Rolle der Menschen bei der Gestaltung ihres Lebens, ihre moralische Haltung zu stärken. Zur Antwort auf die Grundfrage der Philosophie müssen die Entwicklung der ethischen Kräfte und die Lösung ethischer Probleme hinzukommen. Die jeweilige unterschiedliche Antwort kann und sollte kein Hindernis sein für ein gemeinsames Ringen der Humanist(inn)en gegen jegliche Form des Antihumanismus.

Am Dienstag, den 23 Mai, veröffentlichte die Berliner Zeitung ein Interview mit „Gregor Gysi, der gesagt hat: „Jesus wäre (heute) ein kritisches Mitglied unserer Partei.“ Und der über über Unterschiede zwischen Katholiken und Protestanten gesprochen hat: „Die Beichte ist eine geniale Erfindung“. Doch reichen diese Thesen nicht an die entscheidenden Gedanken der Religiösen Sozialisten heran, das widerständige Potential von Religion zu mobilisieren.

Gerade hierzu war das Wirken von E. Fuchs in der DDR von großer Bedeutung. Er, der Brückenbauer, ermöglichte es zumindest bei einem Teil der tiefer nachdenkenden Marxisten, bis hin zur Partei- und Staatsführung, das widerständige Potential von Religion nicht nur als Widerstandskampf gegen den Faschismus, sondern darüber hinaus auch das emanzipative Potential von Religion – gerichtet auf Gestaltung einer wirklich sozialistischen Gesellschaft – überhaupt zu verstehen. Wenn also gefragt wird: was macht den politischen Kämpfer, was machte den Christlichen Sozialisten Emil Fuchs aus, wäre meine (vielleicht nicht alles umfassende) Antwort: einmal die Erkenntnis: Die Kraft des Marxismus hat besonders die Arbeiterschaft für die Neugestaltung der Gesellschaft mobilisiert. Zum anderen die Er-

kenntnis, dass auch in der christlichen Religion ein emanzipatorisches Potential liegt, das dieses genutzt werden muss, soll eine Neugestaltung der Gesellschaft wirklich gelingen. Um dies aufzuweisen, werden insbesondere der Brief des Paulus an die Römer und die Briefe an seine Gemeinden für Emil Fuchs besonders wichtig. **Th.K.: „Wie begründet Emil Fuchs seine Staatskritik – auf welchem theologischen Fundament (Stichwort: Römerbrief, Paulus)? Ist diese Kritik heute immer noch aktuell? Sind die Kirchen heute zu staatsnah und zu staatstragend?**

K.F-K.: Wir haben ja erst kürzlich die Auslegung und Neuübersetzung des Briefes des Paulus an die Römer herausgegeben. Hier setzt er sich mit Luthers quasi Heiligsprechung der Obrigkeit, die auf einer entsprechenden Interpretation des Pauluswortes: „seit untern der Obrigkeit“ beruht, auseinander. Im Gegensatz zu Luther hatte Paulus ein Verständnis für Entwicklung in Natur und Gesellschaft. Für Paulus war der Satz zeitbedingt, denn das Kommen der neuen Zeit stand für ihn unmittelbar bevor. Luther musste mit seiner Haltung in der Bauerfrage scheitern. Die Haltung von Emil Fuchs zur Obrigkeit war insbesondere geprägt durch das Quäkertum: „Speak Truth to Power“. Dadurch war seine Hilfe für rassistisch und politisch Verfolgte motiviert. Dazu gehört in der DDR vor allem auch sein Einsatz für die Junge Gemeinde. Sein Einsatz für die Möglichkeit der Kriegsdienst-Verweigerung in der DDR. Aber es sei nicht vergessen, dass er sich zuvor intensiv gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands eingesetzt hat. Durch einen Brief an den Präsidenten Wilhelm Pieck. Der dann im Museum für Deutsche Geschichte ausgestellt wurde. „Speak Truth to Power“ wurde mir besonders deutlich bei dem gemein-

sam diskutierten und von mir zur Post gebrachten Protestbrief an Walter Ulbricht, gegen die unsinnige Sprengung der Universitätskirche in Leipzig.

Kirche heute? Stärkerer Einsatz zur Friedenssicherung notwendig!

Die Kirchen sind m. E. auch heute noch zu staatsnah und zu staatstragend. Ich erwarte einen noch hörbareren Protest gegen die sich erneut vollziehende Hochrüstung!! Die nur zur Vernichtung der Menschheit führen kann. Vor allem gilt es gegenwärtig, sich mit aller Kraft gegen die neue Rüstungsspirale auf dem Gebiet des Cyber War, des Einsatzes bewaffneter Drohnen und Kriegerroboter zu wenden. Dazu geschieht m. E. viel, viel zu wenig. Es haben sich z.B. die katholischen Militärggeistlichen entschieden gegen bewaffnete Drohnen ausgesprochen. Für Militärggeistliche sicher ein sehr mutiger Schritt. Für E. Fuchs als Christ, Sozialist und Antifaschist würde dies in seinem Ringen um Frieden und um soziale Gerechtigkeit noch nicht genügen.

E. Fuchs berichtet von der Weltkirchenkonferenz für „Praktisches Christentum“ 1925 in Stockholm, auf dem die Kirchen erklärten, dass sie sich verpflichtet fühlen, ‚gegen die Sünde des Krieges‘ zu kämpfen.“ Der Satz aus der Stockholmer Erklärung wurde in der deutschen Übersetzung geändert. Jetzt heißt es: „dass sich die Kirchen verpflichtet fühlten, ‚gegen die Sünden des Krieges‘ zu kämpfen. Man hatte nicht gewagt den deutschen Christen das Wort ‚the sin of war‘ zu übersetzen. Man fügte nur ein ‚n‘ zu, und alles war der nationalistischen Leidenschaft nicht mehr anstößig.“ (Emil Fuchs Mein Leben II, S.133) E. Fuchs hebt hervor: dass „die Ordnung geändert werden muss, die immer wieder Kriege gebiert.“

Eine Erinnerung aus der Zeit

Aus der Zeit des Widerstandes gegen den

deutschen Faschismus erinnere ich mich insbesondere an zwei Ereignisse. Erstens: E. Fuchs verstand seine Arbeit an der Auslegung und Neuübersetzung des Neuen Testaments als Aufruf zum geistigen Widerstand, speziell zur Festigung der antifaschistischen Haltung der Quäker in Deutschland und der zur Zeit des Faschismus verbotenen und verfolgten religiösen Sozialisten. Als Kind habe ich mit Stolz an der Kurbel des Vervielfältigungs-Apparates gedreht. Die zu druckenden Abschnitte der Auslegung waren von dem Großvater mit seiner Reise-Schreibmaschine auf eine Wachsmatrize getippt worden. Diese wurde auf eine Trommel gespannt. Wenn der Druck erfolgt und alles eingetütet war, liefen wir durch Berlin, durch ganz Mariendorf und Tempelhof und suchten uns verschiedene Briefkästen. Denn der GESTAPO sollte die Sendung an die Quäkerfreunde und die religiösen Sozialisten nicht auffallen. Heinrich Schwarze, ein religiöser Sozialist, bei dem ich während meines Philosophiestudiums Ethik hörte, war zur Anfangszeit (in Britz) mit dem Druck und Versand der Auslegung beschäftigt. Er erwähnte dies mehrfach, als seine wichtigste antifaschistische Tat. Das zweite Ereignis, das sich mir regelrecht in mein Gedächtnis gebrannt hat, sind die beiden Haussuchungen nach dem 20. Juli nach dem Attentat auf Hitler. Mein Großvater behauptete immer, dass er dabei ganz ruhig geblieben wäre. Das stimmt aber nicht ganz, denn er hatte einen ganz roten Kopf. Wie er mir später berichtete, hatte er auch die schlimmsten Befürchtungen, denn er war der Verbindungsmann zwischen dem religiösen Sozialisten Ernst von Harnack, der Mitglied des Kreisauer Kreises war, und Bernhard Göring, der als Gewerkschaftler die Verbindung zwischen dem Kreisauer Kreis und seiner gewerkschaftlichen Wider-

standsgruppe hielt. Er stand insbesondere in engem Zusammenwirken mit Harald Poelchau, dem Gefängnispfarrer von Plötzensee und ebenfalls aktives Mitglied im Kreisauer Kreis, dem Kopf des Widerstandes gegen Hitler, der das Attentat auf Hitler vorbereitete. Er stand also in Verbindung mit dem Zentrum des zivilen und militärischen Widerstandes. So ist seine Aufregung bei der Haussuchung und dem Verhör der Polizei verständlich,

Friedenshaltung heute!

Emil Fuchs war Mitglied des Deutschen Friedensrates, Mitbegründer des Christlichen Arbeitskreises im Friedensrat der DDR sowie der Prager christlichen Friedenskonferenz. In seinem Sinne versuche ich auch heute zu wirken. Es gilt sich zu bekennen: Wie in unserem Appell aus Berlin! „Für ein kontrollierbares Abkommen zur Abschaffung aller Atomwaffen.

Wir fordern die national und international wirkenden Politikerinnen und Politiker auf, das Ziel der Abschaffung aller Atomwaffen unmittelbar und mit Nachdruck zu verfolgen. Es ist im Atomzeitalter wider die Vernunft, Krieg als geeignetes Mittel zur Wiederherstellung verletzter Rechte zu betrachten. Angesichts der Gefahr einer völligen Vernichtung der Menschheit gibt es keinen gerechten Krieg und auch keine gerechte Revolution, die den Einsatz solcher Waffen rechtfertigen würden. Soziale Ungerechtigkeiten sollten auf friedlichem Wege überwunden werden.“

Das ist heute im Sinne von Christen und Marxisten, also ganz im Geiste von Emil Fuchs.

Lebte Emil Fuchs noch, so würde er uns ungebrochen auch heute zurufen, was er 1931 in seinem Aufsatz. „Was bleibt von Thomas Müntzers Bewegung?“ schrieb: „Die Erkenntnis, dass Christen Brüder sein müssen und dass es unmöglich ist, dass der

eine reich ist, während der andere Hunger leidet, dass der eine Herr ist, der andere Knecht, die tragen wir weiter, und sie wird sich durchsetzen“ (Fuchs, *Der Religiöse Sozialist*.1931, 46, S.192).

Als religiöser Sozialist wollte er weitertragen, dass Gott immer neu und lebendig zu uns redet, nicht in alten Dogmen und Lehren, sondern in gegenwärtigem Willen und gegenwärtiger Aufgabe, die wir für unsere Brüder, für die Menschheit zu tun haben. Zwei Jahre vor einer anderen entscheidenden Wende in der deutschen Geschichte und lange vor der mit ungeheuren Opfern erkämpften und erlittenen Beendigung von Faschismus und Krieg beschwor er die Zeit vor dem Scheitern des Frühsozialismus, nicht nur auf deutschem Boden, – trotz des Scheiterns der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland – den „Geist Thomas Müntzers“ und seiner Bundesgenossen, der „erneuert“ werden und „eine gestaltende Kraft der Zukunft“ (ebd.) sein und bleiben müsse.

Wir müssen uns heute ein selbständiges Urteil darüber bilden können, welchen Beitrag eine Politik der sozialen Gerechtigkeit zur Lösung der gegenwärtigen Weltkrisen leisten kann:

Zur Umweltkrise, zur Verminderung des durch den Menschen induzierten Klimawandels, zur Entwicklung der so genannten Dritten Welt, zur Überwindung von Armut und Überbevölkerung, zur globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, zur Überwindung krasser sozialer Ungleichheit.

Jede dieser Krisen kann zur Eskalation des uns gegenwärtig so stark berührenden Flüchtlingsdramas beitragen. Welchen Beitrag muss eine Politik der sozialen Gerechtigkeit zur Gewährleistung der Menschenwürde, der individuellen, sozialen und internationalen Menschenrechte heute, angesichts dieser Krisen des globalen di-

gitalen Kapitalismus leisten? Es gilt heute, alle materiellen und geistigen Kräfte zu mobilisieren, um diese Krisen zu bewältigen. Dazu gehört auch, den geistigen Widerstand gegen die herrschenden Ungerechtigkeiten, wider ihre Ursachen in den gesellschaftlichen Strukturen, zu festigen und zu organisieren.

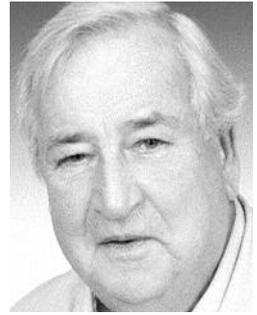
**Die Fragen stellte Thomas Kegel, DEKT Marktplatz-Veranstaltung BRSD – Rosa Luxemburg Stiftung, Do., 25. Mai 2017, 10:30 Uhr bis 11:15 Uhr, Markt der Möglichkeiten, Halle 2.1 Angemeldete Veranstaltung: Leben für Gerechtigkeit und Frieden am Beispiel Emil Fuchs. Kooperationsveranstaltung des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten, BRSD e.V. und der Rosa Luxemburg Stiftung Information über Leben, Theologie und politische Arbeit von Emil Fuchs als religiösem Sozialisten Vorstellung des Buches: „Ringens um Gerechtigkeit im weltanschaulichen Dialog – Im Andenken an den Antifaschisten Emil Fuchs“, Hrg.: Michael Brie und Klaus Fuchs-Kittowski, Berlin 2016, erschienen bei der Rosa Luxemburg Stiftung https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_1-2017_Ringen_um_Gerechtigkeit.pdf*

- 1 Marx, Karl, Engels, Friedrich (1957): *Werke Band I, Dietz Verlag (MEW I)*, Berlin, 385
- 2 Fuchs, Emil (2000): *Aus unveröffentlichten Manuskripten von Emil Fuchs. Textfragmente aus dem Entwurf „Mein Leben“ Band 3*, in: *Christentum, Marxismus und das Werk von Emil Fuchs, Beiträge des sechsten Walter-Markov-Kolloquiums, Rosa-Luxemburg-Stiftung-Sachsen, 165 – 187, ebd. S. S. 181.*

Klaus Fuchs-Kittowski, Jahrgang 1934, ist Professor für Informationsverarbeitung. War

Leiter des Bereichs Systemgestaltung und automatisierte Informationsverarbeitung der Sektion Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsorganisation der Humboldt-Universität zu Berlin. Mitarbeit an Projekten des Internationalen Instituts für Angewandte Systemanalyse in Laxenburg (IIASA), war Gastprofessor am Fachbereich Informatik der Universität Hamburg und am Institut für Wirtschaftsinformatik – Information Engineering – der Johannes-Kepler-Universität-Linz und ist Lehrbeauftragter an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (HTW-Berlin). Er war Assoziiertes Mitglied der Johns Hopkins University, Baltimore (USA) und Mitglied des der Internationalen Föderation für Informationsverarbeitung (IFIP), des Technischen Komitees (TC9): Wechselbeziehungen

zwischen Computer und Gesellschaft und Leiter der Arbeitsgruppe I: Computer und Arbeit (IFIP/TC9/WG1) und ist Mitglied der Leibniz-Sozietät der Wissenschaft. Auszeichnung mit dem Rudolf Virchow Preis der Medizin sowie mit dem Silver Core der Internationalen Föderation für Informationsverarbeitung (IFIP). Landesvorsitzender des Verbandes Hochschule und Wissenschaft (VHW) Berlin im Deutschen Beamtenbund.



Klaus Fuchs-Kittowski

Leben für Frieden und Gerechtigkeit. Das Beispiel Emil Fuchs*

Von Reinhard Gaede

Thomas Kegel: Wie begründet Emil Fuchs christlichen Sozialismus?

Reinhard Gaede: Die Welt sieht er erfüllt vom Kampf aller gegen alle. „Wir Christen aber hören den „Ruf, eine Welt wahrhaften Glückes und wahrhafter Güte zu schaffen.“ (Der Ruf Jesu Christi, Hamburg-Bergstedt 1961, S. 33) Das ist die „Kunde von dem Reiche Gottes“, dem „Ziel der Menschheitsgeschichte“, „an dessen Bau wir alle arbeiten sollen.“ Das bedeutet gleichzeitig Absage an den Mammon, an das als Gott verehrte Geld. „Wo man dem Mammon dient, da erstirbt alle Lebens- und Zukunftskraft, und Menschen und Völker zersetzen sich in wilder Selbsterstörung.“ (ebd. S. 37) „Die große Lebensfrage der gesamten Menschheit“ ist, ob die Völker der Gewalt dienen, oder ob sie „auf die Macht der Liebe und Wahrheit ihr

Dasein gründen, eine Gemeinschaft zu schaffen, die von innen her durch das Rufen des Göttlichen zusammengefügt ist. Die Bibel aber verkündigt das Reich Gottes, das im Kommen ist und die Welt umgestalten will.

In Wahrheit ist das Christentum keine „Gewohnheitsreligion“, sondern eine „prophetische Religion“. (Marxismus und Christentum, Leipzig 1952, S. 205) Gott ist der aus der Sklaverei befreiende Gott. Seine Boten, die Propheten, verkünden Gericht über die Unterdrücker der Armen, haben die Vision eines Reiches, das Frieden bringt.

So kommt E. Fuchs zu einer neuen Bestimmung von Religion: „Religion ist das Bewusstsein des Menschen, über sich hinausgerufen zu sein – mit ihnen und für sie ein Leben zu gestalten, das diesem Bestimmte sein zu einer höheren Wirklichkeit von Glaube, Hoffnung und Liebe näher kommt – dem Reich Gottes. Sie ist zugleich die Macht, die ihn neu

ermutigt und mit Kraft erfüllt, wenn er, von seinem eigenen Versagen oder von all der Gemeinschaft des Menschseins oder der menschlichen Gesellschaft bitter enttäuscht, verzweifelt und untätig werden will. Der Schuld gegenüber ist sie die immer wiederkehrende Macht der Vergebung und des Mutes. Beide Kräfte der Religion sind in der Gestalt Jesu vor die Menschheit gestellt und wirken in ihr weiter“ (Emil Fuchs, Bin ich Idealist? In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl Marx Universität Leipzig, 5. Jahrgang, 1955/56, Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, Heft 2, S. 220)

Was kann die Christenheit der Menschheit geben? Das Vermächtnis von E. Fuchs klingt so: „Die Christenheit muss künden, dass Zusammenarbeit und Zusammenleben der Menschen in allen Punkten und allen Verhältnissen durchdrungen sein soll von der Sehnsucht nach Gemeinschaft, Brüderlichkeit, gegenseitiger Hilfe und von der Ehrfurcht vor dem Menschen, dem Gott ein heiliges Ziel verantwortungsbewussten Menschseins gesetzt hat.“ (E. Fuchs: Christliche und marxistische Ethik. Lebensgestaltung und Lebensverantwortung des Christen im Zeitalter des werdenden Sozialismus, Band 1, Leipzig 1956, S. 182)

Th. K.: Was unterscheidet die christliche Begründung des Sozialismus von einer marxistischen Begründung?

R.G.: Die Religionskritik des Marxismus sieht E. Fuchs als zeitbedingt an. Die Verfasser kannten ja nur einen Gott, der „als Erklärung dort eingesetzt wird, wo Erkenntnis und Wissen zu Ende gehen“. Oder sie meinten einen Gott, der „den Menschen eine Rechtfertigung ihres alten Weltbildes gibt und der ihre sittlichen und gesellschaftlichen Anschauungen heiligt“. (Marxismus und Christentum, Leipzig 1952, 183f.) So haben Karl Marx und Nachfolger ein „Zerrbild“ Gottes vor Augen gehabt. Die Bibel

aber verkündigt das Reich Gottes, das im Kommen ist und die Welt umgestalten will. Christentum und Marxismus sieht er dialektisch: „Es ist kein Zufall, dass Kirchen und Theologie für die Zukunftshoffnung des Glaubens, für die Botschaft vom Reiche Gottes, erst wieder Verständnis gewannen, als die Bewegung des Marxismus die Massen zu erschüttern begann.“ (Christliche und marxistische Ethik II, S. 242) Der Marxismus – so E. Fuchs – „weckt“ uns für den „Ruf Jesu“. (Marxismus und Christentum, S. 202) Marxismus und Jesus Christus sind leidenschaftlicher Protest gegen das Zerschneiden des Menschseins durch die bestehende Gesellschaft, die den Menschen der ‚Selbstentfremdung‘ anheim fallen lässt.“ (Christliche und marxistische Ethik, I, S. 100)

So auch Paul Tillich: Der Sozialismus als Kirchenfrage 1919: „5. Die Ethik der christlichen Liebe erhebt Anklage gegen eine Gesellschaftsordnung, die bewusst und grundsätzlich auf dem wirtschaftlichen und politischen Egoismus aufgebaut ist, und fordert eine neue Ordnung, in welcher das Bewusstsein der Gemeinschaft das Fundament des gesellschaftlichen Aufbaues ist. (Idee des Sozialismus). 6. Sie erhebt darum Anklage gegen den grundsätzlichen Egoismus der Privat- und Profitwirtschaft, die ihrem Wesen nach ein Kampf aller gegen alle ist, und fordert eine Wirtschaft der Solidarität aller und der Freude nicht am Gewinn, sondern am Werk selber.“ (Paul Tillich: Der Sozialismus als Kirchenfrage, in: Christentum und soziale Gestaltung, Gesammelte Werke II, Stuttgart 1962, S.14)

Der Sozialismus ist die historische Anfrage an das Christentum, ob die Impulse der christlichen Liebe wirklich auch Strukturen verändern im Sinne eines menschlicheren Zusammenlebens. Und das Christentum ist eine Anfrage an den Sozialismus, ob seine Ziele und Wege sich auch am Wohl des Men-

schen orientieren. (Insofern geht es hier neben der Solidarität zugunsten der Armen um Distanz. Besonders empfindlich sind Christen in der Gewaltfrage. Wegen der Gefahr des Machtwahns neuer Eliten sind Christen in der sozialistischen Bewegung die Anwälte der Machtlosen.

E. Fuchs sagt: Christentum und Marxismus rufen zur Weltgestaltung. „Der Christ weiß sich in seinem Glauben verpflichtet, gegen die Sünde zu kämpfen und den Geist der Brüderlichkeit wirksam werden zu lassen; der Marxist weiß, dass er in der geschichtlichen Entwicklung eine hohe gesellschaftliche Verantwortung für die Befreiung des Menschseins hat.“ (Christliche und marxistische Ethik I, S. 100) E. Fuchs bezieht sich also auf die Frühschriften von Marx und Engels, auf die Selbstentfremdung des Menschen in der (Lohnarbeit), auf den kategorischen Imperativ des jungen K. Marx „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, in verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“. (Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung, MEW)

Th.K.: Wie begründet Emil Fuchs seine Staatskritik – auf welchem theologischen Fundament (Stichwort Römerbrief des Paulus)? Ist diese Kritik immer noch aktuell? Sind die Kirchen heute zu staatsnah und zu staatstragend?

R.G.: E. Fuchs gibt dem Kommunistischen Manifest recht: „Die Geschichte der Menschheit ist eine Geschichte der Klassenkämpfe.“ Wie der Marxismus sieht er den Staat als Klassenherrschaft, als „eine Ordnung, die den Herrschenden in seiner ausbeutenden Funktion schützt.“

Der Irrtum vieler Theologen war, dass sie den Staat glorifiziert haben als eine von Gott gesetzte Ordnung und seine „Selbstsucht und Sündhaftigkeit“ übersehen haben. (Marxismus und Christentum, S. 101) Dabei haben

sie sich zu Unrecht auf Römer 13 berufen. Die Unterordnung unter die „herrschenden Gewalten“ (so E. Fuchs' richtige Übersetzung) wird hier erwähnt als Schutz vor denen, die Böses tun. Das griechische Wort *exousiai* *hyperechusai* übersetzt heute die „Bibel in gerechter Sprache: „Gewalten, die an der Macht sind“. Die Zürcher Bibel übersetzt: „Staatliche Behörden, die Macht haben“. Lutherbibel, Revision 2017 schreibt in Sach- und Worterklärungen: „staatliche Regierungsgewalten und Behörden“. E. Fuchs kritisiert den „Glorienschein von Ehrfurcht“ den Luther dem Staat mit dem Wort „Obrigkeit“ beimisst. Er betont mit Recht: Der Staat gehört der Weltordnung an. In ihrem Gesellschaftsleben hat auch das „Widergöttliche seinen stärksten und sichersten Sitz“: „Egoismus“, „Herrschgewohnheit“. In Offb. 13,14 wird der Staat als Tier voller Bosheit dargestellt, als Hure Babylon, gegen Gott agierend, dem Gericht Gottes verfallen. (ebd., S. 97)

Paulus meinte aber, dass Gott das sündige „Tun der Menschen so leitet, dass es doch seinem Willen dienen kann“. (ebd., S. 107)

Die herrschenden Gewalten gehören nach der Bibel zur vergehenden Welt. Nach Röm 12, 2 sollen Christ(inn)en ihr Leben und Wirken aber nicht der Weltordnung gleichstellen. Der Apostel mahnt: „Ändert euch durch Erneuerung eures Sinnes!“ Während die alte Weltordnung vergeht, sollen Christ(inn)en „Träger des Kommenden“ sein, des Reiches Gottes. Christen haben „eine neue Welt zu schaffen und zu leben.“ (Emil Fuchs: Der Brief des Paulus an die Römer, Hg. Claus Bernet und Klaus Fuchs-Kittowski, Hamburg 2015, S. 483) Es klingt wie eine Warnung zehn Jahre vor der Zerstörung Jerusalems: Die Gemeinde soll „Freiheit nicht vom Aufstand der Menschen, sondern vom Geiste und der Fügung Gottes“ erwarten.“ S. 483. E. Fuchs folgt hier dem Theologen der Bruderhöfer Eberhard Arnold und seinem Buch „Die ersten

Christen“ 1926: Die „ursprüngliche Botschaft des Christus“ war: Christen sind „der alten Ordnung der Gesellschaft entnommen“, „berufen, eine neue Welt tiefer Brüderlichkeit und Wahrheit zu bauen.“ (S. 496) In Auseinandersetzung mit der Theologie Karl Barths spricht E. Fuchs wie das Neue Testament vom „kairos“, der vollendeten Zeit, „dem „Augenblick der Entscheidung zwischen dem Reiche Gottes, das nahe herbeigekommen ist, das als Kraft unseres Lebens neben uns steht und den Gewalten des Selbstüchtigen, die diese Gesellschaft beherrschen und zerstören wollen.“ (S. 563)

E. Fuchs würdigt den Marxismus insofern, als er die „Vergötzung des Staates“ überwindet, „zugleich deutlich macht, wie wenig der Krieg irgendetwas mit Recht und Gerechtigkeit, Schutz der Schwachen und Schutz des Friedens zu tun hat, sondern wie sehr er das Produkt jener Klassenspaltung ist, über die dieselben Kirchen so gern sich hinwegtäuschen, die den Krieg für berechtigt erklären. (ebd., S. 109)

Gegen die Strukturen des Kapitalismus müssen die Eigentumsverhältnisse neu geordnet werden: Denn ein „Sittenkodex“ erlaubt es dem Menschen, „seinen Konkurrenten oder Kunden bis zu einem gewissen Grade zu überlisten, auszunutzen, ihm Rechte und Vorteile unter schlauser Benutzung der verwickelten Rechtslage aus der Hand zu winden.“ Und der Unternehmer kann „in seine Privatkasse“ leiten, was doch auch seine Mitarbeiter an Gewinn erarbeitet haben und gibt ihnen nur ab, „was die „augenblickliche Machtposition im Gesellschaftsleben ihm abnötigt“. (ebd. S. 119) Dagegen sollen Christen doch auf die Bibel hören, dass „Eigentum nichts anderes sein kann und darf als ein Mittel, dem Bruder zu dienen“. (ebd. S. 120)

Natürlich ist diese Kritik noch aktuell. Was der demokratische Sozialismus will, ist eine Übertragung der demokratischen Ideen

aus dem politischen System auch auf das wirtschaftliche. Erst so kann die demokratische Gesellschaft eine Kontrolle über die Wirtschaft gewinnen, die derzeit im Kapitalismus soziale Lebensverhältnisse und die Umwelt der Menschen zerstört. Regierungen, Verbände und gesellschaftliche Initiativen (Bürgerbewegungen) sollen sich vereinen zum Handeln für das Gemeinwohl.

Neben dem Typ privatwirtschaftlich geführter Erwerbsunternehmen befürwortet der demokratische Sozialismus Unternehmen der öffentlichen oder freien Gemeinwirtschaft, die dem Gemeinwohl (meritorischen Zielen) verpflichtet sind. Unterschiedliche öffentliche Träger sind denkbar: Kommunen, Zweckverbände, Länder, Bundesstaat. Auch autonome öffentliche Körperschaften (z.B. Öffentliche Rundfunkanstalten), Freigemeinwirtschaftliche Unternehmungen, die öffentliche Versorgungsziele verfolgen, sind förderungswürdig (z. B. Freigemeinwirtschaftliche Krankenhausbetriebe oder Wohnungsgenossenschaften, Freie Schulen). Unterschiedliche Talente und Wertorientierungen können in solch gemischtem Wirtschafts-System am besten integriert werden.

Daneben muss eine gesellschaftliche Planung treten, in der mit den Wirtschaftseinheiten Vereinbarungen getroffen werden. Sie sollen öffentliche Planung und Kontrolle der Wirtschaft sichern.

Die Kirchen heute

Die Versuchung der Institution Kirche ist damals wie heute die gleiche: Benutzt der Staat und seine Eliten die Kirche zur Legitimation und Stärkung von Herrschaftsinteressen und -Verhältnissen, so fordert auf der anderen Seite die Kirche den Staat auf zur Mithilfe beim Durchsetzen „religiöser“ Normen. Insgesamt gesehen zeigt sich eine permanente Differenz zwischen Anspruch bzw. Selbst-

verständnis der Kirche und den Organisationsprinzipien, die oft zugunsten der geltenden Organisationsprinzipien aufgelöst wird. Das wirkt sich insbesondere so aus:

1. Die Verpflichtung der Kirchen gegenüber Leitbildern von Frieden und Gerechtigkeit wird in moralischen Appellen beteuert, in ihren strukturellen Bedingungen aber nur eingeschränkt durchgesetzt.
2. Kirchliche Gruppen, die an den Leitbildern von Frieden und Gerechtigkeit orientierte Aktionen initiieren, werden einerseits als kirchliche Vertretungen anerkannt, da in ihrem Handeln die Sendung der Kirche verwirklicht wird, andererseits werden sie isoliert und an den Rand gedrängt, weil ihr unmittelbarer Einfluss der gesamten Institution Schwierigkeiten bereiten könnte.
3. Die These von der politischen Neutralität der Kirche, begründet in jenem „dunklen Zusammenhang von lutherischer Innerlichkeit und lutherischer Weltlichkeit“ (Barth), wirkt als Verbandsideologie, die Störungen des Kultus vermeiden und Polarisierungen verhindern soll. Abgesehen von ihrer Falschheit – die Weimarer Zeit prägte den Spottvers: ‚Die Kirche ist politisch neutral, sie wählt deutsch-national‘ – verhindert diese These nicht nur eine Reflexion über den Missbrauch der Kirche zur Stabilisierung von Herrschaftsverhältnissen, sondern behindert die Kirche noch bei ihrem Auftrag, für Frieden und Gerechtigkeit öffentlich einzutreten.

Zeigt so die Vorherrschaft der Organisations- und Integrationsprinzipien, dass die Kirchen keine Garanten einer Ordnung für Frieden und Gerechtigkeit sind, lässt sich jedoch nicht ausschließen, dass sie es werden können.

Es ergibt sich die Chance, einer Neuorientierung weniger als Ergebnis theologischer Reflexion als vielmehr hauptsächlich

aus dem allmählichen Verlust herrschaftslegitimierender Funktionen. In der spätkapitalistischen Gesellschaft ist die Geltung religiöser Deutungsschemata eingeschränkt. Die Funktion der Herrschaftslegitimation wird von Wissenschaft und Technik als den bestimmenden Produktivkräften und den ihnen zugeordneten gesellschaftlichen Formationen übernommen (Jürgen Habermas). Die Kirche wird immer weniger als dem Staat gegenüberstehende Hoheitsmacht und immer mehr als Verband begriffen. Dieser ist jedoch im Unterschied zu andern Großorganisationen nicht unmittelbar in den Prozess gesellschaftlicher Produktion, Reproduktion und Erhaltung eingebunden. Bei einer fälligen Neubestimmung der Funktion der Kirche könnte ihre bisher überlagerte Tradition kritischer Normen zum Zuge kommen (Wolfgang Huber). Statt in der Stabilisierung von Herrschaft könnten sie ihre Funktion in der Anregung gesellschaftlicher Lernprozesse sehen, die auf Emanzipation gerichtet sind, wenn wirklich die christliche Botschaft befreiende Wahrheit ist. Sie hätten die Möglichkeit, ihr Interesse an der Überwindung von Not, Gewalt und Zwängen, das aus der Verkündigung von Gottes Reich erwächst, auch gesellschaftskritisch zu formulieren und in Aktionen zu bekunden, nachdem die Möglichkeiten der Legitimation und Stabilisierung bestehender Verhältnisse zum Schaden der eigenen Glaubwürdigkeit längst verbraucht sind.

Eine paradigmatische Institution zur Förderung des Friedens kann die Kirche werden, wenn sie ihr Verhältnis zu Initiativgruppen ändert, die als Zwischengrößen zwischen Person und Institution am ehesten zu exemplarischen Aktionen fähig sind. Ihr Handeln muss die Kirche als offiziellen Ausdruck kirchlichen Handelns akzeptieren. Gelegentlich wird sie durch eigene Funktionsunsicherheit schon dazu gedrängt. Ande-

rerseits müssen die Initiativgruppen ihre Kritik an der Kirche zunächst als Kritik in der Kirche formulieren. Sie lassen sich dann nicht von der Institution zu Alibizwecken missbrauchen und erhöhen ihre Wirksamkeit. Einige weitere Bedingungen für gesellschaftsveränderndes Handeln der Kirche im Dienste des Friedens sind u. a.

1. eine deutliche Unabhängigkeit der Kirchen von den Instanzen politischer Herrschaft;
 2. die Bereitschaft der Kirchen zur mittelfristigen Kooperation mit anderen gesellschaftlichen Verbänden, die die christlichen Normen der Solidarität mit allen Menschen, der Gerechtigkeit und des Friedens als ihre Grundwerte anerkennen;
 3. der Verzicht der Kirche auf sach- und aufgabenfremde Privilegien, die die Kirche in sichtbare Abhängigkeit des Staates bringen (staatliche Finanzierung und Organisation der Militärseelsorge, nicht aufgabengebundene oder nur historisch begründbare Staatsleistungen, Benutzung der Gesetzgebung als Instrument kirchlicher Forderungen etc.);
 4. ökumenische Kooperation auf allen Ebenen.
- Nimmt die Kirche die Chancen wahr, die

in ihrer Unabhängigkeit von den Instanzen politischer Herrschaft liegt, rückt auch das eigene Selbstverständnis, das auf eine transnationale Ethik zielt, in den Vordergrund. Es gehört zu den Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart, dass die Ekklesilogie mit zeitlosen Sätzen über das „Wesen“ der Kirche nicht mehr auskommt, sondern ebenso Herkunft wie Praxis der Kirche reflektieren muss. Die Identität der Kirche wird nur als geschichtlich vermittelt erfahren. Der Anspruch der Kirche, die Weltliebe Gottes in der Gemeinschaft und im Dienst der Brüder zu bezeugen, wird erst dadurch anerkannt, dass solches Tun und Reden sich ereignet. Kirche ist insofern Prozess der Sendung Christi. Es ist die Erfahrung der jüngsten Vergangenheit, dass oft nicht in der offiziellen Kirche und von der Mehrheit ihrer Mitglieder, sondern an ihrem Rand von einer Minderheit die Sendung und der Auftrag der Kirche wahrgenommen wurde.

**Fragen von Thomas Kegel*

*Deutscher Evangelischer Kirchentag Marktplatz
Veranstaltung BRSD – Rosa-Luxemburg-Stiftung,
Markt der Möglichkeiten, Halle 2.1, 5. Mai 2017,
10.30–11.15 h*

Soziale Menschenrechte – Bedingung für eine alternative Wirtschaftsordnung

Von Franz Segbers

Wenn wir davon sprechen, dass eine andere Wirtschaft in einer anderen Welt möglich ist, dann ist es entscheidend, von den Menschenrechten auszugehen. Menschenrechte sind nicht etwas für Sonntagsreden. Seit 2016 gibt es einen von der Bundesregierung beschlossenen Aktionsplan, der festlegt, dass im Jahr 2010 min-

destens 50 Prozent aller in Deutschland ansässigen Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten menschenrechtliche Sorgfaltspflichten beachten sollten. Das aber heißt, dass zurzeit eben deutlich weniger als die Hälfte die elementaren Menschenrechte beachtet werden. Verbindlich an diesem Aktionsplan ist nichts, von Sanktionen oder gar Strafen ist keine Rede. Zudem fallen die Einschränkungen auf: wenigstens 50 Prozent der Fir-

men mit mehr als 500 Beschäftigten. Dieser Aktionsplan hat nicht viel Wert. Doch er zeigt, was im Argen liegt, und dass die Politik vor der Macht der Konzerne kuscht. Doch gerade deshalb gibt es Menschenrechte: Sie ermächtigen Menschen und geben ihnen Stärke durch ein unverhandelbares Recht, das jedem und jeder zusteht.

Diese Wirtschaft tötet

Weltweites Erschrecken hatte bereits Papst Franziskus mit seinem ersten Schreiben „Die Freude des Evangeliums“ im November 2013 ausgelöst. Darin schleudert der Papst der kapitalistischen Wirtschaft ein vierfaches Nein entgegen: Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung, Nein zur neuen Vergötterung des Geldes, Nein zu einem Geld, das regiert, statt zu dienen, und Nein zur sozialen Ungleichheit, die Gewalt hervorbringt. Seine Folgerung lautet: „Diese Wirtschaft tötet.“ Die Medien waren alarmiert und aufgeschreckt. Die mediale Aufmerksamkeit der kräftigen, prophetischen Worte des Papstes konnten die zeitgleich beschlossenen Erklärungen und Beschlüsse des Ökumenischen Rates der Kirchen in Busan (Südkorea) vom November 2013 nicht erreichen. Geradezu atemberaubend ist, dass die Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates eine ganze Reihe grundsätzlicher Übereinstimmungen mit den Äußerungen des Papstes aufweisen.

Im Jahr 2015 verschärfte Papst Franziskus abermals seine Position in einer Rede vor Vertretern der Sozialen Bewegungen in Lateinamerika. Er sagte: „Die erste Aufgabe ist, die Wirtschaft in den Dienst der Völker zu stellen: Diese Wirtschaft tötet. Diese Wirtschaft schließt aus. Diese Wirtschaft zerstört die Mutter Erde.“ Dann heißt es weiter: „Die Bibel erinnert uns daran, dass Gott die Klage seines Volkes hört, und auch ich möchte erneut meine Stimme mit der ihren vereinen: Grund und Boden, Wohnung und Arbeit für alle unsere

Brüder und Schwestern! Das habe ich gesagt, und ich wiederhole es: Es sind unantastbare Rechte. Es lohnt sich, es lohnt sich, für sie zu kämpfen.“

Gerade in Zeiten der sozialen Zerstörungen durch die neoliberale Globalisierung gewinnen die sozialen Menschenrechte an Bedeutung. Sie sind die Bedingung für eine andere Weltgesellschaft. Bei der Suche nach Humanität und Gerechtigkeit ist es deshalb entscheidend, von den Menschenrechten auszugehen. Sie sind fundamentale moralische Rechtsansprüche, für die ein universaler Geltungsanspruch erhoben wird. Sie liegen nicht einfach vor; sind auch nicht schon realisiert. Sie müssen aller Regel gegen die Nutznießer der Verstöße erkämpft werden.

Soziale Menschenrechte – Antwort auf die Krisen des Kapitalismus

Die Menschenrechte sind eine Antwort auf die Große Weltwirtschaftskrise mit ihren Millionen Arbeitslosen. Mit der Forderung nach Menschenrechten sollte verhindert werden, dass sich solche Krise abermals wiederholen sollte. Seit 1945 ist ein beachtlicher Prozess der rechtlichen Kodifizierung der Menschenrechte in Gang gekommen: 1948 wurden die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verabschiedet und im Jahr 1966 der Menschenrechts-Pakt über bürgerliche und politische Rechte, der Zivil-Pakt sowie der Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, der Sozial-Pakt. Die Ratifizierung der Pakte erfolgt in den Staaten. Die zahlreichen ILO-Übereinkommen gehören auch zu diesem Aufschwung der Menschenrechte. Auf Europäischer Ebene traten die Europäische Menschenrechtskonvention von 1950 hinzu, die Europäische Sozialcharta aus dem Jahr 1961 sowie die Charta der Grundrechte der Europäischen Union aus dem Jahr 2000.

Zentral für die sozialen Menschenrechte ist

die Leitformel von einem „Leben in Freiheit von Not und Furcht“. Sie wurde vom damaligen US-Präsident Franklin D. Roosevelt geprägt. In der Atlantic Charta aus dem Jahr 1941 vereinbarte man die „engste Zusammenarbeit aller Nationen auf wirtschaftlichem Gebiet, das Ziel, bessere Arbeitsbedingungen herbeizuführen, einen wirtschaftlichen Ausgleich und den Schutz der Arbeitenden. Am 10. Mai 1944 wurde in Philadelphia im Rahmen der Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation die erste Erklärung über universelle Rechte verkündet. Diese Erklärung wurde aufgenommen in die Verfassung der IAO. Sie bekräftigte, dass Arbeit keine Ware ist, das Recht auf gewerkschaftliche Betätigung sowie Solidarität und Menschenwürde als Grundlage und Ziel aller gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnungen. Die Aufarbeitung des dramatischen Ausmaßes der Großen Weltwirtschaftskrise führte zu einer regelrechten Umkehr des Staats-Verständnisses: Der Staat wird nicht mehr als Instanz gesehen, welche die bürgerlichen Freiheiten bedroht; er übernimmt Verantwortung für das soziale Wohlergehen seiner Bürgerinnen und Bürger und sichert gerade dadurch deren bürgerliche Freiheit. So sind in dem kleinen Zeitfenster der dreißiger und vierziger Jahre in Antwort auf das Desaster der Großen Weltwirtschaftskrise die sozialen Menschenrechte formuliert worden, die sich nicht nur als Abwehrrechte gegenüber dem Staat begreifen, sondern auch als Anspruchsrechte an den Staat, welche die notwendigen Bedingungen eines guten Lebens garantieren. Es sollte eine internationale Ordnung gelten, die nicht auf Wettbewerb und Konkurrenz, sondern auf der Menschenwürde, auf Recht und Gerechtigkeit basiert. Sie ist ein Gegenentwurf zu jener Weltordnung, die mit ihren entgrenzten Märkten zur Großen Weltwirtschaftskrise geführt hatte.

Die einst große Hoffnung, dass da eine Internationale wäre, welche das Menschenrecht erkämpft, ist illusorisch. Doch es gibt das große Versprechen, das eine utopische Kraft und auch ein politisches Programm enthält. Es sind die Menschenrechte. Über sie heißt es in der Präambel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte 1948, dass sie „ein von allen Völkern und Nationen zu erreichendes gemeinsames Ideal“ sind. Menschenrechte sind keine schöne, aber unerreichbare Utopie, sondern eine „realistische Utopie“, so der Philosoph Habermas. Humanität und Gerechtigkeit gehören nicht in eine utopische Zukunft, sie sind bereits in den Menschenrechten rechtlich als Ziel einer gerechten Gesellschaft verankert und geben der Entwicklung der Weltgesellschaft eine Orientierung. Sie nähren den Kampf um das Recht, das alle Menschen haben. Sie haben eine kämpferische Herkunft, denn immer müssen sie gegen jene erstritten werden, die ihren Nutzen aus der Verletzung der Menschenrechte ziehen. Sie sind aber fundamentale moralische Rechtsansprüche, für die ein universaler Geltungsanspruch immer wieder erhoben und erstritten werden muss. Sie geben den Kämpfern der Menschen eine Zielperspektive und legitimieren den Kampf. Die Menschenrechte leben von einer überschießenden Spannung, die Gesellschaft in die Richtung ihres idealen Ziels zu drängen. Dabei teilen sie mit dem Recht eine gemeinsame Funktion. Sie haben einen Abwehrcharakter und einen Gestaltungsauftrag, die Gesellschaft in die Richtung ihres schon im Recht formulierten, wenngleich idealen Ziels zu verändern. Deshalb sind sie auch kein simpler Moralismus, sondern in der Lage, sehr konkret auch die Gestalt und die entsprechenden Aufgaben einer menschenrechts-fundierten Wirtschaftsordnung zu benennen. Sie wird nämlich durch rechtliche Standards gestaltet und abgesichert. Wer gegen diese Regeln beim Han-

del oder bei Investitionen verstößt, riskiert ein Verfahren vor einem Schiedsgericht und hohe Strafen. Doch dieser Grundsatz gilt für die Wirtschaft, nicht für die Menschen. Die Politik passt sich den Interessen der Investoren und Finanzakteure an und sieht in den bislang geltenden gemeinsamen Grundlagen von Menschenrechten und Demokratie ein bloßes Wettbewerbs-Hindernis, das zu beseitigen ist. An die Stelle des im Vertrag von Philadelphia und dem Sozialpakt vereinbarten Ziels der Zusammenarbeit aller Nationen ist der Wettbewerb getreten, an die Stelle der Sicherung der Würde der Arbeit findet ein globaler Wettlauf um billigere Arbeit statt. Nicht Gerechtigkeit und Wohlfahrt der Völker ist das Ziel, sondern der freie Kapital- und Warenverkehr. Man richtet die Wirtschaft an den Bedürfnissen des Finanzsystems aus und behandelt Menschen als Ware. Dass die Menschenrechte ein Widerlager gegen die Mächte der Märkte darstellen sollen, hat Ingo Pies in Auseinandersetzung mit dem hier von mir aufgezeigten menschenrechtsbasierten Ansatz sehr pointiert zugespitzt formuliert. Ein Markt, der mit der Menschenrechtspolitik konform gestaltet wird, ist nötig.

Die sozialen Menschenrechte wurden in der Zeit des Kalten Krieges als sozialistisch verschwiegen und nach 1989 vom Neoliberalismus niedergewalzt. Es gab eine große Kehrtwende, die zu einer regelrechten Umkehrung der Menschenrechte geführt hat. Die nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgten sozialen Reformen und sozialen Menschenrechte wurden von der neoliberalen Gegenrevolution bedrängt und mancherorts auch beseitigt. Dort, wo der Geist von Philadelphia die Zusammenarbeit der Staaten fordert, um größeren sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern, ist heute die Konkurrenz zwischen den Staaten um niedrigere Sozialstandards getreten.

Auf dem Boden der christlich-jüdischen Ethik

Auch wenn der neuzeitliche Menschenrechtsgedanke oftmals gegen kirchliche Machtinteressen erkämpft werden mussten, so brachte er doch Intentionen zur Geltung, die bereits in der Ausrichtung des biblischen Rechts an den Armen, Schwachen und Schutzbedürftigen zu finden sind. Die biblische Erzählung über den Exodus, die Befreiung der Hebräer aus unwürdigen Arbeits- und Lebensverhältnissen begründete eine Würde-Tradition menschlicher Arbeit. Dieser Impuls vom Exodus her hat eine Dynamik ausgelöst, die eine Fernwirkung bis in die modernen sozialen Menschenrechte hinein erzeugen konnte. Dabei soll nicht eine direkte Verbindung von den Sozialgesetzen der Bibel zu den Menschenrechten behauptet werden. Wohl aber gibt es eine funktionale Verknüpfung: Wie die Sozialgesetze der Tora so buchstabieren auch die Menschenrechte die Würde des Menschen durch. Beide Rechtsfiguren sind aus der Verletzung der Menschenwürde entstanden und wollen durch Recht diese Würde des Menschen gegen Verletzungen schützen und durchsetzen. Der Philosoph Hauke Brunkhorst verweist darauf, dass der zentrale Gedanke der menschenrechtlichen Gleichheit und Herrschaftslosigkeit seine Wurzeln keineswegs im antiken Athen oder Rom, sondern in Jerusalem hat: „Europa begann nicht in Salamis, sondern in Jerusalem.“ Nach Brunkhorst begründet der Gedanke der Gottebenbildlichkeit eine universelle Ethik, während die klassische Idee der attischen Demokratie keinen vergleichbaren Begriff der gleichen Würde aller kannte. Sie sprach Frauen die vollen Partizipationsrechte ab und erkannte Sklaven nicht als gleichberechtigte Rechts-Subjekte an. Anders die biblische Brüderlichkeits-Ethik. Sie vermochte ein Ethos zu begründen, das die

Hoffnung auf eine Form menschlichen Zusammenlebens ausdrücken konnte, in der alle Menschen als Menschen und zwar ohne Vorleistungen oder Vorbedingungen, ohne Unterscheidung von Klasse, Rasse, Herkunft geachtet werden. Ob jemand arm, versklavt oder fremd ist, als Fremder, als Sklave und als Armer ist er immer gleichen Rechts. Der universalistische Gedanke der Gleichheit aller, wie er sich schließlich in der Idee der Menschenrechte niedergeschlagen hatte, ist ohne den Universalismus der biblischen Ethik nicht denkbar geworden.

Menschenwürde konkret: Menschenrechte

Die Menschenwürde wird in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in Einzelrechten durchbuchstabiert: ein Recht auf Arbeit, Verbot der Zwangsarbeit, ein Recht auf angemessene Entlohnung und beruflichen Zusammenschluss, das Recht auf soziale Sicherheit bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität, Recht auf Gesundheit, Wohnung, Nahrung. Von herausragender Bedeutung ist Artikel 28 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte mit dem wichtigen grundlegenden „Anspruch auf eine soziale und internationale Ordnung, in welcher die in der vorliegenden Erklärung angeführten Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden können.“ Diese bewundernswerte Formulierung macht deutlich, dass die politische, soziale und wirtschaftliche Ordnung von entscheidender Bedeutung für die Menschenrechte ist. Menschenrechte sind nicht bloß individuelle Rechte; vielmehr haben die Individuen das Recht auf eine Ordnung, welche ihre Rechte zu schützen vermag. Der Gegenentwurf zu der Ordnung, welche die Große Weltwirtschaftskrise mit millionenfacher Not und Elend verursacht hatte, formuliert Artikel 22 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte mit dem „Recht auf soziale Sicherheit“.

Jeder hat einen Anspruch darauf, „in den Genuss der für seine Würde und die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit unentbehrlichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gelangen“.

Menschen haben Recht auf Arbeit, in der Arbeit und durch Arbeit

Die Anerkennung der Menschenrechte ist die Bedingung für eine menschengerechte Wirtschafts- und Sozialordnung. Menschenrechte bestimmen die Stellung des einzelnen Menschen in einer Gesellschaft und tun dies so, dass es für jeden Menschen das Recht auf ein Leben in Freiheit, Gleichheit und Solidarität gibt: Der konkrete, der arbeitende, ausgebeutete, unterdrückte Mensch ist der Maßstab, nicht das System. Deshalb brauchen die Menschenrechte auch eine Wirtschaftsordnung, welche die Menschenrechte zur Geltung bringen können.

Würde des Lebens: Die ökologische Krise, die auch Ausdruck eines anthropozentrischen Denkens ist, erfordert eine Sicht, die den ganzen Planeten der Erde im Blick hat, sich von einem Anthropozentrismus verabschiedet. Aus der andinen Welt Lateinamerikas kommt ein Fremdwort in die Debatte: die Idee des „guten Lebens für alle“. „Buen Vivir“ will das gute Leben aller Bewohner der Erde, das nicht von der ganzen Schöpfung getrennt gedacht werden kann. Dieses Denken bricht mit einem Anthropozentrismus, der eine auf Aneignung, Akkumulation und Wirtschaftswachstum zielende Wirtschaftsweise hervorgebracht hat. Im Jahr 2009 hat die Versammlung der Vereinten Nationen einstimmig eine dem westlichen Denken fremde Vorstellung akzeptiert, dass die Erde eine Mutter sei. Die Erde dürfe nicht länger als eine Ware behandelt werden. Lateinamerikanische Staaten haben parallel zu der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte eine Allgemeine Erklärung der Rechte der Mutter

Erde formuliert. Die Anerkennung der Würde und der Rechte allen Lebens auf der Erde sind eine Grundbedingung für eine lebensdienliche Wirtschafts- und Sozialordnung. Die Erde und alle, die sie bewohnen, haben ihre eigene Würde und verdienen Respekt. Ein derartiges Verständnis des Mensch-Natur-Verhältnisses und des Menschen in der Natur ist ökonomisch folgenreich: So finden beispielsweise die Rechte von Unternehmen an der Ausbeutung von Ressourcen an den Rechten der Natur eine Grenze. Die Erde steht mit ihren Ressourcen nicht für eine grenzenlose Ausbeutung zur Verfügung.

Grundlegend ist das Recht auf eine menschenrechtlich fundierte Wirtschaftsordnung: Wenn Art. 28 das Recht eines jeden auf eine soziale und internationale Ordnung anerkennt, in der die Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden können, dann wird die Spannung zur bestehenden Wirtschaftsverfassung ist offensichtlich. Doch die Wirtschaftsverfassung entscheidet nicht darüber, welche sozialen Menschenrechte gelten sollen und welche nicht. Arbeitende Menschen, die zur Sicherung ihrer Existenz auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen sind und deshalb abhängige Arbeit tun müssen, brauchen demokratische und soziale Rechte, wenn sie ein würdevolles Leben führen wollen. Arbeit, die immer Ausdruck des Menschen als Menschen ist, begründet Rechte auf Arbeit, Rechte in der Arbeit und Rechte aus Arbeit. Das Recht auf Arbeit ist eine der zentralen Forderungen der Arbeiterbewegung seit dem 19. Jh. und ist in zahlreichen Völkerrechts-Quellen fest verankert: in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (Art. 23) sowie im Sozialpakt (Art. 7). Beim Recht auf Arbeit geht es nicht um das Recht auf einen Arbeitsplatz, sondern um das Recht auf eine frei gewählte und humane Arbeit. Die moralische Legitimität eines Wirtschaftssystems ist daran gebunden, dass es

arbeitsfähige und arbeitswillige Menschen und Gruppen nicht in die Arbeitslosigkeit entlässt, solange die Existenz und die gesellschaftliche Achtung an normative Teilhabe von Erwerbsarbeit gebunden sind. Nur solche Arbeit kann ein Recht sein, die auch eine menschenwürdige Arbeit ist. 1998 stellte die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) Grundprinzipien auf: Vereinigungsfreiheit, Verbot der Zwangsarbeit, Abschaffung der Kinderarbeit und das Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf. Sie bestimmen eine für alle geltende Grenze und stärken die Gegenmacht der Arbeitnehmer zur Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen. Diese grundlegenden Übereinkommen und Rechte formulieren nur Spielregeln für einen ökonomisch und rechtlich fairen Wettbewerb. Zur Förderung der Menschenwürde bei der Arbeit sind sie wohl unabdingbar, zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen allein jedoch unzureichend. Seit 1999 bemüht sich die ILO, mit ihrer Agenda für menschenwürdige Arbeit, den Fehlentwicklungen der Globalisierung im Arbeitsleben entgegenzutreten. Das Recht, bessere Arbeitsbedingungen erstreiken zu können, ist ein Menschenrecht, das in zahlreichen Völkerrechtsquellen breit abgesichert ist und als Völkergewohnheitsrecht gelten kann. Diese Garantie erstreckt sich völkerrechtlich auf Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und darüber hinaus auf alle Fragen des politischen und gesellschaftlichen Lebens, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betreffen. Für das Völkerrecht ist Streik Grundrechts-Ausübung. Von einem Recht auf Aussperrung ist im Völkerrecht nirgendwo ausdrücklich die Rede.

Menschenrecht auf eine Ökonomie, die dem Leben dient

Das UN Komitee für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte hat sich 1999 in Se-

atle die sozialetische Leit-Orientierung der Lebensdienlichkeit der Wirtschaft, die auch zum Grundbestand christlicher Wirtschaftsethik gehört, zu Eigen gemacht: „Das Komitee erkennt an, dass die Liberalisierung des Handels Wohlstand schaffen kann, ist sich aber auch bewusst, dass Liberalisierung von Handel, Investitionen und Finanzen nicht notwendigerweise auch zu einem günstigen Umfeld für die Realisierung der ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechte führt. Liberalisierung des Handels muss als Instrument, nicht als Ziel verstanden werden. Der Zweck, dem die Liberalisierung des Handels dienen sollte, ist die Wohlfahrt der Menschen, ein Ziel, dem die internationalen Menschenrechts-Instrumente rechtliche Form verleihen.“ Das Komitee misst wirtschaftspolitische Maßnahmen an einem Ziel, nämlich der Wohlfahrt der Menschen. Dieser Wirtschaftszweck soll durch die internationalen Menschenrechts-Instrumente erreicht werden. Menschenrechte sind ein geeignetes Instrument zur Zivilisierung und Überwindung der Krise des entgrenzten Marktes.

Es gilt, wieder an die Erklärung von Philadelphia anzuknüpfen und den Sozialpakt aufzuwerten, Wirtschaft und Finanzwesen in den Dienst der Menschenwürde und der sozialen Gerechtigkeit zu stellen. Es geht nicht darum, bloß zurückzukehren. Aber die ethischen Grundüberzeugungen, wie sie in den sozialen Menschenrechten formuliert sind, können Wege in eine andere Weltwirtschaftsordnung weisen. Doch dann muss man sich von der destruktiven Ideologie des Neoliberalismus verabschieden. Durch moralische Appelle allein wird eine lebensdienliche Ökonomie nicht entstehen. Nur die Rückgewinnung der Menschenrechte des konkreten Menschen ist eine angemessene Antwort auf die Umkehrung der Menschenrechte, die dann vorliegt, wenn die Rechte transnationaler Unternehmen oder die Logik

der Wirtschaft an erster Stelle stehen. Deshalb steht der Staat – ob auf nationaler oder supranationaler Ebene – in Verantwortung. Damit der Staat dieser Aufgabe gerecht wird, ist eine starke soziale Gegenbewegung nötig. Die Schwäche der Menschenrechte liegt nicht darin begründet, dass sie nicht klar oder verbindlich genug festgelegt wären. Vielmehr ist die Durchsetzung schwierig, wie das eingangs aufgeführte Beispiel des Aktionsplans der Bundesregierung zeigt. Soziale Rechte müssen politisch gegen den Staat erstritten werden. Der Kampf um Menschenrechte ist ein emanzipatorischer Kampf. Bei Menschenrechtsverletzungen handelt es sich nicht um eine moralisch problematische Angelegenheit. Es wird ein Recht verletzt und eine Grenze überschritten. Unabdingbar sind: Druck der Menschen, der Gewerkschaften und anderer Organisationen, die dem Kapital die globalen sozialen Rechte entgegen setzen und dafür die sozialen Menschenrechte als emanzipatorische Kraft in Anspruch nehmen.

- 1 Vgl. dazu: Franz Segbers / Simon Wiesgickl (Hrsg.) *„Diese Wirtschaft tötet“ (Papst Franziskus) Kirchen gemeinsam gegen Kapitalismus. Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Hamburg- Oberursel 2015.*
- 2 Franz Segbers, *Ökonomie, die dem Leben dient. Die Menschenrechte als Grundlage einer christlichen Wirtschaftsethik, Kevelaer / Neukirchen Vluyn, 2015.*
- 3 Manfred Nowak, *Menschenrechte. Eine Antwort auf die wachsende ökonomische Ungleichheit, Wien 2015.*
- 4 Alain Sulpiot, *Der Geist von Philadelphia. Soziale Gerechtigkeit in Zeiten entgrenzter Märkte, Hamburg 2011.*
- 5 Jürgen Habermas, *Das Konzept der Menschenwürde und die realistische Utopie der*

Menschenrechte, in: ders., *Zur Verfassung Europas. Ein Essay*, Berlin 2012, 33.

- 6 Ingo Pies, Franz Segbers, *Wirtschaftsethik zwischen Theologie und Ökonomik – ein Briefwechsel*, in: *Zeitschrift für Marktwirtschaft und Ethik. Journal of Markets and Ethics*, Volume 4 , 1/2016, 76.
- 7 Franz Segbers, *Soziale Gerechtigkeit und die Sakralität des Menschen. Vom biblischen Impuls der Menschenrechte*, in: Michael Brie / Klaus Fuchs-Kittowski (Hg.), *Ringens um Gerechtigkeit im weltanschaulichen Dialog. Im Andenken an den Antifaschisten Emil Fuchs*, RLS Papers, Berlin 2017, 1/2017, 79-87, online: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_Ringen_um_Gerechtigkeit.pdf
- 8 Hauke Brunkhorst, *Solidarität. Von der Bürgerfreundschaft zur globalen Rechtsgenossenschaft*, Frankfurt am Main 2002, 89.

- 9 Franz Segbers, *Ökonomie, die dem Leben dient. Die Menschenrechte als Grundlage einer christlichen Wirtschaftsethik*, Kevelaer / Neukirchen Vluyn, 2015, 166.

Franz Segbers, Dr. theol., bis zur Emeritierung Prof. für Sozialethik, Evangelische Fakultät Marburg; bis 2011 Referent für Arbeit, Ethik und Sozialpolitik im Diakonischen Werk in Hessen und Nassau, www.Franz.Segbers.de



Franz Segbers

Teil II

Die Reformation und die Herausforderung des Friedens heute*

Von Michael Bünker

Heute – Neuer Rüstungswettkampf?

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Wir stehen vor einem neuen Wettrüsten, das vor allem im atomaren Bereich ausgetragen werden wird. Die Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsabkommen der 1980er Jahre werden Zug um Zug in Frage gestellt und durchbrochen. Begonnen hat damit Georg W. Bush 2001, indem er einseitig das ABM-Abkommen kündigte, das Raketenabwehrsysteme mit wenigen Ausnahmen verboten hat. Fortgesetzt hat das dann Russland mit der Stationierung von Iskander Raketen in Kaliningrad, also von Kurzstreckenraketen, die nach Meinung vieler auch als

Mittelstreckenraketen eingesetzt werden können, was aber gemäß dem INF Abkommen von 1987 verboten wäre. Wladimir Putin hat das Plutoniumabkommen aus dem Jahr 2000 aufgekündigt, und beide Seiten, die USA und Russland, haben die Modernisierung und Erweiterung ihrer Atomwaffenprogramme angekündigt. Großbritannien hat – Brexit hin oder her – seine Trident Flotte um Unsummen erneuert, und der polnische Ministerpräsident hat offen davon gesprochen, dass er gerne die EU zu einer Atommacht ausbauen würde. Der neue US-Präsident hat mit der Forderung nach einem Ausbau des Atomwaffenarsenals Kritik auf sich gezogen. Abrüstungsbefürworter werfen den Republikanern vor, die Fakten zu ignorieren. John Tierney

vom Center for Arms Control and Non-Proliferation erklärte, dass offenkundig jeder Staatschef auf der Welt, außer Donald Trump, wisse, dass die USA schon jetzt führend auf dem Gebiet der atomaren Massenvernichtungsmittel seien. Trump hat in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Reuters, in der Zeit, als er noch Interviews an Nachrichtenagenturen gegeben hat, gesagt, dass er das Atomwaffen-Arsenal der USA ausbauen wolle. Vordergründig geht es um eine Differenz von 200 Atomsprengköpfen in den Arsenalen von Russland und den USA. Aber die Vereinigten Staaten müssen immer die führende Atom-Macht sein, so ihr Präsident. Es wäre wunderbar und ein Traum, wenn kein Staat Atomwaffen hätte – sagt der neue Präsident – aber so lange Staaten Atomwaffen haben, „werden wir im Rudel ganz oben stehen“.

Unter dem Eindruck der Annexion der Halbinsel Krim durch Russland im Jahr 2014 haben die NATO-Staaten verbindlich beschlossen, 2% ihres Bruttoinlandsproduktes für die Verteidigung auszugeben. Für Deutschland würde das bis 2024 bedeuten, diese Ausgaben von derzeit 36 Milliarden auf 75 Milliarden Euro zu steigern. Fünf NATO-Mitglieder erreichen derzeit schon die 2%-Marke, das sind die USA, Großbritannien, Litauen, Polen und – paradoxerweise – Griechenland. Die NATO-Staaten Europas stehen nun unter dem Druck der USA, seit Donald Trump angekündigt hat, nur noch jene Staaten zu unterstützen, die ihren Verpflichtungen verstärkt nachkommen. Insgesamt geben die NATO Länder über 900 Milliarden US-Dollar für Rüstung aus, Russland im Vergleich bescheidene 66 Milliarden. Allerdings sind diese 66 Milliarden 4–5% des russischen Bruttoinlandsproduktes. Besonders teuer kommen der NATO die nationalen Sonderinteressen. Die EU ist der zweitgrößte Mil-

tärinvestor weltweit, aber ganz bestimmt nicht die zweitgrößte Militärmacht. Michel Barnier, der Sicherheitsberater der EU, hat dazu unlängst einen Bericht vorgelegt und festgestellt, dass die Rüstungsausgaben bizarr hoch sind. Weil jedes Land seine eigenen Forschungen und Produkte fördert und finanziert. Ein Beispiel nur: In der EU gibt es 17 Typen an Kampfpanzern und in den USA einen. Von Abrüstung keine Rede, vielmehr setzen die Länder wieder verstärkt auf militärische Sicherheit und hohe Rüstungsausgaben, auch das österreichische Bundesheer darf sich über eine massive Steigerung der Budgetmittel freuen. Nicht nur das bedroht den Frieden, sondern auch die Entwicklung völlig neuer Waffen- und Tötungssysteme wie die Drohnen. Drohnen erweisen sich immer deutlicher als ein Irrweg, weil sie die Regulierung des Krieges fördern und eine Grauzone eröffnen, in der nicht immer klar ist, wann ein Krieg beginnt und damit auch nicht, wann und wie er wieder beendet werden könnte. Das heißt, alle jene Kriterien, die die *bellum-iustum*-Theorie aufgestellt hat, sind eigentlich hinfällig, wie etwa die Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten, was für die *bellum-iustum*-Theorie von entscheidender Bedeutung ist. Antje Vollmer, evangelische Theologin und ehemalige Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, die das sehr gründlich analysiert hat, kommt zu dem Schluss, dass mit der Einführung der Drohnen und ihrem massenweisen Einsatz, wie er derzeit erfolgt, alle Schritte, die einen Krieg verhindern oder zumindest eindämmen sollten, in Frage gestellt werden. Das Gegenteil ist der Fall: Das rechtsstaatliche Normenverständnis und das Kriegsvölkerrecht werden dadurch völlig untergraben. Kriegerische Gewalt geschieht derzeit schon wieder in einem völlig rechtsfreien Raum, ohne jede Kontrolle und ohne Beachtung gesetzter Rahmenbedingungen.

Ökumene und Frieden

2017 ist das erste Reformationsjubiläum, das – zumindest in unserem kleineren Teil der Welt – in Frieden und weltweit im Zeitalter der Ökumene gefeiert wird. Heute gehen die Kirchen miteinander weltweit den Weg des gerechten Friedens. Dieser Weg unterscheidet sich grundlegend vom alten Konzept des gerechten Krieges. Evangelische Kirchen haben sich – wie in anderen Fragen auch – in dieser Frage von den Positionen der Reformation und der Reformatoren verabschiedet. Gerechter Frieden umfasst mehr als den Schutz von Menschen vor ungerechtem Einsatz von Gewalt. Es ist notwendig, dass die Waffen schweigen – aber das genügt nie. Sondern der Frieden schließt soziale Gerechtigkeit ein, die Achtung der Menschenrechte und Sicherheit für alle. Gerechter Frieden hat eine ökologische und soziale, eine politische und ökonomische Dimension. Lediglich den Krieg zu verurteilen genügt nicht.

Die Rede vom gerechten Krieg stammt bekanntlich aus dem antiken Griechenland. Ich brauche darauf nicht näher einzugehen. Die Vorstellung war, durch ethische Kriterien, die zu verbindlichen Regelungen gemacht werden, das willkürliche Kriegführen einzudämmen. Die Lehre vom gerechten Krieg hat etwa seit 1990, parallel zu den westlichen Interventionskriegen – zwei Mal im Irak, im Kosovo, in Afghanistan – eine Renaissance erlebt und ist in der heutigen Diskussion wieder aktuell. Besonders angesichts des von den Vereinten Nationen entwickelten Konzepts der Schutzverantwortung – der *Responsibility to Protect* – wird die Beachtung der Kriterien vom gerechten Krieg für eine so genannte humanitäre Intervention mit militärischen Mitteln ausdrücklich gefordert. Dennoch überwiegt heute die Kritik an dieser überkommenen Lehre. Kritikpunkte sind insbesondere folgende: Die Lehre vom ge-

rechten Krieg hat historisch niemals nach ihren Kriterien ungerechte Kriege verhindert oder Kriegsgewalt verringert. Sie sei an ein Kriegsbild aus der Zeit des Feudalismus gebunden und von der neuzeitlichen Entwicklung politisch (Nationalstaaten), gesellschaftlich (totale Vernichtungskriege) und militärisch durch Fern- und Massenvernichtungsmittel überholt. Sie fördere, paradoxer Weise, sogar Kriege, indem sie die Illusion einer moralisch zulässigen Kriegführung nährt, obwohl sich Gerechtigkeit und Friede nie durch Krieg herstellen lassen. Und sie bewirke eine nicht sachgerechte Moralisierung der internationalen Politik. Jede Kriegspartei beansprucht die gerechte Sache für sich und setzt damit eine Gewaltspirale in Gang, in deren Verlauf sich jede Eskalation rechtfertigen lässt. Indem diese Theorie vom gerechten Krieg den Staatsführungen das Recht zugesteht, Gewalt mit Gewalt zu beantworten, erklärt sie gleichzeitig die Staatsführungen zu Richtern in eigener Sache.

Als im Jahr 1948 der Ökumenische Rat der Kirchen in Amsterdam gegründet wurde, hieß es: „Krieg soll um Gottes Willen nicht sein.“ Damit wurde der bis dahin unangefochten geltenden Lehre vom gerechten Krieg theologisch der Boden unter den Füßen weggezogen. Diese Entwicklung hat sich beschleunigt durch das seit den 1950er Jahren einsetzende Wettrüsten mit atomaren Massenvernichtungsmitteln. „*Pacem in terris*“ aus dem Jahr 1963 hat hier ein deutliches Signal gesetzt, wo Papst Johannes XXIII eindringlich vor den Gefahren des atomaren Wettrüstens warnt, dessen Beendigung fordert, eine gleichzeitige kontrollierte Abrüstung einfordert, und vor allem ein Verbot aller Atomwaffen unter Beteiligung aller, vor allem aller Menschen guten Willens. Er sah zwar in der schrecklichen Zerstörungsgewalt der modernen Waffen eine kriegsverhütende Wirkung, hat also das Abschre-

ckungskonzept noch übernommen, folgend aber daraus: „Darum widerstrebt es in unserem Zeitalter, das sich rühmt, Atomzeitalter zu sein, der Vernunft, den Krieg noch als das geeignete Mittel zur Wiederherstellung verletzter Rechte zu betrachten“. Dennoch haben die Kirchen – katholisch wie evangelisch – noch lange Zeit daran festgehalten, die atomare Abschreckung als ein legitimes Mittel der Friedenssicherung zu betrachten.

Spätestens seit den 1980er Jahren, dem Nachrüstungsbeschluss und der neuen Friedensbewegung, hat sich in der Ökumene die Überzeugung durchgesetzt, dass schon die Herstellung und Stationierung – und nicht erst der Einsatz – von atomaren Massenvernichtungsmitteln ein Verbrechen gegen die Menschheit darstellt. Die ökumenische Weltkonferenz in Vancouver 1983 hat alle Vorbehalte und Kompromissformeln fallen gelassen. Die Erprobung, Herstellung und Androhung von Massenvernichtungsmitteln sind ein Verbrechen an der Menschheit. Sie stehen im Widerspruch zum Glauben an Jesus Christus. Atomare Abschreckung ist moralisch unvertretbar, weil ihre Glaubwürdigkeit darauf beruht, dass der Einsatz von Atomwaffen tatsächlich beabsichtigt ist. Heute sehen wir, dass daran gearbeitet wird, neben der Abschreckungswirkung von Atomwaffen auch ihre Einsatzmöglichkeiten in kleineren, regionalen und vermeintlich begrenzten Konflikten zu überlegen. Die Realität des Krieges hat sich ebenfalls grundlegend geändert. Ich habe schon erwähnt, dass das Versagen der Vereinten Nationen bei der Verhinderung des Völkermordes in Ruanda 1994 zur Entwicklung dieses Konzepts der Schutzverantwortung (Responsibility to Protect) geführt hat, dem dann im Jahr 2005 die Mitgliedsstaaten der UNO zustimmten. Dieses Konzept sieht als letztes Mittel auch ein militärisches Eingreifen von außen vor. Wenn ein Staat nicht mehr in der Lage ist, die Sicherheit

der eigenen Bevölkerung zu garantieren bzw. selbst diese Sicherheit in Frage stellt, wäre nach dem R2P-Konzept ein Eingreifen von außen – mit UNO-Mandat – legitim.

Die Erfahrungen mit solchen Interventionen, wie etwa im Irak, Kosovo, Afghanistan oder Libyen, wecken große Zweifel. Die Frage, ob eine Politik, die die grundsätzliche Möglichkeit solcher Interventionen bewusst einschließt, auch aus christlicher Sicht vertretbar sein kann, hat vor einigen Jahren zu heftigen Auseinandersetzungen geführt, vor allem im Blick auf den Schutz der bedrohten Minderheiten im Irak und in Syrien vor der Gewalt des Islamischen Staates. Selbst Papst Franziskus ist da als ein vorsichtiger Befürworter eines Eingreifens unter UNO Mandat zitiert worden. Kirchen schließen offensichtlich den Einsatz rechtserhaltender militärischer Gewalt nicht völlig aus. Auch wenn sie wissen, dass militärische Mittel keinen Frieden gewinnen können. Allerdings sind sie der festen Überzeugung, dass eine unerlässliche Bedingung dafür immer die Autorisierung durch die kollektiven Sicherheitssysteme, in erster Linie der Vereinten Nationen, ist. Im Aufruf zum gerechten Frieden des Ökumenischen Rates der Kirchen aus dem Jahr 2011 heißt es dazu: „Es gibt Extremsituationen, in denen der rechtmäßige Einsatz von Waffengewalt als letzter Ausweg und kleineres Übel notwendig werden kann, um gefährdete Bevölkerungsgruppen zu schützen, die unmittlerbaren tödlichen Gefahren ausgesetzt sind. Doch selbst dann sehen wir den Einsatz von Waffengewalt in Konfliktsituationen sowohl als Zeichen schwerwiegenden Versagens wie auch als zusätzliches Hindernis auf dem Weg zu einem gerechten Frieden an.“ Die Kirchen betonen also, dass auch solche Einsätze humanitärer Interventionen ein Ausdruck des „Schuldigseins“ sind und nie mit gutem Gewissen erfolgen können.

Die primären Aufgaben der Kirchen –

und das wird auch deutlich – sind die wirk-
same humanitäre Hilfe für die Opfer der Ge-
walt und die Stärkung jener Kräfte politischer
Vernunft, die sich für eine gewaltfreie Lösung
der Konflikte und eine Zukunft in Gerech-
tigkeit und Frieden einsetzen.

Aber es ist ein aktuelles ethisches Dilemma
– ist der Einsatz militärischer Gewalt in Ex-
tremisituationen legitim oder nicht? Dieses Di-
lemma hat eine Rolle gespielt in einem Dia-
log, der uns wieder ein bisschen zurück
führt auf das Thema der Reformation. Dieser
Dialog wurde nämlich geführt zwischen
der Römisch-Katholischen Kirche und den
Mennoniten. Die Mennoniten sind eine alte,
aus der Reformation stammende täuferische
Kirche und gehören heute zu den klassi-
schen Friedenskirchen mit einem grund-
sätzlichen Pazifismus. Das Konzept, das die
beiden Gesprächspartner dort entwickelt ha-
ben, ist das Konzept des „Just Policing“ – ge-
rechter Polizeieinsatz. Just Policing – ge-
rechtes polizeiliches Handeln. Man hat dieses
Konzept als Lösung vorgeschlagen, um auf
der einen Seite das Ideal der Gewaltfreiheit
mit der Anforderung der internationalen
Schutzverantwortung in irgendeiner Form in
Einklang zu bringen. Im Fokus dieses An-
satzes steht das Ziel der Gewaltminimie-
rung. So würden sich Polizeieinheiten, meint
man, aufgrund ihres Aufgabenprofils und Iher
Ausstattung deutlich vom Militär unter-
scheiden. Umso bedenklicher ist, dass wir heu-
te immer mehr Überschneidungen zwischen
den beiden Sicherheitsapparaten haben. Ang-
estrebt werden, so hat Fernando Enns, einer
der Wortführer der mennonitischen Kirchen
und der Friedensbewegung, formuliert, nicht
ein Sieg über andere. Das ist nicht die Aufgäbe
der Polizei. Sondern es geht darum, gerechte
win-win-Lösungen zu ermöglichen, und
das mit geringstmöglicher Zwangsausübung.
Dieses Konzept des Just Policing wird von ei-
nigen Vertretern und Vertreterinnen der Po-

litikwissenschaft vertreten. Es fehlt die Zeit,
das hier näher auszuführen. Nur soviel sei ge-
sagt: Das Polizeirecht sieht, zumindest in der
Demokratie, ein prinzipielles Tötungsver-
bot vor, das auch für Rechtsbrecher gilt. Da-
gegen beinhaltet das humanitäre Völker-
recht – konkret die Genfer Konvention – le-
diglich den Schutz von Nichtkombattanten
sowie von außer Gefecht befindlichen Kom-
battanten. Man könnte eventuell auch im
Blick auf die UNO-Charta von einem prin-
zipiellen Tötungsverbot ausgehen. Im Falle
gerechtfertigter Gegengewalt tritt die Diffe-
renz dann aber deutlich zutage. Dann ist das
Töten erlaubt und stellt mehr als eine nur fi-
nale Möglichkeit dar. Denn nicht jede Poli-
zeigewalt ist gerecht – wir wissen es – und Po-
licing nicht automatisch Just Policing. Die Auf-
gabe der Polizei nach diesem Konzept wäre
es, die friedliche, gemeinschaftliche Ord-
nung zu sichern oder wiederherzustellen. Das
beinhaltet auch, die Ursachen von Rechts-
bruch zu identifizieren, zu verstehen und zu
bearbeiten. So kommt also einem Just Policing
nicht nur eine reaktive, sondern vornehmlich
auch präventive und vermittelnde Funktion
zu. Die Anwendung von Gewalt ist dann
auch nur ein Instrument, ein letztes, manch-
mal notwendig werdendes Mittel, aber kein
dominanter modus operandi mehr.

Ich erwähne dieses Konzept, weil es mir
interessant erscheint, darüber intensiver
nachzudenken. Aus dieser Diskussion ist er-
sichtlich, dass für die Kirchen der gerechte
Friede kein Zustand ist, sondern ein Prozess,
ein Weg. Folgerichtig hat die letzte Vollver-
sammlung des Ökumenischen Rates der Kir-
chen im Jahr 2013 in Busan in Südkorea die
Kirchen der Welt aufgerufen, auf einer ge-
meinsamen Pilgerreise zu Gerechtigkeit und
Frieden miteinander unterwegs zu sein.

Schließen möchte ich mit einem Zitat aus
der gemeinsamen Feier von Papst Franziskus
und dem Präsidenten des Lutherischen Welt-

bundes, Bischof Mounib Younan aus Jerusalem. Diese ökumenische Feier hat am 31. Oktober 2016 in Lund in Schweden stattgefunden – und passt vielleicht auch ganz gut auf unsere Situation, auch wenn hier nur von Katholiken und Lutheranern die Rede ist.

„Wir beten zu Gott, dass Katholiken und Lutheraner fähig sein werden, gemeinsam das Evangelium Jesu Christi zu bezeugen, indem sie die Menschheit einladen, die gute Nachricht von Gottes Heilshandeln zu hören und zu empfangen. Wir bitten Gott um Eingebung, Ermutigung und Kraft, damit wir zusammenstehen können im Dienst und so für die Würde und die Rechte des Menschen, besonders der Armen, eintreten, für die Gerechtigkeit arbeiten und alle Formen von Gewalt zurückweisen. Gott fordert uns auf, all denen nahe zu sein, die sich nach Würde, Gerechtigkeit, Frieden und Versöhnung sehnen. In besonderer Weise erheben wir heute unsere Stimme für ein Ende der Gewalt und des Extremismus, die so viele Länder und Gemeinschaften sowie unzählige Schwestern und Brüder in Christus betreffen. Wir fordern Lutheraner und Katholiken zur Zusammenarbeit auf, um den Fremden aufzunehmen, denen zu Hilfe zu kommen, die wegen Krieg und Verfolgung zur Flucht gezwungen zur Hilfe zu kommen, und die Rechte der Flüchtlinge und der Asylsuchenden zu verteidigen.“

* Beitrag zum Studententag von Pax Christi Österreich: „Frieden in Gerechtigkeit. Unser Beitrag zum Reformationsjahr 2017“ Linz, 3. März 2017

Michael Bünker, geboren am 26. April 1954 in Leoben/Stmk als drittes Kind des evangelischen Pfarrers von Leoben, Otto Bünker, und seiner Frau Lisl, geborene Kohl.



Aufgewachsen in Radenthein in Kärnten, Gymnasium von 1964 bis 1972 in Villach, anschließend Studium der evangelischen Theologie in Wien; Promotion zum Dr. theol. 1981; ab 1980 Vikar in Wien-Döbling, nach der Ordination Wahl zum zweiten Pfarrer in Wien-Floridsdorf; 1991 mit der Leitung der Evangelischen Religionspädagogischen Akademie (ERPA) betraut, im Herbst 1999 Wahl zum Oberkirchenrat, am 1. Juni 2007 Wahl zum Bischof der Evangelischen Kirche A.B. in Österreich, Amtsantritt: 1. Jänner 2008. Amtseinführung: 27. Jänner 2008. Seit 1. Jänner 2007 Generalsekretär der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa

Michael Bünker

CuS Christ und Sozialist. Zum 40jährigen Bestehen der Neuen Folge III

Themen und Aktionsfelder der Religiösen Sozialist(inn)en in der Vergangenheit IV

Von Reinhard Gaede

Bericht aus dem Jahr 1995

Das Jahr war ein Krisenjahr für unsere Re-

daktion. Rudi Laeger, unser Kassierer, ist bei der Vorstandssitzung am 7.10.95 in Herford zurückgetreten. Schon bei der Sitzung am 4.2.95 waren fehlende Außenstände zwischen 1.000 und 2.000 DM zu be-

klagen. Deshalb beschloss der Vorstand, die Auflage von 1.100 Exemplaren auf 1.000 zu senken, probierhalber. Der Beschluss, aus Gründen der Sparsamkeit auch den Mitgliederrundbrief einem Teil der Exemplare einzuheften, blieb noch eine Absichtserklärung. Am 7.10.95 wurden die Außenstände immer noch auf 2.500 DM geschätzt, und wegen der Unklarheiten im Mahnungswesen ist die finanzielle Lage unsicherer geworden. Der Vorstand reagierte mit einer Senkung der Auflage auf 700 Exemplare. So sehr diese Maßnahme mit Blick auf die Finanzen zu begrüßen war, so schmerzlich ist sie bereits in einigen Jahren später fühlbar. Neue Abonnent(inn)en können ältere Nummern, die programmatischen Wert haben, nicht mehr bekommen. Dabei sind z.B. die Aufsätze über Religionsunterricht für viele Jahre weit über den Kreis der ReSos hinaus interessant. Die für die Geschichte des Blattes beispiellose Senkung der Auflage sollte wieder von einem Wachstum abgelöst werden. Bisher wurden 464 Exemplare verkauft und 100 an die Gruppen geliefert. Neue Anstrengungen in der Werbung sind nötig. Z.B. unsere Präsenz in Buchhandlungen sollte besser werden. Unsere Kontakte zu örtlichen politischen Gruppen und Organisationen sollten mit Hilfe der Mitglieder verstärkt werden.

Auch die Zahl der aktiven Redaktionsmitglieder war rückläufig. Rolf Köhler und Wolfgang Lünenbürger waren mit ihrem Examen beschäftigt und hatten deshalb keine bzw. zu wenig Zeit. Lothar Bücken konnte bei der Redaktionsitzung am 18.2.95 noch teilnehmen, wollte aber im Herbst mit der Redaktionsarbeit aufhören. Erhard Griese hat als Autor eines wichtigen Beitrags mitgearbeitet.

Ermutigend dagegen war, daß Matthias Nauwerth als Autor und Redaktionsmit-

glied uns verstärkte. Auch in diesem Jahr haben Christa und Ulrich Peter die Last der Endredaktion getragen und mit Hingabe und Freude unser Blatt gefördert. Auch Andreas Hesse, unser Layouter, hat wieder gute, passende Bilder gefunden.

Die verbleibenden Redakteure bzw. Redakteurin hatten mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen. Ulli Peter musste eine Zeit im Krankenhaus verbringen. Unsere Familie musste in diesem Jahr das Zweitälteste der vier Kinder und den Großvater zu Grabe tragen. Gegen Ende des Jahres musste der Zeitplan durch schnelle Produktion gehalten werden. Eigentlich sollte ja eine gemeinsame Beratung über allen vorliegenden Manuskripten bei ca. drei Redaktionskonferenzen pro Jahr stattfinden. Stattdessen kam es aus Zeitgründen nur zu einer Arbeitsteilung.

Für unsere „Deutschland-Redaktion“ hatten sich die *Arbeitsbedingungen* weiter verschlechtert. 1996 wurde das Telephonieren teurer. Das Porto für Steifbandzeitungen wurde jährlich um 10 Pfennig erhöht. 1996 betrug es 1,30 DM. Eine andere Vertriebsform kam wegen der Zerstreuung unserer Leser(innen) nicht in Frage. In den letzten Jahren haben wir eine ganze Reihe von Abonnements bei Institutionen verloren, wegen deren Sparmaßnahmen. 30,- DM betrüge der kostendeckende Preis. Ein großer Teil der Abonnenten hat freiwillig ihre Zahlung entsprechend erhöht. Andere haben gespendet.

Über unsere Beteiligung am *Kirchentag* hat Ulli Peter in Heft 3/1995 berichtet. Das Heft Nr. 2 war rechtzeitig fertig geworden. Ebenso ein neues CuS-Werbeblatt. Mehrere Hundert Hefte wurden als Werbeexemplare mitgenommen.

Unsere Themen

Dem Land *Nicaragua* wandte sich unser

erstes Heft zu. Zur Spaltung der Sandinistischen Partei dokumentierten wir die Positionen uns nahestehender Menschen, Ernesto Cardenal und Olivia Alvarez-Alvarado. Udo Fleige hat als Kenner von Land und Leuten Kommentare geschrieben. Der Katholizismus in Polen und Ex -Jugoslawien (Beiträge von Udo Fleige und Matthias Nauerth) waren andere regionale Schwerpunkte, die in der Diskussion Orientierung vermitteln sollten. Zu sozialen Brennpunkten gingen Reportagen von Christa und Ulrich Peter ein: Krise des Steinkohlenbergbaus und Kampf der Bergarbeiter-Frauen, Obdachlosigkeit und Wagenburgen in Berlin. Der schwache Zustand der SPD musste wahrgenommen werden (Matthias Nauerth, Uli Peter). Die kirchliche Sozialcharta wurde mit Zustimmung und Kritik bedacht (Karlheinz Lipp und Ernst-Ulrich Huster). Wieder geriet somit die Lage der Armen in den Blick, und sozialpolitische Optionen wurden vorgetragen, auch aus gewerkschaftlicher Sicht (Friedhelm Hengsbach). Auch dieser Jahrgang enthält wieder *historische Beiträge*: Lebensbilder von Willi Kobe, Helmut Gollwitzer, Wilhelm Schümer, Heinz Kappes, Leo Kofier, Theo Pirker, Ernst Mandel, der Bund seit 1945 und die religiösen Sozialisten in Berlin 1919–1933. Und schließlich „Religionsunterricht“ war ein Thema (Beiträge von Dieter Stork, Erhard Griese, Konrad Braun). Interessant war auch der Bericht über Ansätze feministischer asiatischer Theologie.

So konnten wir im Blick auf die Ergebnisse der Redaktionsarbeit m. E. zufrieden sein. Unser Versprechen bei der Zielbeschreibung „Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, theologische und politische Diskussion, Aufarbeitung religiös-sozialistischer Geschichte“ haben wir eingehalten. Aus Rückmeldungen konnten

wir schließen, dass eine ganze Reihe von Artikeln bei der Orientierung über Zeitereignissen geholfen haben und als Argumentationshilfe unsern Leserinnen und Lesern dienen konnten.

Die Phase 1996–2003

Zum 50. Todestag von *Leonhard Ragaz* erschien CuS 1/96 mit einem Bild des Ehepaars Leonhard und Clara auf der Titelseite. Willy Spieler stellte sein Lebenswerk vor. Arnold Pfeiffer würdigte ihn als Pazifisten, Sozialisten, als Mensch der Naturliebe. Ulli Peter hob seine Unterstützung für die religiösen Sozialisten während der Nazi-Diktatur hervor.

Die Schriftleitung hatte ich. Die anderen Mitglieder der Redaktion waren: Lothar Bücken, Wetter, Rolf Köhler, Bad Schönborn, Wolfgang Lünenbürger, Hamburg, Matthias Nauerth, Ellerbeck, Christa und Ulrich Peter, Berlin.

In CuS 2/1996 zeichnete Christa Peter verantwortlich für die Redaktion. Udo Fleige und Jürgen Gorenflo kamen neu hinzu, während ich nach 20 Jahren ausschied. Der erste Schwerpunkt war die *Krise des Sozialstaats*. Ein zweiter Schwerpunkt das Thema auf der Jahrestagung in Bad Hersfeld *Sozialismus: Ziel und/oder Utopie*. Siegfried Katterles Referat informierte über grundlegende Ideen des Frühsozialismus, den so genannten „wissenschaftlichen“ Sozialismus nach Karl Marx und Friedrich Engels, den Reformismus (Fabianismus in England, Revisionismus (Eduard Bernstein) in Deutschland, humanitären Sozialismus (Jean Jaurès) in Frankreich, über die „bürokratisch-despotischen Entwicklungsdiktaturen des so genannten „real existierenden Sozialismus“, den demokratischen (freiheitlichen) Sozialismus nach dem religiösen Sozialisten Eduard Hei-

mann und anderen und über ethische Gesichtspunkte

CuS 3/96 hatte den Schwerpunkt *Internationalismus und Nicaragua*. Gustavo Esteva aus Mexiko kritisiert den „Virus der Abhängigkeit bei Entwicklungshilfe“. Olivia Alvarez Alvarado gibt ihm recht: „Die Unterentwicklung kann nicht mit dem Geld der Solidarität überwunden werden.“ Dagegen sieht sie die Beziehung zu ihren deutschen Freund(inn)en von „Achtung, Rücksichtnahme und Zuneigung getragen“. Die Unterstützung der Ausbildung von Lehrer(inne)n in Nicaragua bestand 1996 bereits 10 Jahre. Udo Fleige berichtet über Wahlen im Land und hat hauptsächlich die Verbindung zu diesem Projekt gehalten. Dorothee Sölle, 1929-2003, hat in einem Interview mit Bärbel Fünfsinn über „Hoffnungszeichen und Eco-Justice“ geschrieben. Im Mangel an Spiritualität bei progressiven Gruppen sieht sie einen „Mangel an Hoffnung“. Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung sollten Schwerpunkte einer ökumenischen Theologie der Befreiung sein. Mit Eco-justice ist eine Wirtschaftsgerechtigkeit gemeint, zugleich ökologisch, zugleich ohne Zwang für ein Modell bei Entwicklungsländern.

CuS 4/96 feiert das Jubiläum *70 Jahre BRSD*. Vorstandsmitglieder in diesem Jahr waren Wolfgang Lünenbürger, Hamburg, Dr. Martina Ludwig, Florian Hars, Hamburg. Mitglieder der Redaktion: Christa Peter (Geschäftsführung), Berlin, Udo Fleige, Tübingen, Jürgen Gorenflo, Karlsruhe, Matthias Nauerth, Ellerbeck, Dr. Ulrich Peter, Berlin

Ulrich Peter fragt: „Was bedeutet das ‚Erbe des religiösen Sozialismus für die Gesellschaft der BRD?‘“ Aurel von Jüchen (1902-1991) war Zeitzeuge, Gesprächspartner von Ulrich Peter und mir. Ulrich Peter hat seine Biographie in einem Buch als exemplari-

sche Zeitgeschichte beschrieben, ich habe sein Lebensbild im Zusammenhang mit seinem Buch über die Mammon-Worte und Geschichten im Neuen Testament geschrieben. Er konnte uns die politische Szene der Weimarer Zeit anschaulich erklären: Die Arbeiterbewegung war klar vom Bürgertum getrennt. Die Freidenkerbewegung stand den Kirchen gegenüber. Die religiösen Sozialisten waren die einzige linke Bewegung in den Kirchen. In der Kirche gab es eine vorherrschende Rechte, die auf jede andersgeartete Bewegung einschlug. Und der Begriff „Sozialismus“ war kein Schimpfwort wie heute.

Die Bedeutung des BRSD für die Gesellschaft lag im Widerstand gegen die Nazis, gegen Militarismus und im Kampf gegen Antisemitismus. Auch der Widerstand im Untergrund und die Rettung von Juden gehörten dazu. Von der Geschichtsschreibung wurde lange Zeit, meist bis heute ignoriert, dass das Wirken des Bundes stellvertretend für die Gemeinde Jesu Christi geschehen ist.

Nach 1945 war ein einheitlicher Aufbau der Organisation wegen der Teilung Deutschlands nicht möglich. Viele Genossen waren im Krieg oder im Widerstand umgekommen oder gesundheitlich geschwächt oder in der Emigration geblieben. Versuche, die Organisation im Osten neu aufzubauen, waren nur 1947/48 erfolgreich, mussten aber beendet werden, weil die SED ein Monopol für sozialistische Politik und Kultur beanspruchte. So gab es im Westen nur noch kleine Zentren in Frankfurt, in der Pfalz und in Württemberg. Die bewährten Vertreter(innen) der religiös-sozialistischen Tradition wurden gebraucht für Ämter in allen Ebenen, wurden aber nicht Leiter(innen) von religiös-sozialistischen Gruppen. Zwar blieb die Organisation nominell zwar erhalten, wurde

aber – wie schon dargestellt – erst 1976/77 wiederbelebt. Zwischen Kirchen und SPD entstanden neue Kontakte, in der ev. Kirche, vermittelt durch die kirchlichen Bruderschaften, die aber von der Tradition Karl Barths geprägt waren und die religiös-sozialistische Tradition nicht kannten. Auch von Seiten der SPD kam es seit dem Godesberger Programm von 1959 zu einer Annäherung an die Kirchen.

Ulrich Peter sieht die Lage so: „Seit 1989 hat sich die Mehrzahl der linken Gruppen innerhalb und außerhalb der Kirchen aufgelöst, und fast alle ihre Zeitschriften wurden aufgelöst. Unsere Entwicklung und Konsolidierung verlief insofern völlig antizyklisch.“ (32) Auch die Arbeiterbewegung trägt sozialistische Bestrebungen aktuell nicht. Das Scheitern der DDR hat vielen Menschen auch Hoffnung geraubt. U. Peter urteilt: „Die linke Bewegung ist heute keine Parteienbewegung mehr, sondern eine Strömung, in der sich unterschiedlichste Tendenzen, Motivationen und Konzeptionen treffen. In dieser pluralen und bunten Gesamtheit haben wir unsern Platz im Spannungsfeld von Kirche und Gesellschaft. Wir sehen für die Zukunft die Notwendigkeit der Herausbildung eines fortschrittlichen Blocks über die Parteigrenzen hinweg ... aus einer ökologisch neuorientierten Arbeiter(innen)bewegung, den sozialen Bewegungen und den progressiven Teilen der Kirchen. Hieran und bei der Gewinnung der gesellschaftlichen Hegemonie für ökologische und sozialistische Positionen mitzuwirken, ist Hauptziel unserer Arbeit.“ (32) Der BRSD soll den Auftrag der christlichen Gemeinde mit dem Erscheinungsbild der Kirche in der spätkapitalistischen Gesellschaft vergleichen und zu Umkehr und Erneuerung beitragen, denn noch immer gibt es viele Christ(inn)en, die unter Hin-

weis auf äußere Feinde „eine Politik der militärischen Stärke, der wirtschaftlichen und politischen Abschottung in der ‚Festung Europa‘, der Rassendiskriminierung und der Privilegiensicherung betreiben.“ U. Peter meint: „Heute in der Kirche und der Gesellschaft Sozialist(in) zu sein, ist wieder ein Risiko.“ (33) Er schließt mit dem Hinweis auf den Mut und die Hoffnung der Gründerväter Christoph Blumhardt und Leonhard Ragaz.

Im selben Heft hat Aurel von Jüchen über Am 7,7-9 eine „Meditation zum politischen Engagement der Kirche“ geschrieben. In seinen Thesen kommt er zu dem Ergebnis: „Politik ist kein Privileg von Ständen oder von Berufspolitikern, sondern es ist die tätige Sorge um das Ergehen der Menschen in einem Volk, eine Frage, die uns allen obliegt.“ A. von Jüchen sieht den Maßstab des Politischen“ herausgefordert durch die Menschenfreundlichkeit Gottes, Recht und Gerechtigkeit im Leben der Völker zu erreichen und für die „ärmsten und schwächsten Glieder“ des Volkes zu sorgen. (6)

CuS 1/1997 hatte den Schwerpunkt *Bildungs- und Sozialarbeit*. Udo Fleiges Beitrag „Religionsunterricht in Zeiten des nachkirchlichen Christentums“ informierte über aktuelle Entwicklungen, besonders aus Württemberg. Guido Dia berichtet aus der Berliner Ev. Berufsschularbeit über den Kontakt mit jungen Türken. Rainer Pinks Beitrag aus der Schulpraxis in Berlin fragt: „Bildung wohin.“ Die Veränderung in Diakonie und Caritas von Zeiten der Liebestätigkeit zu Zeiten der Kundenorientierung, der Effektivität und des Controlling kommt in den Beiträgen von Hans-Jürgen Benedict und Harald Ihmig zur Sprache.

CuS 2/97 erscheint zum Kirchentag in Leipzig. Erhard Griese schreibt die Andacht

zur Losung des Kirchentags „Auf dem Weg der Gerechtigkeit ist Leben.“ (Spr. 12,28) Dorothee Sölle (1929-2003) hielt im März 1997 auf der Jahrestagung des Bundes in Bad Hersfeld Das Hauptreferat „*Wovon leben wir Linken?* Sie stellt die Welt des Casino-Kapitalismus so dar, wie er sich 20 Jahre später auch entwickelt hat: Millionäre im Land des Königs Midas, dem, was er anfasst alles zu Gold wird, Diktatur monetaristischer Art gegen die Dritte Welt, Privatisierung der Erziehung bei den Reichen, heruntergekommene Schulen für die Armen in den USA, Spekulation mit Geld als Sport, 90% des Geldes für spekulative Zwecke, Abkoppelung der Finanzgeschäfte von der Waren-Welt, globales Casino, Weltherrschaft der multinationalen Konzerne, Abbau der sozialen Angebote des Staates. Der homo oeconomicus ist nicht mehr am Gemeinwesen interessiert. Bedürfnis-Manipulation herrscht. Eine Gegenbewegung sind Nichtregierungsorganisationen, die Gipfel-Konferenzen kritisch begleiten oder der Vor-

schlag des Nobelpreisträgers James Tobin, Milliardengewinne sollten von der UNO mit 0,01% versteuert werden. D. Sölle plädiert für Mystik und Widerstand. New Age mit ständig wechselnden Angeboten zeige nur den Hunger nach Mystik. Die Sprache haben wir als Erben der jüdischen und christlichen Tradition. Während die Eliten des Staatssozialismus, religionsfeindlich, immer Autoren ihrer selbst waren, knüpfen religiöse revolutionäre Bewegungen „an das Wissen von dem, wie es gemeint war, wie es in der Schöpfung gemeint war“, an den Menschen als Ebenbild Gottes, an die Erneuerung der Gestalt der Erde, an die Gegenwart des Reiches Gottes, an die Erziehung zum Gebet, beginnen mit Liedern, Geschichten und Gebeten am Bett der Kinder. Hildegard Keller berichtete: Der Vortrag inspirierte die Teilnehmenden, an Stundengebeten (9, 12, 15, 18, 21 h) teilzunehmen, sich Glaubensgeschichten zu erzählen und die Eucharistie zu feiern.

Fortsetzung folgt

Protest und Widerstand gegen G20-Gipfel im Schatten einer Straßenschlacht mit der Polizei

Die willkommene „Hölle“ von Hamburg

Von Elmar Klink

Welcome to hell“, so lautete das kaum einladend gemeinte Motto militanter Kräfte, die am späten Donnerstagnachmittag (6.7.) beim G20-Gipfel in Hamburg (7. und 8. Juli) ihre zentrale Auftakt-Demonstration angekündigt hatten. Sie folgte der am Mittwoch vorausgehenden unter der durchaus ironischen Parole „Lieber tanz ich, als G20“, die mit Musik, Tanz, bunten Transparenten und sogar einer Reihe von Motivwagen wie ein Um-

zug aufwartete, um die eigene Sichtweise und Kritik am Spektakel der Mächtigen der Welt zum Ausdruck zu bringen. Beiden gemeinsam war die konsequente Ablehnung dieses Weltauftriebs in einer weltbekannten Millionenstadt der BRD, die diesmal mit Merkel zusammen die Gastgeberchaft innehatte und das Protokoll vorgab. Gegen Kosten von ungefähr 130 Millionen Euro. Im Vorfeld des Ereignisses war schon viel über eine mögliche Gewaltkonfrontation zwischen Polizei und extremen Demonstrierenden berichtet und gesprochen wor-

den, die man ja schon kennt und erwarten musste. Die Polizei hatte in den Tagen davor in einschlägigen Stadtteilen und Wohnvierteln immer wieder Razzien veranstaltet und dabei nach eigenem Bekunden jede Menge „Waffen“ gefunden und sichergestellt, d. h. Gegenstände dingfest gemacht, die man zu Waffen machen könnte wie einen Stuhl, eine Latte, Besenstiel oder ein großes Küchenmesser im Besteck einer WG. Während die Polizei ihre scharfen Waffen, darunter die gefährlichen Tonfas und Panzerung ungeniert zur Schau stellte und ihrerseits Gewaltbereitschaft und Vermummung demonstrierte, zur Abschreckung und zum Schutz der Identität natürlich. Es ist nur eine Frage des Blickwinkels und Standpunktes. Die einen dürfen, die anderen nicht, wegen des Gewaltmonopols des Staates.

Es ist wohl dieses „Gewaltmonopol“, über das die Staaten verfügen, das dazu beiträgt, dass die Welt so eingerichtet ist, wie sie es derzeit ist. Ungerecht, mit Kriegen und Konflikten, ausbeuterischem Freihandel, militärischer Hochrüstung, hausgemachtem Klimakollaps, Hungerkatastrophen, Flüchtlingsabwehr, Terrorismuskonfrontation usw. Es gibt Menschen, die das nicht länger hinnehmen und dulden wollen, die sich bei solchen Gipfeln, heißen sie nun G7 oder G20, vermehrt vernehmlich zu Wort melden, doch wie es scheint, weitgehend vergeblich. Schon im Voraus wollten die Herrschenden die Protestreihen spalten. Man ließe sich von einem friedfertigen Protest durchaus beeindruckend und fühle sich davon bestärkt, so appellierte Merkel in einer frühen, ans Zynische grenzenden Stellungnahme. Am Procedere ändert sich deshalb freilich nichts. Der letzte kleinere G7-Gipfel fand vor zwei Jahren in Schloss Elmau in den bayerischen Alpen statt. Die erwartete Schlacht blieb damals

auch wegen des Einschreitens höherer Naturgewalten wie Gewittersturm und Starkregen überwiegend aus. Die Campierenden ersoffen fast in den Wassermassen auf den Wiesen. Die Hauptprotestkundgebung fand weitab vom Almauftrieb in München mit über 30000 Demonstrierenden statt. In Garmisch-Partenkirchen fanden sich dann immer noch etwa zehntausend Protestierende ein, die von einer doppelten Anzahl an Polizist(inn)en in Schach und vom Versammlungsort weiträumig ferngehalten wurden. Kanzlerin Merkel veranstaltete mit Präsident Obama zusammen demonstrativ im Freien ein folkloristisches Weißwurstfrühstück zur besten Weizenbier-schoppenzeit am hellen Sonntagmorgen in einem nahegelegenen kleinen Ort. Massiv von Polizei zu Land und in der Luft begleitet und geschützt, die in den Medien dezent in den Hintergrund traten. Der bayerische Ministerpräsident Seehofer jubelte und verkündete stolz, wir können Gipfel! Das konnte der Hamburger Bürgermeister Scholz diesmal nicht. Das G20-Spektakel geriet unter massivem Polizei-Eingreifen gegen Gewaltexzesse ausufernd zum Debakel für die Herrschenden.

Dass man mehr über die verübte Sach-Gewalt Demonstrierender und offensichtlich auch mutwilliger Hooligans als über die Gründe und Inhalte des Protests sprach, kam dabei dem offiziellen Geschehen zugute. Bis etwa Donnerstagabend waren die Medien und Presse noch „protestfreundlich“, wurde in Tageszeitungen z. T. in täglichen Dossiers vor dem Gipfel fortlaufend über Hintergründe und Zusammenhänge berichtet und kritisch informiert. Dann kam die Höllendemo, und das Desaster nahm seinen unvermeidlichen Verlauf. Das öffentliche mediale Interesse schlug bald um in die bekannte pauschale Verurteilung und Dramatisierung der sich dann

fast stündlich bis weit in die Nacht und den folgenden Freitagmorgen hinein überschlagenden Ereignisse auf Straßen und Plätzen. Politik und Polizei hatten mit ungefähr 8 bis 10000 sog. Gewaltbereiten bei insgesamt erwarteten 100000 Demonstrierenden vorab schon gerechnet. Bis zu 21000 Polizist(inn)en wurden dagegen von überall her zusammengezogen und zur allgemeinen Sicherung der Abläufe aufgeboten. Einer der bisher größten Polizeieinsätze bei Demos in der BRD. Schon das ist mit allem Drum und Dran von drastischen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit durch Absperrungen und Sicherheitszonen eine Art von Provokation, die an Polizeistaat und Bürgerkriegsübung erinnerte. Man befürchtete in der Bevölkerung z. T. Schlimmstes, was man von Hamburg in den einschlägigen Vierteln ja kennt, wo das Gewaltpotenzial auch der Polizei traditionell als hoch einzuschätzen ist. Denn das sog. Schanzenviertel in St. Pauli/Altona, wo sich auch das symbolträchtige Autonomenzentrum Rote Flora (CSU-Politiker Dobrindt: „linke Propagandahöhle“) befindet, liegt unmittelbar neben dem feineren Karolinenviertel mit den Messehallen, wo sich diesmal die „Weltauswahl“ der Mächtigen und ihrer schwellenländischen Epigonen im innerstädtischen Hochsicherheitstrakt trafen. Schon das hätte die Gipfelorganisatoren samt Polizeiverantwortlichen höchst bedenklich stimmen müssen, dass daraus früher oder später unausweichlich eine Konfrontation werden würde. Weshalb sonst solch ein Zehntausender Polizeiaufgebot? Die Schanze „gehört“ nun mal gefühlt den Leuten und dem Volk. Dort in der Nähe befindet sich zum Hafen hin das Vergnügungsviertel Reeperbahn und ist am Millerntor auch der Fußballverein St. Pauli beheimatet, dessen Verantwortliche und Teile der Fans aus ihrer

kritischen linken Einstellung keinen Hehl machen.

Die sich bedrohlich steigernden gewaltvollen Ausschreitungen ab Donnerstagabend nahmen ihren Ausgang nach dem unverhältnismäßig harschen und plötzlichen Eingreifen von Polizeihundertschaften bei der Demonstration mit etwa 12000 Beteiligten, wo die Ordnungskräfte am Kopf und Ende des Zugs 1 bis 2000 sich Vermummende ausmachten, die sich angeblich zum Krawall rüsteten. Sie wurden aufgefordert, ihre „Vermummung“ (oft nur über den Kopf gezogene Jackenkapuzen zum Schutz gegen Wasserwerfer und Spraygas) aufzugeben, was viele zuerst taten. Man wollte dennoch diese Gruppen von den übrigen „friedlich“ Demonstrierenden trennen und offenbar einkesseln, was gründlich misslang. Sogar die Friedlichen machten bald Front gegen drastisch vorrückende Polizei. Schließlich hören auch Militante den Polizeifunk ab und lenken ihre Bewegungen per Handykommunikation. Einzelne Stimmen meinen sogar, „die Bevölkerung“ hätte sich am Donnerstagabend und in der Nacht gegen „brutale Riots“ der Polizei die „Straße zurückerobert“. Während dann die Geschehnisse am Freitag noch ein anderes Thema wären (siehe auch: „Der Gewalt widerstehen – ein Einspruch aus der Gruppe Christ(inn)en gegen G20“, 11.7.2017). Es kam dann, sich aufschaukelnd, zum ganzen bekannten Besteck und Repertoire an Gewalt auf beiden Seiten: draufprügelnde Polizisten, Wasserwerfereinsätze, Reizgas, Tränengasbomben, Mehrzweck-Schlagstock, Steine und Flaschenwürfe auf Seiten Demonstrierender, Brandsätze gegen Polizeiwagen und Autos und auch gegen Polizisten, Stahlkugelgeschosse, zertrümmerte Bonteteile, die von Dächern in die Straßen geschleudert wurden. Große Müllcontainer

und über 30 Autos, darunter ein Carport mit teuren Porsches, wurden in Brand gesetzt, marodierende und randalierende Gruppen zogen durch die engen Straßen, warfen Scheiben ein, plünderten Geschäfte, darunter einen Rewe City-Markt und Drogeriemarkt, errichteten Barrikaden und zündeten sie an, aus denen meterhohe Flammen schlugen und Bäume und Äste versengten. Große Feuer, die auf die Häuser überzugreifen drohten, ätzende Schwaden von giftigem brennendem Plastik usw. Die Feuerwehr war ständig im Einsatz, und man muss sagen, unter Lebensgefahr in einer solchen Lage. An den Straßen bildeten an markanten Stellen viele unbeteiligte Schaulustige hinter Absperrungen zahlreiche Spaliere und verfolgten neugierig das Geschehen, knipsten sich dabei selbst vor brennenden Barrikaden und bei Plünderungen von Läden. Es gab bis zum Freitagmittag etwa 200 verletzte Polizisten, an die 80 Festgenommene, die in ein gesondertes Sammellager weitab im südlichen Stadtteil Harburg verbracht wurden. Eine zudem unbekannte Anzahl verletzter Demonstrant(inn)en, die oft eigene Sanitätskräfte hatten. Eine Gruppe von elf Demonstrierenden verletzte sich schwer auf der Flucht vor Polizisten über eine vier Meter hohe Mauer mit Gitterzaun, als das instabile Gemäuer unter der Last zusammenbrach. Das geschah im westlichen Stadtteil Bahrenfeld, der von den Messehallen viele km entfernt liegt. Das westliche Zentrum Hamburgs war faktisch im Ausnahmezustand.

Um es hier klar zu sagen: die Gewalt aller daran Beteiligten ist nicht hinzunehmen und mit nichts zu rechtfertigen oder zu decken, schon gar nicht politisch. Sie nimmt auf beiden Seiten mindestens Schwerverletzte in Kauf. Sie verrät und diskreditiert die Absichten und Ziele derer, die friedlich,

aber durchaus auch gewaltfrei mit zivilem Ungehorsam protestieren wollten. Z. B. mit Straßen- und Wegeblokkaden oder der Besetzung von Plätzen, wie es auf Protokollstrecken der Delegationen von den Hotels zur Messe auch geschah. Diese waren unter Demonstrationsverbot gestellt worden. Folgender Vorfall eines rigorosen Polizeigewalteinsatzes an einer Straße entlang der Alster ist verbürgt: Eine Gruppe von 20 bis 30 Gipfelgegner(inne)n war, wie Tausende andere anderswo auch, dort am Freitagmorgen zu Fuß unterwegs zu einem Blockadepunkt, als mehrere Polizeifahrzeuge heranfuhrten und anhielten, aus denen verummte und behelmte Polizisten sprangen und mit Tonfas (asiat. Schlag- und Hebelwaffe) und Reizgaskartusche auf die Gruppe zusteuereten, die, statt nach der Regel jetzt stehenzubleiben, zu flüchten begann und von der Polizei verfolgt wurde. Einem, der weglief, wurde auf einem Schotterweg von einem Polizisten von hinten in die Beine getreten, so dass er aus dem Lauf heftig zu Fall kam und sich an Ellenbogen, Hüfte und am Knie blutend verletzte, seine Hose zerrissen wurde. Zwei andere Beamte rissen den Verletzten am Rucksack hoch und drängten ihn auf die Straße. Anderen, die ergriffen wurden, wurden Androhungen gemacht der Art „Wenn ich dich richtig schubse, machst du gar nichts mehr“, und man überschüttete sie mit Beschimpfungen, wie „Verpisst euch aus der Stadt, ihr Scheiß-Zecken“. Schließlich riefen ihnen Beamte hinterher: „Und tut nicht so friedlich. Ihr tut immer so friedlich, aber ihr seid alle scheiße.“ Während der geschilderte Angriff als nur einer von vielen zeigt, welcher „demokratische“ Ordnungsgeist und Feindbildjargon offenbar unter der Polizei herrscht und waltet, versicherte Bürgermeister Scholz im NDR in offensichtlicher Unkenntnis der Lage: „Polizeigewalt hat es

nicht gegeben, das ist eine Denunziation, die ich entschieden zurückweise“ (siehe: „Gipfel der Gewalt? Protest und Polizei beim G20 in Hamburg“. *express*, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, 7/2017, 55. Jg., S. 8).

Die Polizei bekommt mit ihrem eigenen scharfen Vorgehen und wenig zimperlichen Zugriff uneingeschränkt Recht und politische Rückendeckung, während die Motive und Anliegen der politischen Gegner völlig aus dem Blick geraten, die pauschal alle zu gefährlichen Randalierern, Landstreichern und Dieben erklärt werden. Es war ein legitimes Ziel des Protests, den reibungslosen Ablauf dieses Gipfels zu stören und behindern. Man wird sehr genau zu prüfen haben und untersuchen müssen, von welcher Seite wann, weshalb, welche Gewalt ausging, wer die verantwortungslos Randalierenden und Brandschätzenden waren, und woher sie kamen. In über 30 Fällen wurden auch gegen Polizist(inn)en Ermittlungen eingeleitet. Der rot-grüne Senat begegnete den Oppositionsrufen u. a. der Linken nach einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss vorsorglich schon mal mit der Einrichtung eines eigenen Sonderausschusses, was der Parteilichkeit wegen nicht ausreichen dürfte. Auch von einer innerhalb der Polizei Rechtsverstöße von Beamten ermittelnden Soko dürfte wenig zu erwarten sein. Man übt politische Schadensbegrenzung und den internen Schulterchluss, aber der Posten des SPD-Innensenators Andy Grote könnte am Ende womöglich wackeln, der nach Meinung von Kritikern im Vorfeld unnötig die Lage eskalierte, z. B. durch die sture Blockade bei der Unterkunftsfrage in Zeltcamps und Verhängen zeitweiliger weiträumiger Demonstrationsverbote.

Der Hamburger Polizeipräsident Meyer, Bundesjustizminister Maas und der Spre-

cher der Polizeigewerkschaft stellten sich am Freitag einmütig voll hinter die teils martialisch auftretenden und einschreitenden Ordnungskräfte, die ihrer Ansicht nach richtig gehandelt hätten. Auch Trump lobte auf seinem Rückflug das Auftreten von deutscher Polizei und, wie er annahm, auch Militär. Am Freitag war noch Verstärkung durch schwer bewaffnete Sondereinsatz-Kommandos (SEK) hinzugezogen worden, die in der Nacht mit Sturmgewehren im Anschlag dann das Schanzenviertel räumten und zahlreiche Festnahmen vornahmen. Auch die zermürbende verwaltungsgerichtliche Auseinandersetzung um genügend Platz für Zeltcamps (Yes, wie camp!, war eine gegen das Zeltverbot gerichtete Parole) hat die Situation unnötig verschärft und angeheizt. Erst am Mittwoch hatte nach Einsprüchen das Oberverwaltungsgericht dann an zwei „zentralen“ Orten Camps (Altonaer Volkspark in Lurup und Elbpark Entenwerder im Osten), beide abgelegen und von Polizei belagert und kontrolliert, mit je 300 Zelten à drei Personen genehmigt. Das Angebot wurde nur wenig angenommen, zum Schlafen kam man wegen ständig tief fliegender Hubschrauber sowieso kaum. Viele wählten einstweilen jedoch spontan wilde, nicht genehmigte Orte, um Zelte zu errichten, die immer wieder von patrouillierenden Polizeieinheiten abgeräumt wurden. Der Fußballverein St. Pauli und einige Kirchengemeinden hatten das Stadion und Kirchengärten zum Ausruhen und Übernachten in Zelten geöffnet. Wenn sich dann abends in der mondänen neuen Elbphilharmonie in der anderen Sicherheitszone im Hafen die Mächtigen zum feierlichen musikalischen Bankett einfanden zu den Klängen von Beethovens 9. Sinfonie (Freude schöner Götterfunken!), während in den Straßen die

Schlacht tobte, weckte das zusätzlich den Unmut und Zorn der Menschen.

Vom alternativen „Gipfel“ zum offiziellen zwei Tage vor Beginn in der Altonaer Kulturfabrik Kampnagel war in den bürgerlichen Medien kaum die Rede. Dort wurden auf Foren und in Arbeitsgruppen ganz ähnliche Themen behandelt und diskutiert wie auf dem regulären. Nur war die Perspektive auf die Fragen und Probleme der Welt eine ganz andere, aus der Sicht der Solidarität mit den Benachteiligten und Ausgeschlossenen, die nach Hamburg gekommen waren. Daran schlossen sich am Samstag mehrere Demonstrationen an, die größte gegen Armut und Krieg war vom Vertreter der Linkspartei van Aken angemeldet worden, der auch den SPD-Innenminister scharf kritisierte, er habe auf der ganzen Linie versagt. An ihr nahmen mehrere Zehntausend Menschen teil, die überwiegend friedlich auftraten. Aber auch die Krawalle zwischen Polizei und Gewaltdemonstrant(inn)en setzten sich an vielen anderen Stellen fort, sowohl am Samstag als auch noch am Sonntag, als der Gipfel bereits vorüber war, die Delegationen sich auf dem Heimweg befanden. Insgesamt wurden nach Polizeiangaben ca. 500 Beamte verletzt und 144 Demonstrant(inn)en vorübergehend festgenommen, etwa eine gleiche Anzahl in Gewahrsam genommen. Gegen 37 wurden, wie es in den Nachrichten hieß, zudem Strafverfahren eingeleitet.

Die Verletztenzahl bei den Demonstrierenden blieb unbekannt, sie dürfte ähnlich hoch oder sogar höher sein. Die Zahl bei der Polizei wurde dann nach unten korrigiert auf etwa nur die Hälfte, man hatte jede/n noch lange vor den Demos „verletzte/n“ Polizist/in/Polizisten oder solche mit Schwächeanfällen mitgezählt. Die bürgerlichen Politiker(inn)en, allen voran Merkel, Bürger-

meister Scholz, Gabriel, Steinmeier, Altmaier, de Maizière bis hin zum Katholischen Erzbischof von Hamburg, zeigten sich höchst entsetzt von Qualität und Ausmaß der Gewaltausschreitungen, die sie natürlich nur einseitig von den militanten Demonstrierenden ausgehen sahen. Die Polizei verfolgte und hielt kein erkennbares Konzept zur Zurückhaltung oder Deeskalation durch, sie schritt ab Donnerstagabend stets mit allen ihren Mitteln, darunter Pferde- und Hundestaffeln und gepanzerten Fahrzeugen, früh ein und haute in den Straßen rücksichtslos drauf, was ging. Das traf auch viele Unbeteiligte. Es werden jetzt Forderungen laut nach Einrichtung einer europaweiten Linksextremistendatei (eine nationale existiert bereits) und weitere Vorschläge nach verschärften Sicherheitsmaßnahmen wie Grenzkontrollen usw. geäußert. Politiker(inn)en fordern die Schließung der Roten Flora. Die „Blöd-“(Bild-)Zeitung schürte danach prangerartig die aufgebrauchte Stimmung noch und veröffentlichte in ihrer Hamburger Sonntagsausgabe als Titel ein großes Foto schwarz verummelter Demonstrierender; einer von ihnen hält eine lange Stange, darunter das Wort „Verbrecher“. Skandal-Verkehrsminister Dobrindt, einst CSU-Generalsekretär, wettete pauschal gegen „durch Hamburg wütende linke Sauhunde“.

Mit letzten Endes nutzlosen, kopflosen Gewaltakten und blindwütigen Ausschreitungen gegen wie Festungen geschützte Veranstaltungsorte wie die G-Gipfel wird man sie weder verhindern noch nennenswert behindern. Allenfalls ihren Preis so in die Höhe treiben, dass sie sich nicht mehr „rechnen“. Der bisher festgestellte, gemeldete Versicherungsschaden an Gebäuden, Geschäften und Autos soll sich auf 12 Mio. Euro belaufen. Überholt haben sie sich ohnehin. Sie sind kein adäquater Ersatz für die

Beratungen und Beschlüsse der UNO, zu deren teilweisen Umgehung sie auch einmal gebildet wurden. Um quasi im rechtsfreien Raum Absprachen und Vereinbarungen unter den Großen unkomplizierter zu treffen. Um den Welthandel reibungslos als Freihandel zu organisieren. Nur in der UNO sitzen alle gleichberechtigt mit Stimme am gemeinsamen Tisch und werden nicht selektiv ausgeschlossen. Existiert trotz Mängeln und Schwächen und einer längst fälligen Reform ein rechtliches Rahmen- und Regelwerk, das verbindlich für alle gilt. Denn die Ärmsten und Bedürftigsten haben in Hamburg gefehlt, auch wenn man sich mit der Einladung von Delegationen aus Afrika das Mäntelchen der Offenheit und Wohltätigkeit überstreifte und am Samstag als Alibi extra einen Afrikatag angesetzt hatte, der aber gar nicht stattfand, da man im Verzug noch mit anderen Themen befasst war. Man brauchte unbedingt ein irgendwie vorzeigbares Ergebnis, was den gewaltigen Aufwand rechtfertigen sollte.

Sogar der CSU-Entwicklungsminister Müller spricht davon, dass die reichen Industrienationen Afrika arm gemacht hätten und fordert schon lange einen europäischen Marshallplan für die Unterentwickelten. Nur Herren wie Trump und Putin demonstrierten durch ihr Verhalten, sich eigenmächtig zu absentieren, während die anderen am Freitag über Welthandel und Klimaschutz berieten, dass sie weiterhin gewillt sind zu tun, was sie wollen. Und Herr Erdogan will es ihnen gleich tun, der jetzt wie Trump die gemeinsame Klimaerklärung von Paris, ohnehin nur unzureichendes Stückwerk, in Frage stellt. Da sind auch der zwischen Putin und Trump doch noch kurzfristig vereinbarte Waffenstillstand für den Südwesten von Syrien und die Rückeroberung Mossuls durch irakisch-alliierte

Truppen nicht mehr als ein vages Signal. Die schließlich verabschiedeten Kommuniqués waren äußerst dünn an aussagekräftigen Inhalten. Der Journalist Hans-Ulrich Brandt vom Weser-Kurier formulierte es in seinem Leitartikel so: „In der Klimapolitik sind die USA relativ isoliert vom Rest der Welt, zum Freihandel einigte man sich auf einen faulen Kompromiss, zu Armutsbekämpfung und Migration auf wohlfeile Erklärungen“ (WK vom 10.7.). Aufwand und Ertrag stünden in keinem Verhältnis. Er schlägt deshalb eine Verschlinkung und Effektivierung solcher Megaveranstaltungen vor. Wie wär's mit gleich abschaffen?!

Bremen

Hinweis zum Weiterlesen:

Neuerscheinung: isw-report 109: Krise des globalen Kapitalismus – und jetzt wohin? Versch. Autor(inn)en. 76 S., 6.– Euro. Bezug: isw_muenchen@t-online.de

Elmar Klink, Jg. 1953; freier Autor; 1978–83 Studium der Sozialarbeit und Sozialwissenschaft in Bremen; Kriegsdienstverweigerung 1971 und Zivildienst 1976/77 beim Sozialen Friedensdienst Bremen e.V. in der ge-



Elmar Klink

meindlichen Kindergarten- und offenen Jugendarbeit; frühere langjährige Berufstätigkeit in Beratung und Öffentlichkeitsarbeit einer Bundesgeschäftsstelle für evangelische Friedensarbeit; aktiv in Gewaltfreier Aktion, Antikriegs- und Friedensbewegung; Mitarbeit an politischen Zeitungen; Aufsätze und essayistische Beiträge; lebt in Bremen.

Rezensionen

„Die Fertigmacher“

Wie Unternehmen unliebsame Arbeitnehmer(inn)en bekämpfen.

Von Elmar Klink

Zu Werner Rügemer/Elmar Wiggand: Die Fertigmacher – Arbeits-Unrecht und professionelle Gewerkschaftsbekämpfung. Papy-Rossa Verlag, Köln 2017 (3. Auflage); 261 Seiten, 16,90 Euro.

Dieses Buch hätte in-
zwischen einen ge-
werkschaftlichen oder
Medien-Preis verdient. Es er-
scheint nun in 3. überarbeiteter
und erweiterter (verbesserter)
Auflage und hat als Lesestoff
Sprengkraft. Es ist Report, Do-
kumentation, anleitendes Hand-
buch und Nachschlagewerk in
einem. Es handelt von den viel-
fältigen, in Betrieben gezielt
von Eigentümern und ihren
Helfershelfern angewandten
Methoden und Strategien ge-
gen das Menschenrecht der Be-
schäftigten auf eine menschen-
würdige Arbeit und darauf,
sich dabei einzeln und ge-
meinsam zu organisieren.

Klar findet derzeit in den Be-
trieben hierzulande außerhalb
von Industrie + Arbeit 4.0 keine
Revolution statt und sind die
Gewerkschaften in der Regel
keine Kampforgane ihrer Mit-
glieder mehr, wie sie es in Kri-
senzeiten und Konfliktlagen
sein sollten. Belegschaften müs-

sen mitunter allzu passive Ge-
werkschaftsfunktionäre wie ein-
nen Hund zum Jagen tragen.
Genau da setzt dieses Buch an.
Es räumt auf mit dem ver-
meintlichen äußeren Eindruck,
als wäre in der BRD alles sozia-
lpartnerschaftlich befriedet
an der Arbeitsfront. Und wäre
soweit an Arbeitsplätzen schon
alles weitgehend in demokra-
tischer Ordnung, wie es die
Kanzlerin übertüchend aus-
drücken würde. Aber nichts ist
in Ordnung, es rumort an sehr
vielen Stellen, beständig, und es
wird aufgezeigt, wo mit Gegen-
wehr angesetzt werden kann
und muss. Dass Menschen da-
bei in erster Linie auf Gewerk-
schaften setzen müssen, steht
außer Frage. Die Frage ist hin-
gegen, wie sich dieses Verhält-
nis im Einzelnen ausnimmt,
und welche Erfahrungen Ar-
beitnehmende dabei im Durch-
gang machen oder machen
müssen. Das ist der andere
zentrale Fokus dieses Buches.
Denn was wären die Gewerk-
schaften letztlich ohne diese
in Tageskämpfen aktiv stehen-
den Arbeitenden? Der „Appa-
rat“ oben ist das eine, was un-
ten an der Basis geschieht, das
andere. Beides ist oft nicht
mehr miteinander richtig ver-
mittelt.

Die Auseinandersetzungen
an Arbeitsplätzen, die stattfin-
den, und das mehr oder weni-





ger ständig und täglich überall, sind, wie die im Abschnitt Konfliktporträts beschriebenen Beispiele im Buch zeigen, sehr oft Kämpfe von kleinerem Ausmaß, mit lokalem, ja manchmal nur einzelbetrieblichem Charakter. Etwa wie beim monatelangen Neupack-Streik 2012/13 in Rotenburg/Wümme (bei Bremen), einer Verpackungsfirma des Familienunternehmens Krüger, dessen Hauptsitz sich in Hamburg-Stellingen befindet. Da floss beim ersten Streik der IG BCE seit 1972 viel politische und arbeitersolidarische Unterstützung von Bremen zur niedersächsischen Kleinstadt vor den Toren im Osten der Hansestadt. Das Hauptziel, ein hauseigener Tarifvertrag, konnte zwar am Ende bei zuletzt zweifelhafter Flexi-Streik-Strategie (noch) nicht durchgesetzt werden, aber es kam zu kleineren Etappenerfolgen, wie dem Abschluss einer Betriebsvereinbarung, die schlimmste Auswüchse bei der Lohngestaltung verhindern soll. Ferner konnten eine vollbezahlte 38-Stundenwoche und eine Lohnpalette von mind. 9 bis 18 Euro pro Stunde ausgehandelt werden (siehe den Beitrag Neupack – Streikbruch durch Leiharbeiter, S. 218-222). Weitere Konfliktberichte beziehen sich u. a. auf den Automobilzulieferer DURA im Sauerland (in 3. Aufl. neu), die Solarfirma HatiCon in Brandenburg, United Parcel

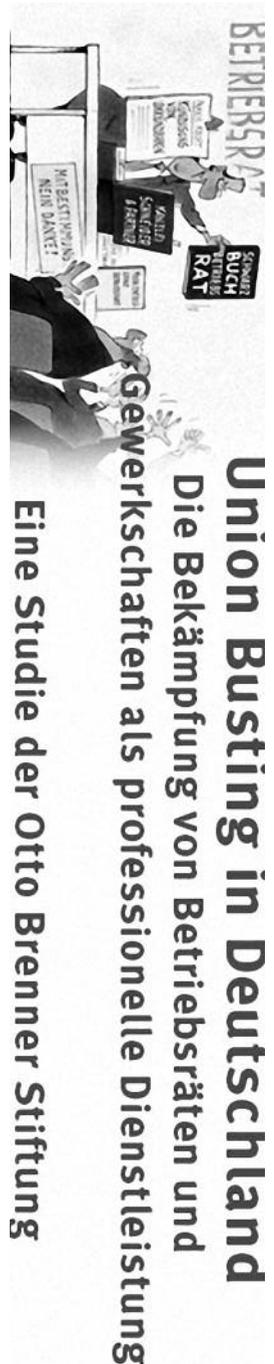
Service, Atlas in Delmenhorst (b. Bremen), Edeka, nora systems/capiton AG. Und zu passender Zeit wird bei Neupack auch das Tarifthema wieder auf der Tagesordnung stehen. Das minimal Erreichte setzt sich in den Köpfen fest. Die geübte und erfahrene Solidarität untereinander und von außen prägt und haftet in der Erinnerung. Das ist manchmal vielleicht entscheidender als die Erfüllung weitgehender materieller Forderungen. Der Fisch beginnt zwar am Kopf zu stinken, aber man muss ihn von der Schwanzflosse her aufschneiden, könnte man auf gut Küstendeutsch sagen.

Die beiden Autoren, Rügner, Publizist und Lehrbeauftragter in Köln und Wigand, Journalist, Betreiber des Blogs arbeitsunrecht.de, lassen es sich nicht nehmen, in die dritte Auflage durch ein ausführliches und informatives Vorwort (S.9-19) selbst einzuführen und dabei die Schwerpunkte und Absichten ihres Buches zu erläutern. Dabei empfehlen sie, es wie ein Lesebuch und Lexikon anzusehen und zu benutzen. Gleich zu Beginn bemühen sie ein im Grunde gar nicht so sperriges Zitat von Hegel aus dem Vorwort zur Phänomenologie des Geistes, wonach sinngemäß das Bekannte nicht deshalb, weil es bekannt ist, auch erkannt wäre. Ein wichtiger Aspekt ist dabei das Phänomen des „Union Busting“, ein

Begriff, den sie in die politische und juristische Debatte einführten. Gemeint ist damit der gezielte und konzertierte unternehmerische, antigerwerkschaftliche Kampf und das Vorgehen gegen betriebspolitisch aktive Arbeitnehmende, der mehr und mehr, aus den USA kommend, auch in der deutschen Unternehmens- und Betriebsrealität Einzug hält. Zu diesem Zweck bedienen sich die Unternehmen einer Reihe von „Fuß-Soldaten“, Helfern und Assistierenden, die als „Fertigmacher“ auf die Betriebssituation und unliebsame Kontrahenten angesetzt werden. Dazu gehören Wirtschaftskanzleien, spezialisierte Arbeitsrechtler, PR-Agenturen, Wirtschaftsdetekteien und Sicherheitsspezialisten, Medienkanzleien, unternehmensfinanzierte Universitäts-Institute, Stiftungen, Unternehmensverbände und -berater. Aus ihnen rekrutiert sich das Personal, das eine verschärfte exekutive Version dessen darstellt, was man im Fachjargon bisher vornehm „Organisationsentwickler“ (Rationalisierer) genannt hat. Frühere Bezeichnungen waren z. B. der „Refa-Mann“, der in Betrieben Zeitmessungen für Arbeitsprozesse vornahm (Wenn der Refa-Mann kommt ...), damit diese im Sinne der Kapitalisten kontrolliert zeitoptimiert werden konnten. Aber inzwischen sind Menschen direkt Zielscheibe von

Maßnahmen. Rügemer/Wigand sprechen von einem „verdeckten schmutzigen Krieg“ in den Betrieben, „zu dessen wesentlichen Bestandteilen Unwissenheit, Desinteresse, kleinteilige Beschränkung und Desorientierung gehören“ würden (Vorwort). Und davon, dass es die Gewerkschaften in diesem Krieg sträflicherweise an einer eigenen klaren Gegenstrategie missen lassen.

Nun ist natürlich diese personale Seite des Grundwiderstands Kapital – Arbeit nichts Neues, und auch in den Gewerkschaften ist dies bekannt und weiß man darum. Rügemer/Wigand: „Dass in Deutschland unliebsame Beschäftigte systematisch fertig gemacht werden, weiß seit den 1990er Jahren im Grunde jeder tüchtige Gewerkschaftssekretär – solange er sich abseits der verbliebenen Gewerkschaftsbastionen um Tuchfühlung zur betrieblichen Basis bemüht. Ebenso wissen gewerkschaftsnahe Rechtsanwälte aus eigener Praxis, welche dramatische Ausmaße innerbetriebliche Konflikte rund um Mitbestimmungsthemen, substanzlose Abmahnungen und fingierte Kündigungen annehmen können“ (Vorwort). Weitaus weniger herumgesprochen habe sich dies hingegen unter deutschen Sozialforschern, Uni-Dozenten, Richtern, Staatsanwälten und Journalisten, die die gängige Tendenz zur Betriebsräte-Zer-





mürbung als unzusammenhängende Reihe bedauerlicher Einzelfälle registrierten.

Wissen und benennen sei, so Rügemer/Wigand, nicht automatisch = erkennen (s. Hegel), ganz im Sinne einer Konfliktpartei, die Informationen über den Gegner sammelt, dessen Stärke und Pläne erforscht, Strategien und Methoden studiert. Um daraus einen eigenen Verteidigungsplan zu entwickeln. Neu ist aber das Ausmaß und die Zuspitzung auf Unternehmenseite. Noch in den ersten, seit 2014 erschienenen beiden Buchauflagen hätten sie schreiben können, dass sie ein breites Einbrechen amerikanischer Union-Busting-Machenschaften durch Kanzleien und Berater in den deutschen Markt so nicht feststellen können. Dies müssten sie mittlerweile jedoch revidieren, und sie führen im Abschnitt Private Akteure und Dienstleister (S. 79–154) eine Reihe von Namen und konkreten Beispielen auf. Mit dieser Liste eng korrespondieren, auf das Buch verteilt, auch zahlreiche eingearbeitete Personenporträts (S.72–226f.), die Ross und Reiter auf Kapitaleseite und ihre Betätigungsfelder benennen. Insgesamt habe man in der Neuauflage das Register um 50 Einträge erweitern können. Zudem sei das systematische Fertigmachen von Betriebsräten (BRen) und Gewerkschaftsaktiven auf der Website [\[beitsunrecht.de\]\(http://beitsunrecht.de\) gut dokumentiert.](http://www.ar-</p></div><div data-bbox=)

Ein Schwerpunkt des Buches liegt denn auch naturgemäß auf der Gewerkschaftsseite. Wie werden das Thema und die Problematik dort wahrgenommen, was wird dagegen unternommen? Und da liegt doch so einiges im Argen und ist schlicht unzureichend. Die Autoren begrüßen zwar die Beschlüsse von 2015 auf den Gewerkschaftstagen von IG Metall und ver.di gegen professionelle Zermürbung von Gewerkschaftsaktiven und BRen. Ebenso die Einrichtung einer Website von DGB und DGB Rechtsschutz GmbH www.stopunionbusting.de, die im Sommer 2016 online ging. Doch geben sie auch grundlegende Mängel bei der DGB-Kampagne Stop Union Busting! zu bedenken.

So halten sie

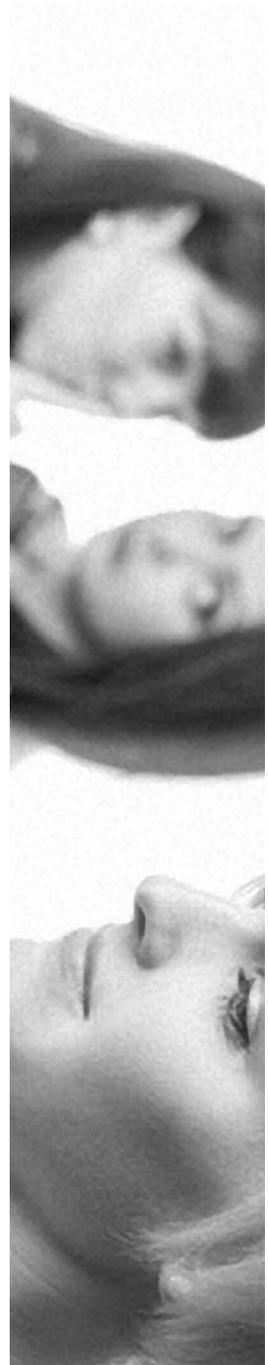
1. die Anweisung auf der Website, sich für Hilfe grundsätzlich zunächst an die nächste örtliche Verwaltungs- oder Geschäftsstelle zu wenden für einen strategischen Fehler. Deren chronische Überlastung, Überdehnung und Ausdünnung sei gerade eine der Entstehungsbedingungen für Union Busting. Dagegen fordern sie eine zentrale Anlaufstelle.
2. Zum Thema Mobbing. Bestimmte Unternehmensjuristen wie Naujocks (u. a. S. 90-94; 96-98) und Schrei-

ner+Partner (S. 96-99) hätten nahezu ungehindert seit 2001 ihr Business flächendeckend ausgedehnt. Eine gut geölte Mediationsindustrie habe die Mobbing-Thematik verkürzend als „zwischenmenschliches atmosphärisches Problem“ umgedeutet und blendet damit strukturelle Hintergründe aus. Das Mittel Mobbing-Tagebuch sei problematisch und sogar gefährlich. Würden sich die Betroffenen erstmal als Mobbing-Opfer wahrnehmen, bestünde leicht die Gefahr, dass sich dies als Rutschbahn in die Depression und andere seelisch bedingte Erkrankungen erweisen könnte. Mobbing-Verfahren seien zudem vor Gericht, wozu das Tagebuch dienen soll, selten erfolgreich. (Dem, dass man in so einer Situation gleichwohl ein persönliches Protokoll führen sollte, steht ja nichts entgegen). Dagegen betonen sie als wirksamstes Rezept die Organisierung mit anderen zusammen aus der Belegschaft. Gegen Burn-out und Depression helfe ein örtliches Solidaritätskomitee.

3. Die Verengung auf BRe. Sie hält möglicherweise Menschen ab, die ohnehin gewerkschaftsskeptisch sind. Die DGB-Kampagne verkürze Union Busting auf BR-Bekämpfung. BRe stünden

als vor Kündigung weitgehend Geschützte dann im Fadenkreuz, wenn sie ihre Stellung konsequent für die Belegschaft nutzen. Primäres Ziel der Fertigmacher ist, so die Autoren, die Senkung des Lohnniveaus und die Erhöhung der Flexibilität und Verfügbarkeit der menschlichen Arbeit. Die Bekämpfung von BRe sei nur ein Mittel, dies zu verfolgen. Rügemer/Wigand weisen auch auf die Gefahr hin, bei einer Verengung auf betriebliche Gewerkschaftsbelange und Verlust des Blicks auf das Ganze kursierende Vorurteile vieler Arbeitnehmenden gegenüber Gewerkschaften zu bestätigen.

4. Herstellen politischer Zusammenhänge. Hier zielen die Autoren mit ihrer Kritik auf die globalen Rahmenbedingungen ab. Damit sind als Beispiel die Verhandlungen über Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA gemeint. Die deutschen Gewerkschaften hätten sich dabei zu lange auf Zusagen und Vorgaben der EU-Politik und Bundesregierung verlassen und seien ihnen zu unkritisch gefolgt. Es ginge aber darum, gerade die Verbindung solcher neoliberaler Großprojekte mit ihren Folgen von transatlantischen Fusionen, Firmenaufkäufen und Betriebszerschlagungen mit den örtli-





chen Kämpfen um BRE, Tarifverträge und gewerkschaftliche Betätigung herzustellen und den Arbeitnehmenden durchsichtig zu machen. Einzelne betriebliche Auswüchse und Grausamkeiten ließen sich oft erst mit Blick darauf richtig begreifen.

In weiteren Abschnitten äußern sich die Autoren im Kontext über die Probleme, die Hans-Böckler-Stiftung und Sozialwissenschaftliches Gewerkschaftsinstitut (WSI) allein schon mit dem Begriff Union-Busting hätten, den sie bisher vermeiden, eine kritische Berichterstattung im Fadenkreuz und eine sich verschärfende Gangart sowie das

mutwillige Schleifen von Filialen. Schließlich plädieren sie in einer Schlussbemerkung des Vorworts: „Die Herausforderung der kommenden Jahre wird es sein, eine Antwort auf die Willkürmaßnahmen asozialer bis krimineller Unternehmer zu finden. Es gilt, sowohl ihre Methoden als auch ihren unrechtmäßig angehäuften Reichtum zu dokumentieren und zu ächten – und dabei gerechte Wut statt blinden Hass zu erzeugen sowie kreativen Widerstand statt Resignation und Zynismus.“ Dem Buch möchte man im Sinne dieser Aussicht eine möglichst große Verbreitung und rege Lektüre wünschen.

Bremen, 17.9.2017

Gustav Landauer: Werkausgabe – Eine Jahrhundertedition

Von Elmar Klink

Gustav Landauer: Werke in (bisher) 12 Bänden. 2008–2016. Verlag Edition AV, Lich/Hessen

Seit 2008 hat der kleine anarchistisch-libertäre Verlag Edition AV im nordhessischen Lich bei Giessen damit begonnen, eine sehr beachtenswerte Edition Ausgewählte Werke (jetzt: Werkausgabe) des jüdischen Anarchisten, Revolutionärs, Sozialisten, Kulturphilosophen, Literaten und Übersetzers Gustav Landauer herauszugeben. Inzwi-

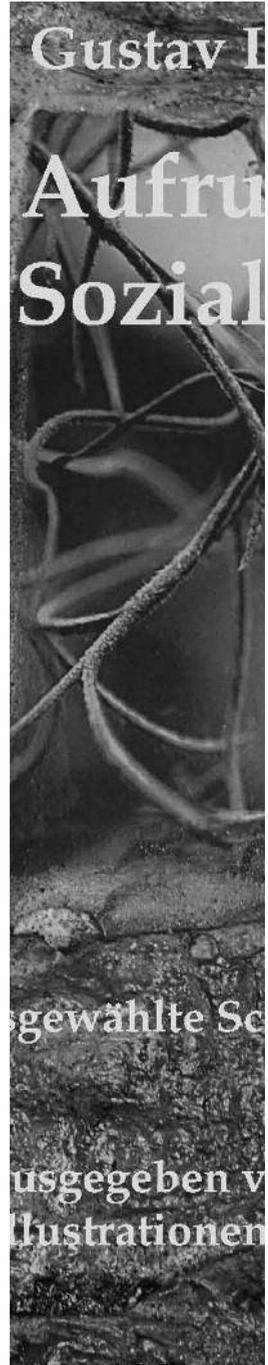
schen sind in der stattlichen Reihe 12 Bände erschienen, wobei die beiden Teilthematiken „Antipolitik“ und „Literatur“ in je zwei Teilbänden erschienen sind. Sind anarchistische Verlage hierzulande ohnehin nicht gerade zahlreich und müssen zumeist permanent am Rand einer Geschäftsexistenz darben, so ist solch ein Projekt mehr als ein Riesengewicht, das es bislang zu stemmen galt und weiterhin zu bewältigen gilt, auch wenn das Wichtigste inzwischen geschafft ist und vorliegt. Schon darum gebührt dem Verleger Andreas Hoh-

mann, all seinen Verlagsmitarbeitenden sowie besonders dem Publizisten und Herausgeber Siegbert Wolf (Jg. 1954) Anerkennung, Lob und Dank!

Man wird bei Übersicht der bisherigen Edition aus den Inhalten und Themen gewahr, wer und was mit Gustav Landauer für ein bedeutender und einmaliger Vertreter des deutschen Anarchismus gelebt, gewirkt und gelitten hat. Ja, am Ende auch gelitten, denn er wurde in der ersten kurzen Phase der beiden linken bayrischen Räterepubliken, in welcher Landauer neben geistesverwandten Mitstreitern wie Ernst Toller, Erich Mühsam und dem Freiwirtschaftstheoretiker Silvio Gesell für etwa 10 Tage(!) Beauftragter, also quasi Minister für Volksaufklärung war, von rechten Freikorps verhaftet und am 2. Mai im Zuchthaus Stadelheim bestialisch ermordet. „Erschlagt den Landauer!“ Das war damals eine gängige Hetzparole der extremen nationalistischen Rechten bei Kundgebungen auf der Straße und in Zeitungspamphleten, was den Mordentschluss seiner Gegner sicher wesentlich mit befördert und erleichtert hat. Der gleichfalls vor Anschlägen gegen sein Leben vorgewarnte Kurt Eisner – „man kann ... mich ja nur einmal totschießen“ –, der aus der Sozialdemokratie kommende, unabhängige Sozialist, Schriftsteller und Ministerprä-

sident der ersten libertären Münchner Räteregierung, der nur kurz zuvor dem Pistolenattentat des rechten Grafen Arco zum Opfer fiel, hatte Landauer mit dem einzigen Auftrag der „Umbildung der Seelen“ nach München geholt. Es gibt nur noch einen (oder bestenfalls mit Erich Mühsam zwei) anderen „Titanen“ des deutschen Anarchismus, der eine vergleichbare Bedeutung und langjährige Wirkkraft bis in die 1950er Jahre hinein entfaltete und nationale wie internationale Reputation hatte, und das war Rudolf Rocker (1873–1958). Alle drei sind heute, allgemein gesehen, so gut wie Vergessene und Unbekannte. Umso mehr ist mit der besorgten AV-Edition der politischen Erinnerung an einen von ihnen und Wiederaufnahme seiner Gedanken ein Glücksfall widerfahren.

Bereits davor hatte der kleine gewaltfrei-anarchistische Verlag Graswurzelrevolution, der eng mit der gleichnamigen, 1972 gegründeten Zeitschrift zusammenhängt, sich mit Vorarbeiten an das riesige Vorhaben gewagt und eine Subskription ausgeschrieben, in deren Verlauf es allerdings zwischen dem Verlag und einem der zentralen Mitwirkenden, Siegbert Wolf, zu das Verfahren betreffende Unstimmigkeiten und schließlich Ende der Zusammenarbeit kam, bevor sie richtig Gestalt annehmen konn-





te. Von Landauer waren im Lauf der Jahrzehnte nach seinem frühen Tod, besonders wieder seit den späteren student(inn)enbewegten 1960er Jahren immer wieder Neu- bzw. Wiederherausgaben von einzelnen wichtigen Werken und Aufsatzsammlungen in verschiedenen bearbeiteten Bänden erschienen, darunter solche Schriften wie „Die Revolution“ (1907), „Aufruf zum Sozialismus“ (1911), „Der werdende Mensch“ (Neuauf. 1980) oder „Skepsis und Mystik. Versuche im Anschluss an Mauthners Sprachkritik“ (1903). Immer wieder machten sich Kleinverlage, aber auch renommierte Häuser wie EVA, Suhrkamp oder Luchterhand daran, vor allem Aufsätze von Landauer in einzelnen Sammelbänden (Anthologien) herauszugeben. Jede Seite pickte sich praktisch das heraus und stellte es in den Vordergrund, was von Landauers Werk ihrer eigenen Intention entsprach. So entstand über die Editions-lage ein ziemlich verzweigtes und unübersichtliches Bild, durch das sich der Herausgeber einem Wust gemäß hindurchfinden und hindurcharbeiten musste. Kein einfaches Unterfangen, vor allem eines, das viel Zeit, Geduld und Beharren abverlangen würde und auch abverlangte. Dennoch, das Projekt ist mittlerweile weitgehend gediehen und gelungen und soll, wenn man

den Verlegerworten trauen möchte, „alles von Landauer“ peu à peu wieder zu veröffentlichen, irgendwann auch einen Abschluss finden, der noch nicht absehbar scheint. Dann wird es sich „Gesamtwerk“ oder „Sämtliche Werke“ nennen dürfen.

Bisher sind folgende 12 Bände erschienen: 1. Internationalismus (2008); 2. Anarchismus (2009); 3.1 Antipolitik, Teilband 1 (2010); 3.2 Antipolitik, Teilband 2 (2010); 4. Nation, Krieg und Revolution (2011); 5. Philosophie und Judentum (2011); 6.1 Literatur, Teilband 1 (2013); 6.2 Literatur, Teilband 2 (2013); 7. Skepsis und Mystik (2011); 8. Wortartist. Roman, Novelle, Drama, Satire, Gedicht, Übersetzung (2014); 9. Birgit Seemann: „Mit den Besiegten“. Hedwig Lachmann (1864–1918). (Lachmann war Landauers Frau und politische Lebensgefährtin); 10. Tilmann Leder: Die Politik eines „Antipolitikers“. Eine politische Biographie von Gustav Landauer (2014); 11. Aufruf zum Sozialismus (2016); 12. Hölderlin in seinen Gedichten (2016);

Gustav Landauer (1870–1919) ist trotz seiner relativ begrenzten tätigen Lebensspanne ein anarchistischer Autor und revolutionärer Aktivist, der nicht nur selbst vielseitig kulturell orientiert und politisch engagiert war. Als „Antipolitiker“ und „Antiideologe“ erfuhr sein Werk und persönliches Wir-

ken über die Jahrhundertwende hinweg auch von durchaus verschiedener Seite, von revolutionär-politischer bis zu lebensreformerisch-alternativer (Monte Verità) und auch religiös-sozialistischer eine für einen Anarchisten bemerkenswert „bunte“ und differenzierte Rezeption. Das vielfältige Echo auf ihn widersprach (und widerspricht) dem Eindruck, man habe es mit Anarchie und Anarchismus mit einer relativ hermetischen, einseitigen, radikalen Theorie und Ideologie zu tun, einer gewalttätigen Bewegung womöglich, die gegen den Willen der Menschen den Staat abschaffen, Gott und die Religion bekämpfen und das allgemeine Chaos erzeugen und schüren will. Noch heute sprechen renommierte bürgerliche Medienvertreter(inn)en, wenn sie von Staatszerfall, Volksaufuhr, blutigen Unruhen und bürgerkriegsartigen Kämpfen überall auf der Welt berichten, gerne mutmaßend davon, dass dort „Anarchie herrsche“. Abgesehen davon, dass Anarchie nicht „herrscht“, sondern Nichtherrschaft oder Herrschaftslosigkeit bedeutet, was die freie vertragliche Vereinbarung und egalitäre Assoziation zugrunde legt, verraten sie heute damit lediglich ihr politisches und historisch-philosophisches Halb- oder Unwissen bzw. wider besseres Wissen ihre Absicht, das A im runden Kreis und seine

Anhänger(inn)en zu diffamieren, herabzuwürdigen und sogar zum Symbol für linksextremistischen „Terrorismus“ zu entstellen. Mit all dem hat Anarchie und Anarchismus als Idee, Lehre, Philosophie, Überzeugung, Lebensart usw. wenig bis nichts zu tun. Landauer gehörte als Vertreter eines ethischen Anarchismus zu denen, die dies unentwegt betonten und in schier zahllosen Äußerungen schriftlicher und rednersicher Art kämpferisch zum Ausdruck brachten.

Hier ist nicht der Platz, Landauers Leben und Wirken im Detail nachzuzeichnen und die Epoche, in der er lebte, in Ereignissen und Abläufen wiedererstehen zu lassen. Eine sehr brauchbare übersichtliche Darstellung lieferte Siegbert Wolf mit dem Junius-Bändchen „Gustav Landauer zur Einführung“ (1988). Nur drei Aspekte seien näher angesprochen und kurz nachgezeichnet. Landauers Physis war von hagerer, großgewachsener Gestalt, sein später von einem vollen Bart umrahmtes Gesicht wirkte dünn und knöchern, fast asketisch und trug markante Züge mit eingefallenen Augen wie fast bei einem Hungernden. Er wirkte wie ein bereits halb vergeistigtes Wesen, wenn er mit einem langen dunklen Mantel und Hut dahin schritt. Schon von daher verkörperte er nicht den Typ des robusten Straßenkämpfers oder körperlich prä-





senten Militanten. Er war immer Mann und Repräsentant des Geistes und Geistigen, wengleich stets in scharfer sprachlicher Präzision. Er vertrat als besonders vor und im I. Weltkrieg gegen Krieg und Militarismus anschiebender und agierender Pazifist und Antimilitarist die Position der Nichtgewalt in der Politik, der Überzeugung, wenn nötig auch in scharfer zugespitzter Rede und vermittelndem Gespräch, des Vorlebens am Beispiel. In seinen Sammel-Schriften „Aufruf zum Sozialismus“ und Aufsätzen in der Zeitschrift „Der Sozialist“ vertrat er den Gedanken, nicht auf politischen Machtwechsel und den Tag des einmaligen und womöglich gewaltsamen Umsturzes des Bestehenden zur Errichtung von etwas Besseren, Neuem zu warten und abzielen. Die Menschen sollten vielmehr selbstbewusst damit beginnen, sich praktisch für ihre Ideen einzusetzen und zu Tat und Werk schreiten, wenn es auch nur in bescheidenen ersten Ansätzen und Ausmaßen geschehen könnte. Das entschiedene Tun und Werden stand für ihn im Vordergrund. Der kommunitäre alternative Aufbruch nach dem 68er-Kulturschock knüpfte daran z. B. an.

Die vielen kleinen begonnenen Initiativen sollten sich dann zu förderieren suchen und einen Sozialistischen Bund begründen als eine politische

Kraft und Bewegung im Aufbau. Landauer vertrat die Idee des freiheitlichen Föderalismus. Es kam daher nicht von ungefähr, dass er für viele auch noch nach seinem Tod zu einem Weckrufer und Anreger von Siedlungsprojekten wie ab 1920 für die urchristlichen Bruderhof-Gemeinschaften um den Theologen und persönlichen Freund Eberhard Arnold in der hessischen Rhön südlich von Fulda wurde, wo sie heute u. a. in Sannerz wieder eine kleine Gemeinschaft bilden. Oder, noch viel weiter gesteckt, die Bewegung für Siedlung und Kommunität in Form der jüdischen Kibbuzim und sozialistischen Genossenschaften in Palästina, die, obwohl unter 3% Anteil in der jüdischen Bevölkerung, später mit zur Keim- und Gründungszelle des Staates Israel wurden. In der versprengten europäischen und überseeischen Diaspora des jüdischen Volkes hatten Anarchie und Anarchismus immer eine starke sichere Heimstatt, was auch mit egalitären, autonomen und freiheitlichen Elementen und Traditionen in der Geschichte des Volkes Israel zu tun hat. Gleichwohl war der nicht praktizierende Jude Landauer weit davon entfernt, politischer Zionist im Sinne eines jeden Preis den nationalen Judenstaat betreibenden Theodor Herzl zu sein. Der Spruch, „Zionist‘ kann man sein, da-

mit ist nichts gegen die Natur des andern, nur etwas für die eigene gesagt; Antisemit, das geht nicht unter Menschen“, stammt von Landauer. Zeitlebens verband ihn mit dem jüdischen Sozialisten und Religionsphilosophen Martin Buber eine enge, einander gegenseitig beeinflussende und ergänzende, tiefe Freundschaft. Dieser Ansatz schließt den der gewaltsamen Konfrontation oder bewaffneten Überrumpelung und Unterdrückung aus, wie sie heute oftmals vom israelischen Staat gegenüber seinen Nachbarn und den Palästinenserinnen ausgeübt werden. Landauer wollte die Herzen und den Geist der Menschen gewinnen und überzeugen, ihr freiwilliges Mitwirken entfachen, Getreue sammeln. Auch wenn es im nahen Umfeld seiner Münchner Rätezeit nicht ohne verteidigende Gewalt mit Waffen ging. Diese stand aber nie in einem auch nur vergleichbaren Verhältnis mit der Gewalt und dem Terror des Reichswehr-Militärs und militanter Freikorps von rechts, hinter denen die politische Reaktion stand, welche schließlich das Räteexperiment in Bayern und auch anderswo in höchstem Staatsauftrag blutig mit vielen Verletzten, Verhafteten und Toten abwürgten und benetzten. Was dann bald folgte, waren die braune Gewalt auf der Straße, Verfolgung und Terror gegen Minderheiten, Ver-

nichtungs- und Todeslager und Kriege gegen ganze Völker. So gesehen, steht Landauer auch für ein „anderes Deutschland“ des Friedens, der Freiheit und der kulturellen Verständigung, was gerade heute in Zeiten der breiten, hässlichen Abwehr gegen die Flüchtlinge der Welt ein ermutigendes Zeichen ist.

Die Landauer-Edition bei AV vermittelt nahezu vollständig den „ganzen“ Landauer: den politischen wie kulturellen, den weltlich-jüdisch-religiösen wie atheistischen, den radikalen revoltierenden wie den zu sozialen Reformen gewillten, den wortartistisch-literarischen wie mystisch-sprachkritischen – den Menschen, Politiker, Denker, Philosophen, Kropotkin-, Tagore- und Shakespeare-Übersetzer und begabten Redner. Es ist eine überreiche Fundgrube, die da auf jeden/jede Lesende/n wartet. Illustrationen zur Reihe lieferte der Künstler Uwe Rausch. Alle Bände sind in kartonierter Aufmachung bis auf die große umfangreiche Biografie (Bd. 10) und Bd. 5 (22 Euro) mit 18 Euro Kosten erschwinglich veranschlagt, bei unterschiedlichem Umfang zw. ca. 250 bis 450 Seiten. Wer Näheres erfahren und sich genauer über den Editionsplan informieren möchte, kann dies über die Verlags-homepage tun: www.edition-av.de.

Bremen, 19.9.2016.



Rote Fahnen, bunte Bänder

Von Günter Zwanzig

Manfred Blänkner / Axel Bernd Kunze (Hg.): *Rote Fahnen, bunte Bänder, Korporierte Sozialdemokraten von Lassalle bis heute*, Bonn: J.H.W.Dietz Nachf., 2016, ISBN 978-3-8012-0481-5

Politische Kultur braucht Agonistik, Wettstreit um die bestmöglichen Lösungen der Probleme, dies alles beruhend auf der Akzeptanz der gemeinsamen freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

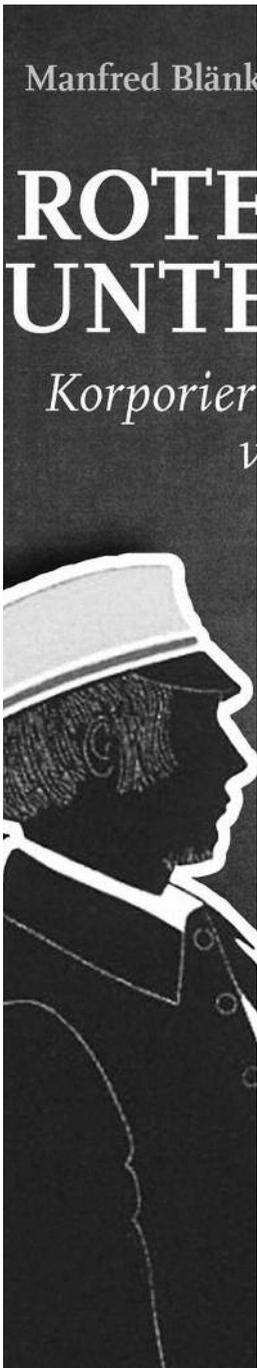
Das vorliegende Buch, mit einem Vorwort von Erhard Eppler, zeigt auf, dass diese Wertvorstellungen heute keineswegs selbstverständlich sind. Eindeutig hat Eppler deshalb hervorgehoben, dass „eine demokratische Volkspartei nicht die Herkunft derer zu untersuchen und zu bewerten pflegt, die ihr beitreten wollen.“ Als Beispiel hat er Adelige wie Georg von Vollmar und Waldeemar von Knoeringen genannt, die der „Arbeiter-Partei“ SPD wesentliche geistige Impulse gegeben haben.

Der aus dem Arbeitskreis sozialdemokratischer Korporierter (AKSK) entstandene Lassalle-Kreis ist geradezu ein Musterbeispiel für die so notwendige Einübung in eine politische Kultur. So muss der Einzelne in seiner Korporation sei-

ne Überzeugung einbringen im Austausch mit Bundes-schwester und Bundesbrüdern aus anderen politischen Parteien, alles unter dem gemeinsamen Verbindungsideal integrieren. Außerhalb seiner Verbindung muss er in seiner politischen Umgebung für sein Engagement als Korporiertem Verständnis wecken. Dies ist in der SPD besonders schwierig, da nicht unbeträchtliche Teile, vor allem die jüngeren Mitglieder, sich mit einer differenzierten und toleranten Betrachtung schwer tun. Beim Lesen des Buches wird klar, welche wertvollen und durchaus zu ihr passenden Kreise die SPD zurückstoßen würde, wenn sie sich unsachgemäß allen Korporierten verschließt.

Dem Buch vorangestellt ist der – gegenüber der Fassung von 1998 – neu überarbeitete Beitrag von Peter Brandt „Das Erbe der Urburschenschaft.“ Ohne diesen historischen Hintergrund wären die folgenden einzelnen Beiträge unverständlich.

Es ist ein besonderes Verdienst der beiden Herausgeber, die im Wimgolfsbund bzw. im Cartell Christlicher Burschenschaften und im SB verankert sind, in mühevoller und jahrelanger Arbeit über 30 Biographien sowie aktuelle und persönlich gehaltene Beiträge von korporierten Sozialdemo-



krat(inn)en zusammengestellt zu haben.

Das Buch enthält nicht nur Biographien bekannter korporierter Sozialdemokraten. Man hat sich bewusst beschränkt auf „Genossen, die Zeit ihres Lebens sowohl der SPD als auch ihrer Verbindung die Treue hielten, halten konnten und halten durften“ (S. 15). So werden Ernst Reuter (langjähriger Regierender Bürgermeister in Berlin) und Leonhard Ragaz (führender Religiöser Sozialist) nur erwähnt, da sie beide Merkmale zugleich nicht erfüllten. Unter den erwähnten Politikern ist kein Mitglied der österreichischen SPÖ und ebenso nicht einer katholischen Studentenverbindung. Hier dürfte in Deutschland inzwischen ein Wandel eingetreten sein, wofür die Zusammensetzung des Lassalle-Kreises ein gutes Beispiel abgibt. Die aus christlich geprägten Verbindungen stammenden Sozialdemokraten waren zugleich religiöse Sozialisten (z.B. Karl Barth, Christoph Friedrich Blumhardt, Paul Tillich), während umgekehrt zahlreiche Verbindungsstudenten, die zu den religiösen Sozialisten zählten, nicht gleichzeitig auch Mitglieder einer sozialdemokratischen Partei waren.

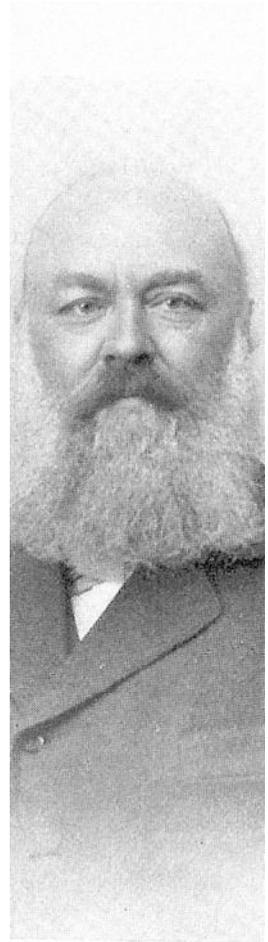
Es werden auch Themen behandelt, die von allgemeinem Interesse sind, z.B. zum Verhältnis der Sozialdemokratie zu studentischen Verbindungen, zu ihrem Bild in der öffent-

lichen Meinung sowie zum Rechtsextremismus. Auch werden persönliche Erfahrungen korporierter Sozialdemokrat(inn)en wiedergegeben. Schließlich wird als positives Beispiel der Integration der burschenschaftlichen Bewegung in die Öffentlichkeit die 2015 in Schwarzburg errichtete Straße der Menschenrechte beschrieben.

Ein besonderer Abschnitt widmet sich der Zukunft der reinen Männerbünde und der Aufnahme von Studentinnen in gemischte Studentenverbindungen bzw. der Gründung reiner Damenverbindungen. Axel Bernd Kunze plädiert hier für ein tolerantes Miteinander der drei verschiedenen Darstellungsformen in einem Dachverband, das es allerdings bislang nur beim Schwarzburgbund (SB) und dem Sondershäuser Verband (SV) gibt.

Das Buch bringt zum Schluss Abhandlungen über die Geschichte und das Wesen des Lassalle-Kreises.

Es wäre wünschenswert, wenn auch andere politische Parteien derartige Schriften herausgeben würden, um das Bewusstsein demokratischen Miteinanders zu stärken. Die Lektüre des Buches ist allen zu empfehlen, die sich über die Vielfalt der Geschichte der Demokratie bis in die Gegenwart hinein informieren wollen.



Bundesnachrichten

Reinhard Gaede ist 75. Herzlicher Glückwunsch!

Am 2. Oktober wurde Pfarrer i. R. Dr. Reinhard Gaede, Sprecher und Vorstandsmitglied des Bundes Religiöser Sozialist(inn)en (BRSD) und Schriftleiter seiner Zeitschrift CuS. Christ(in) und Sozialist(in). 75 Jahre alt. Damit erreicht er nicht ganz das Alter des Bundes, der im vergangenen Jahr unter seiner Federführung sein 90-jähriges Bestehen in einer Jubiläumsfeier am Bodensee, Schloss Meersburg, beging. Seit etwa Mitte der siebziger Jahre bestimmte er in verschiedenen Funktionen und Tätigkeiten wesentlich dessen Geschicke und Richtung mit.

Damals konnte der Bund aus einem langen Tal der Agonie und des politischen Abseits herausgeführt und wiederbelebt werden. Das gelang zunächst unabhängig voneinander zwei neuen Gruppen und Fokussen in Bochum und Bielefeld/Bethel. Die Bochumer waren zumeist Student(inn)en um den inzwischen verstorbenen Universitätsprofessor Günter Ewald (Hrsg.: Religiöser Sozialismus, 1977), die der eher konservativen Studentenmission Deutschland (SMD) angehörten. Sie lasen und dis-

kutierten erstaunlicherweise Ragaz' Schriften Von Christus zu Marx – von Marx zu Christus (1929), Die Gleichnisse Jesu (1944), Die Bergpredigt Jesu (1945), Nachdrucke im Furche Verlag Hamburg. Zur anderen Gruppe in Ostwestfalen, bestehend u. a. aus Sozialethikern und Theologen, gehörte Reinhard Gaede, der zu jener Zeit wissenschaftlicher Assistent bei Prof. Wolfgang Schweitzer an der Kirchlichen Hochschule Bethel und Studentenpfarrer war. Reinhard hatte sein Vikariat bei Fritz Hufendiek absolviert, damals Studentenpfarrer in Münster. Mit dem heute fast Neunzigjährigen, der auch einige Jahre lang dem Redaktionsbeirat angehörte, verbindet Reinhard eine tiefe Freundschaft. Sie arbeiteten auch in der Solidarischen Kirche Westfalen zusammen.

Reinhard nahm zu den Bochumern Kontakt auf, und so fanden zwei eher heterogene Gruppen unter christlich-progressivem Dach auf kongeniale Weise zusammen. Bald bildete man gemeinsam den organisatorischen Kern für einen erneuerten Bund der Religiösen Sozialist(inn)en. Der rasch an Zulauf und Bedeutung vor allem im linkskirch-

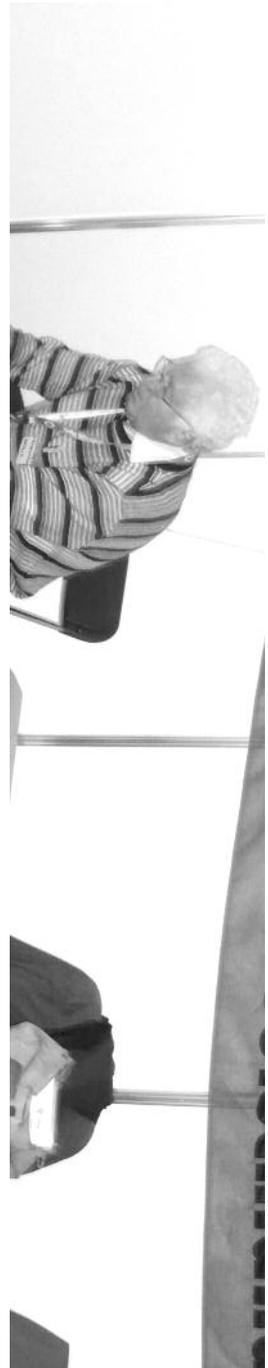


lichen Raum, in studentischen Theologenkreisen und unter sozialwissenschaftlichen und sozialetischen Theoretikern (J. Finnern; S. Katterle) gewann und größer wurde. Als Plattform wurde ein Entwurf für vorläufige Leitsätze des Bundes verfasst, die mehrfach aktualisiert bis 1996 Bestand hatten. Es bildeten sich örtliche Gruppen und fanden häufig zwischendurch auch Veranstaltungen und Seminare statt. Über diese berichtete öfter die Junge Kirche, ihre Ergebnisse schlugen sich aber auch in Büchern nieder (Religiöser Sozialismus und Wirtschaftsordnung, 1980). Und nicht zuletzt profitierte der neue Bund vom politischen Aufschwung am Ausgang der Student(inn)enbewegung und einer sich daran anschließenden sozialliberalen Reformära. Mit dem Bund realisierte sich basiskirchlich auch der berühmte Kanzlerspruch Willy Brandts vom Mehr Demokratie Wagen.

Reinhard Gaede hat diesen Prozess als Aktiver und Mitglied des Bundes vier Jahrzehnte lang nahe begleitet und mit befördert, ohne dass wir im einzelnen die Stationen und seine verschiedenen Funktionen hier alle aufzählen zu können. Ohne ihn, das kann man mit Fug und Recht so sagen, wäre die organisatorische wie publizistische Kontinuität bis heute nicht ge-

wahrt geblieben! Zumal es immer wieder auch Abgänge von wichtigen Mitstreitern gab, Einzelne Alters wegen sich zurückzogen und allgemein seit etwa gegen Ende der 1980er Jahre der Aufschwung im Bund wieder abebbte und seine Aktivitäten zurückgingen bis auf den heutigen Stand. Wo bei gelichteten Reihen wieder ein leichter Aufwärtstrend durch neue Aktive zu verzeichnen ist und sich sogar wieder Gruppen bilden. In bewährter Tradition des Bundes war Reinhard in seinen Berufsjahren als leidenschaftlicher Prediger auch viele Jahre als Pfarrer der Evangelischen Kirchengemeinde Laar im Kirchenkreis Herford tätig. Gelassenheit, Freundlichkeit, Humor, mitunter auch Resoluteit in Auseinandersetzungen und Kämpfen, zeichnen sein sympathisches Wesen aus. Reinhard versteht es, durch seine offene, zugängliche und mitnehmende Art, Menschen für den Bund anzusprechen und für eine Mitarbeit zu interessieren, sei es als aktive Mitglieder, CuS-Abonnent(inn)en, Mitarbeitende im Redaktionskreis (Beirat) von CuS oder auch im Vorstand. Dafür sei ihm großer Dank und bleibende Anerkennung ausgesprochen!

Die Geschichte des reorganisierten Bundes ist in der Zeitschrift an mehreren Stellen profund aufgearbeitet und





dargestellt worden, vor allem vom BRSD- Chronisten Dr. Ulrich Peter (Berlin), der über die Religiösen Sozialist(inn)en in Berlin und Westfalen vor 1933 umfangreiche systematische wissenschaftliche Untersuchungen anstellte und kompakt publizierte. Anlässlich der 90-Jahre-Feier hat Reinhard selbst in CuS seit der Ausgabe 4/2016 in einer fortlaufenden Serie Themen und Aktionsfelder der Religiösen Sozialist(inn)en (Folge III in 2-3/17) eine skizzenhafte Beschreibung der Entwicklung in den letzten 40 Jahren im Überblick vorgenommen, auf die wir ausdrücklich hinweisen wollen. Seit 2006 trifft sich bei Gaedes zuhause in Herford regelmäßig zweimal im Jahr (Frühjahr und Herbst) der von Reinhard ins Leben gerufene Redaktionsbeirat von CuS. Jedes Mal begleitet von freundlicher Bewirtung und bester kulinarischer Versorgung durch Ingelore, seine Frau. Die auch allen als aktive Begleiterin in den vielen Bund-Jahren, besonders bei Evangelischen Kirchentagen und Jahreskonferenzen, wohl bekannt ist und von uns geschätzt wird. Das Ehepaar hat zusammen drei Kinder und inzwischen sind sie auch stolze Großeltern von fünf Enkeln.

Ein Beirat war ein Novum im Unterschied zu früher, als es aktive Redaktionskreise gab mit mehreren Beteiligten.

Reinhard ist dagegen, auch aus der Not der Umbruchsituation 2005 (nach 2004, als es gar keine Ausgaben gab) – als CuS nur mit Hilfe der religiös-sozialen Schweizer Freund(inn)en um Neue Wege erscheinen konnte – zum Arbeitsstil der alleinigen Schriftleitung zurückgekehrt. In Kombination allerdings mit einem ihn beratenden und begleitenden Kreis, dem Beirat, von dem Einzelne auch Artikel verfassen. Zwischen fünf bis zehn Personen (meist älteren Semesters) treffen sich seither zum jedes Mal sehr familiär und persönlich angelegten und abgehaltenen Zusammentreffen und Beisammensein für einige Stunden. Hier findet ein persönlicher Austausch der Beteiligten statt, werden die Schwerpunktthemen von CuS vorbesprochen, die Inhalte der Hefte grob geplant, Rezensionen zu Büchern vergeben und politische Themen in Kirche und Gesellschaft andiskutiert. Daneben achtet Reinhard sehr darauf, dass auch das Persönliche in einer Gesprächsrunde zu Beginn angesprochen und in den Kreis mit einbezogen wird. Hier lernt man ihn als menschlich zugewandten Seelsorger kennen, der zuhören und sich auf die Einzelnen einstellen kann, geduldig, ruhig und fast fürsorglich. Der praktizierende Pfarrer in ihm, als der er auch im Ruhestand

von seiner früheren Gemeinde nach wie vor geschätzt wird. Stets gilt das Angebot, dass wer möchte, auch schon am Vortag anreisen und bei Gaedes übernachten kann. Seine Zusendungen „Zum Sonntag“ mit Predigttexten enthalten stets interessante und geistlich bereichernde Bezüge zu Bibelstellen.

Reinhard ist ein sehr belebter und auch an persönlichen innerkirchlichen Kontakten bestens vernetzter Mensch. Theologisch ist er stark von Ragaz und Tillich geprägt und interpretiert das Evangelium aus der Sicht der Bergpredigt. Er bringt es so auf ansprechende Weise den Menschen nahe. Solidarität und Engagement für die Armen und Bedürftigen stehen bei ihm oben an. In seiner Dissertation 1972 (Promotion bei Prof. Heinz Dietrich Wendland, Universität Münster) widmete er, der Friedensbewegung, der auch über viele Jahre Kriegsdienstverweigerer beriet, sich der kontroversen Diskussion über Krieg

und Frieden im deutschen Protestantismus während der Weimarer Republik und legte dazu auch eine populäre Veröffentlichung vor: Kirche – Christen – Krieg und Frieden, die 1975 im evangelischen Reich-Verlag, Hamburg erschien. Bei diesen Studien stieß Reinhard Gaede unter anderem auf die Positionen von Religiösen Sozialisten wie Ragaz, Wünsch und Tillich und setzte sich mit ihnen auseinander. Das lange vergriffene Buch soll anlässlich seines 75. Geburtstags, um eine aktuelle Einleitung von ihm erweitert, demnächst in einem Bremer Verlag neu erscheinen, ein schönes Geburtstagsgeschenk noch obendrein.

Wir wünschen Reinhard Gaede von Herzen alles Gute, gesundheitlich und auch familiär im Kreis der Kinder und Enkelkinder. Wir freuen uns, ihn aktiv in unserer Mitte zu haben.

*Der Redaktionsbeirat von CuS.
Christ(in) und Sozialist(in), Oktober 2017*

KIRCHE – CHRISTEN KRIEG und FRIEDEN

BRSD Jahrestagung 2017 in Ratzeburg

Mitten im Naturpark Lauenburgische Seen liegt die Inselstadt Ratzeburg. In der 2012 neu erbauten Jugendherberge trafen wir uns. Für viele Mitglieder lag der Tagungs-

ort vielleicht zu weit nördlich. Aber Johan und Ineke hatten es sich nicht nehmen lassen, aus Den Haag/Niederlande herbei zu kommen.

„Lachen und Widerstand“ hieß das Thema. Anneke Ih-

REINHARD
GAEDE



lenfeldt hielt einen Vortrag „Bildpolemik in den Flugblättern der Reformationszeit“. Die Reformatoren wie ihre Gegner um das Papsttum, unterstützt von der Macht der Bilder, schenkten sich nichts, um sich als missgestaltete oder gar vom Teufel beeinflusste Figuren darzustellen. Gut, dass das Reformationsjubiläum als Ökumene-Fest gefeiert werden konnte!

Wir besuchten das A. Paul Weber-Museum. Der Lithograph, Zeichner und Maler arbeitete seit den 1930er Jahren mit dem national-bolschewistischen Kreis um Ernst Niekisch zusammen und war neben Niekisch Mitherausgeber der Zeitschrift „Widerstand. Zeitschrift für nationalrevolutionäre Politik“. Wegen seiner Zeichnungen in der Schrift „Hitler, ein deutsches Verhängnis“ – so treibt eine Woge von Menschen über den Abgrund in einen Sarg mit dem Hakenkreuz-Emblem – kam er am 2. Juli 1937 in das KZ Hamburg-Fuhlsbüttel und wurde in Gefängnissen in Berlin und Nürnberg bis zum 15. Dezember inhaftiert. In den Jahren 1942–1943 wurden 17 Zeichnungen in der satirischen Zeitschrift „Simplizissimus“ veröffentlicht. Bekannt wurden seine Zeichnungen „Das Gerücht“ (1943 – Lithographie 1953), „Der Denunziant“ 1934, „Rückgrat raus“, Lithographie

1951, „Die Herren der Schöpfung“ (Lithographie 1962). Seit 1954 engagierte er sich u. a. für Naturschutz gegen den Krieg.

In Lübeck besuchten wir die Theatervorstellung Henrik Ibsen: Ein Volksfeind. Das Stück handelt von einem Baudearzt. Obwohl er Haus und Anstellung verliert, möchte er im Ort bleiben und weiter seinen Kampf für Wahrheit und Gerechtigkeit führen. Es geht um die Reinhaltung des Wassers. Vertreter in Politik und Verwaltung werden von ökonomischen Interessen geleitet, verdrängen ökologische Probleme ebenso wie den unbequemen Mahner.

In der Mitgliederversammlung wurde „Die Ratzeburger Erklärung“ verabschiedet, die sich gegen Steuerflucht von Superreichen richtet.

Abschied und Neubeginn beim BRSD

Einige vertraute Namen fehlen jetzt. Aus dem Vorstand verabschiedeten sich im Herbst 2015 Fokke Bohlsen, im Herbst 2016 Michael Distelrath, Dieter Hönerhoff, Thorsten de Jong, 2017 Jens-Eberhard Jahn. Allen ehemaligen Vorstandsmitgliedern sagen wir herzlichen Dank für ihr Wirken zugunsten des Bundes. Darius Duncker war 1998–2003 verantwortlicher Redakteur von CuS, hat die Homepage unseres Bundes mitgegründet und bis jetzt betreut,

unterstützt von Thorsten. Auch ihnen sagen wir herzlichen Dank. In ihrer Nachfolge will Thomas Kegel die Homepage gestalten. Jürgen Gorenflo hat unsere Kasse übernommen. Ich selbst habe mich nach meinem 75. Geburtstag aus dem Vorstand

verabschiedet. Weil ich seit 1975 für den BRSD engagiert war, hat mir die Mitgliederversammlung als „Ehrenvorstand“ Blumen überreicht. Gerne bleibe ich noch ein Jahr in der Redaktion (*conditio Jacobaea*).
R.G.

Presseerklärung

Ratzeburger Erklärung

Beschlossen auf der Mitgliederversammlung des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands BRSD e. V. am 18./19. November 2017

Christinnen und Christen fordern gesetzliche Initiativen gegen Steuerflucht der Superreichen – jetzt!

*Gerechtigkeit erhöht ein Volk;
aber die Sünde ist der Leute
Verderben.*

(Buch der Sprüche 14,34)

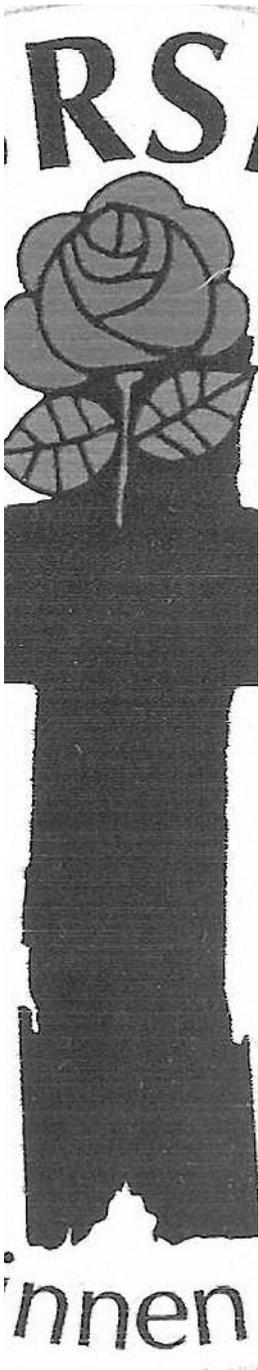
„Paradise Papers, Panama Papers, Luxemburg Leaks, davor die Banken- und Finanzmarkt-Krise ...“ Solche Meldungen kehren gefühlt alle Jahre wieder. Wir lernen daraus, dass die Geldgier immer noch der hauptsächliche Lebenszweck unserer selbstsüchtigen, sündigen* Eliten aus Wirtschaft und Politik und Gesellschaft zu sein scheint.

Die Mechanismen des Prinzips „Geld heckt Geld“, be-

schrieb Marx schon vor 200 Jahren. Angeheizt durch die ständige Nachversorgung der Europäischen und anderer Notenbanken mit Geld in den Finanzmarkt, suchen die Geld Besitzenden, Banken und Mega-Fonds-Gesellschaften nach Rendite versprechenden Anlage-Formen.

Über alle nationalen Grenzen hinweg wird das Geld, das bei denen „da oben“ im Überfluss da ist, in so genannte „Steuerparadiese“ verschoben. Nun ist das alttestamentarische Paradies gerade nicht mit den Steuerparadiesen zu vergleichen. Das Übertreten von religiösen, moralischen und möglicherweise auch gesetzlichen Geboten durch Menschen geschieht allerdings immer wieder – vergleiche die biblische Erzählung über Eva und Adam, die Repräsentanten der Menschheit, ihren Sündenfall und ihre Vertreibung aus dem Paradies (Genesis 3) – genauso wie heute. Heute





geschieht dies allerdings durch die Globale Elite massenhaft und weltweit.

Wir lernen, wie a-moralisch, a-sozial, egoistisch und sündig* im wahrsten Wortsinn diese Vertreter(innen) der weltweiten Eliten sind. Möglicherweise legal, aber keinesfalls legitim, wird Geld trickreich nicht versteuert und damit dem Gemeinwohl entzogen. „Nur ein kleines Beispiel von beliebig vielen: Wenn Superreiche ihre Privatflugzeuge in einem unüberschaubaren Firmen-Ping-Pong verstecken, das am Ende darauf hinausläuft, dass sie ihr eigenes Flugzeug an sich selbst vermieten, sparen sie damit die Mehrwertsteuer. Auf der ganzen Welt tun das Hunderte Superreiche mit Hunderten von Flugzeugen. Schon bei einem einzigen Privatjet entspricht der Steuerausfall locker der Sanierung einer Grundschule – inklusive Mensa-Neubau.“ – so der Journalist A. Feuerbacher im Radiosender NDR Info am 6.11.2017.

Mit moralischen Vorwürfen ist diesen Eliten nicht beizukommen. Der Vorwurf des Betrugs, zum Nachteil der Bevölkerung – biblisch gesprochen, der Versündigung an Gott und dem nächsten Mitmenschen –, ist denen egal.

Deshalb fordern wir vom Bund der Religiösen Sozial-

list(inn)en Deutschlands (BRSD), als Christinnen und Christen: Sofortige Einführung der Transaktionssteuer – als gutes Vorbild zuerst in Deutschland, danach in Europa.

Außerdem fordern wir von der deutschen und europäischen Politik:

Schließt die Steuerfluchtzentren – zunächst in Deutschland, danach in Europa!

Verfahren

Und so wäre das umzusetzen: „Die (europäischen) Parlamente müssten nur beschließen, dass Banken, die Geschäfte mit Firmen auf der Isle of Man, den Kaiman-Inseln und anderen steuerfreien Zwergstaaten betreiben wollen, kein Konto mehr bei der EZB oder Federal Reserve bekommen, folglich also nicht mehr in Euro oder Dollar handeln könnten. Sofort würden alle internationalen Banken dieses Geschäft einstellen, und der Spuk wäre vorbei. Den Vorschlag machte Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt schon vor elf Jahren.“ – so der Journalist H. Schumann im Berliner Tagesspiegel vom 6.11.2017

Meistens behaupten die Politische Klasse und der bundesdeutsche Finanzminister, dass gegen die Steuerflucht der Reichen nichts getan werden kann. Da wird dann mit der unterschied-

lichen Gesetzgebung in den EU – Ländern oder im globalen reichen Norden (schein-)argumentiert.

In der Online-Ausgabe der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ (zeit.de) vom 10.11.2017 hat der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Andreas Peichl unter dem Titel „Notfalls allein gegen das Paradies“ einen Aktionsplan zur Gesetzgebung gegen die Steuerflucht in Deutschland veröffentlicht. Hier wird genau nachgewiesen, wie es doch gehen könnte, mit Gesetzen und anderen juristischen Mitteln gegen die Steuerflucht politisch anzugehen.

Diesem Aktionsplan zu einer entsprechenden Gesetzgebung schließen wir uns in unserer Erklärung ausdrücklich an und fordern die sofortige Umsetzung durch die Bundesregierung.

Notfalls allein gegen das Steuerflucht-„Paradies“!

Es heißt immer, gegen die Flucht in Steueroasen kann nur international vorgegangen werden. Das stimmt nicht. Deutschland könnte mehr unternehmen – wenn es nur wollte.

Wie das ginge? Die neue Bundesregierung könnte folgende vier Maßnahmen sofort angehen:

Vier Maßnahmen sind nötig:

1. *Abschrecken und Gesetze verschärfen*
2. *Transparenz durch Unternehmensregister und digitale Verwaltung*
3. *Kampf gegen Geldwäsche und eine Bundessteuerbehörde*
4. *Schwarze Liste und Sanktionen*

Neue Bundesregierung muss entschieden handeln!

Anmerkungen:

() Sünde: ein in unserem Alltag fast verloren gegangener Begriff. Immer weniger Menschen sehen sich als vor Gott stehende Personen, die in der Rückbindung an Gott ihr gelingendes Leben verwirklichen. Auch die Beziehung zu den Mitmenschen und in vielfacher Hinsicht zu sich selbst sind wohl verloren gegangen. Das aber ist der Inhalt eines modernen theologischen Sündenbegriffs: Sünde „steht jenseits von Moral und Gesetz als Verletzung des Lebens, der Liebe und Gottes, als Lebenswidrigkeit, Liebelosigkeit und Gottlosigkeit.“ Sünde meint „die Verhältnislosigkeit (...), der Bruch aller Beziehungen, die rücksichtslose Selbstperspektive (...) Lit.: Evangelischer Erwachsenenkatechismus, Hannover 2010, 8. üa. u. erw. Aufl., S. 222 f.*

Paul Tillich (1886–1965, Theologe, bekannter Vertreter des Religiösen Sozialismus), hat vorgeschlagen, den biblischen





Begriff der Sünde (griechisch: hamartia) durch den Begriff der Entfremdung (philosophische Begriffe bei Hegel und Marx) zu erklären: „Der Mensch und seine Welt befinden sich im Zustand existentieller Entfremdung: im Unglauben, in der hybris, in der Konkupiszenz. (Systematische Theologie II, Stuttgart 1958, 3. Aufl., S. 69. Das Buch handelt von der Entfremdung des Menschen und seiner Erlösung zum Neuen Sein.) Entfremdung als Unglaube ist Entfremdung von Gott, sein Zentrum vom göttlichen Zentrum zu entfernen. „Im Akt des Unglaubens wird die Erkenntnis-Einheit mit Gott zerrissen.“ (ebd. S. 55) Unglaube ist „Trennung des menschlichen Willens von Gottes Willen“. (ebd. S. 56) Entfremdung als Hybris ist Selbstüberhebung, „sich selbst zum Zentrum seines Selbst und seiner Welt zu machen.“ (ebd. S. 57f.) Entfremdung als Kon-

kupiszenz ist die Sehnsucht, „unbegrenzten Überfluss zu erlangen“. (ebd. S. 60) Beispiele aus der Literatur (nach Kierkegard): Kaiser Nero verkörpert „dämonische Konsequenzen unbegrenzter Macht“. Don Juan (nach Mozart) verkörpert unbegrenztes „sexuelles Streben“. Goethes Faust steht für „grenzenloses Streben nach Erkenntnis“ im Pakt mit dem Teufel. (ebd. S. 61)

Prof. Dr. Andreas Peichl leitet das ifo Zentrum für Makoökonomik und Befragungen. Er ist außerdem Professor für Makroökonomie und Finanzwissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Seine Veröffentlichung (am 10. November 2017, 11:55 Uhr) zum Thema: <http://www.zeit.de/wirtschaft/unternehmen/2017-11/steuerflucht-bekaempfung-aktionsplan-deutschland-gesetze/komplettansicht>

Bilder und Fotos

Familie Gaede	1, 77–81
Claus Petersen.....	7
Wilfried Gaum.....	11
Redaktion.....	12,16
Philipp Geizhaus	18
Religiös-Sozialistische Vereinigung der Deutschschweiz.....	20, 25
Klaus Fuchs-Kittowski	29, 34
Franz Segbers	46
Michael Bünker	51
Elmar Klink	62
Marcello Fernandez, Streik bei Neupack	64
Otto Brenner Stiftung	65
DGB, dgbrechtsschutz.de	66
Mobbing-am-Arbeitsplatz, arbeitsrechte.de	67
Grab, Gustav Landauer	68
Gustav Landauer, Wikipedia	70
Verlag Edition AV	69, 71
Eberhard Arnold, Wikipedia.....	72
Ha-galil.com, Gustav-Landauer-Denkmal	73
Verlag J.H.W.Dietz, Nachf.	74
Christoph Blumhardt, Wikipedia	75
BRSD, Symbol	82
Andreas Peichl.....	83
Paul Tillich, Büste, Wikipedia	84

Autorinnen und Autoren

Johann Bauer
siliu@gmx.net
c/o Redaktion

Dr. Michael Bünker
Ev. Kirche in Österreich
Severin-Schreiber-Gasse 3
A-1180 Wien

**Prof. Dr. Klaus
Fuchs-Kittowski**
Treskowallee 8
10313 Berlin

Wilfried Gaum
St.-Georg-Str. 26
30890 Barsinghausen

Philipp Geizhaus
c/o Institut für Theologie

und Politik
Friedrich-Ebert-Str. 7
48153 Münster

Elmar Klink
Thielenstr.13/15
28215 Bremen

Dr. Claus Petersen
Herschelstraße 31
90443 Nürnberg

Prof. Dr. Franz Segbers
Nonnbornstrasse 14a
65779 Kelkheim

Dr. Günter Zwanzig
Eichenweg 12
D-91054 Erlangen

Mitarbeit: CuS versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, theologischer und politischer Diskussion, Aktualisierung religiös-sozialistischer Theologie und Politik, Aufarbeitung religiös-sozialistischer Geschichte und von Beiträgen, die sich um die Entwicklung einer Befreiungstheologie und einer entsprechenden Praxis in und für Europa bemühen. **Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte, auch mit Bildern.** (Allerdings können wir dafür nicht haften.) Wir danken unseren Autor(inn)en für ihre ehrenamtliche Mitarbeit. Auch Texte, die der Meinung der Redaktion nicht entsprechen, aber für unsere Leserinnen und Leser interessant sind, werden veröffentlicht. Gleiches gilt für Leser(innen)briefe. Wer regelmäßig geistesverwandte fremdsprachige Zeitschriften liest, sollte uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen.

Artikel: Da die Redaktionsarbeit unentgeltlich erfolgt, haben wir nur in Ausnahmefällen Zeit für das Eingeben von Manuskripten. Wir bitten, uns Texte und Bilder folgendermaßen zuzusenden:

- **Texte** in einem der PC-/Mac-üblichen Formate (RTF, TXT oder DOC) auf CD oder per E-Mail.
- **Bilder** bitte digital als JPG-, TIFF-, EPS- oder PDF-Format mit mindestens 300 dpi Auflösung. Keine Internetbilder (!), da sie nicht den Anforderungen des Offsetdrucks entsprechen. Im Notfall als scanfähiges Foto per Post.
Adresse: cus@brsd.de oder reinhard-gaede@gmx.de, bzw. Reinhard Gaede, Wiesestr. 65, 32052 Herford.

Sprache: Wir wünschen uns eine Sprache, die die weibliche und männliche Form gleichermaßen berücksichtigt.

Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden die Redaktion. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

CuS. Christ und Sozialist. Christin und Sozialistin. Kreuz und Rose

Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V./www.BRSD.de

Erscheint seit 1948 (vorher gab es bis zur Unterdrückung durch den Hitler-Faschismus: Das Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes 1924–1933, das Rote Blatt der Katholischen Sozialisten 1929–1930 und die Zeitschrift für Religion und Sozialismus 1929–1933).

Helmut Gollwitzer: Warum bin ich als Christ Sozialist? Warum wird ein Mensch Sozialist?

Ein Mensch wird Sozialist, weil er entweder durch die Schäden des gegenwärtigen Gesellschafts-systems selber schwer getroffen ist, oder weil er sich mit diesen Betroffenen identifiziert, aus moralischen Motiven oder aus rationaler Einsicht in die Dringlichkeit revolutionären Veränderung oder aus beidem.

Ein Mensch wird Sozialist, wenn er die gesellschaftlichen Schäden nicht nur als Einzelphänomene erfährt oder beobachtet, sondern die Vordergrundphänomene durchschaut auf ihren Zusammenhang hin: den Zusammenhang, den sie untereinander haben und den Zusammenhang mit den Grundstrukturen der gegenwärtigen Gesellschaft, mit der in ihr dominierenden Produktionsweise.

Solche Vordergrundphänomene waren schon seit dem Frühkapitalismus: Arbeitslosigkeit, krasse Ungleichheit der Chancen und der Lebensverhältnisse, verheerende Wirkung der kapitalistischen Krisen auf ungezählte Existenzen, Ökonomische Ursachen internationaler Konflikte (Kriege), militärisch-industrieller Komplex (Rüstungsindustrie, Waffenhandel), Versklavung anderer Völker (Kolonialismus). – Hinzugekommen sind heute: Ressourcenvergeudung, Unmenschlichkeit der Städte, Landschaftszerstörung, Erhöhung der Produktivität durch verschärfte Zerstückelung und Mechanisierung der Arbeit (Taylorisierung) und der Effektivitätskontrolle, Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen und Entqualifizierung der Arbeit durch neue Technologie, Diskrepanz zwischen Befriedigung der Konsumbedürfnisse und Frustration in den Lebensbedürfnissen, Kommerzialisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen und der Sexualität, Zerfall der Familie, Unterwerfung der Bürger unter bürokratisch-technokratische Apparate.

Hinzu kommt, dass gleichzeitig mit der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der breiten Masse in den Industriestaaten die materielle Verelendung der Mehrheit der Weltbevölkerung ein in der Geschichte noch nie gesehenes Ausmaß erreicht hat. Die Frage drängt sich auf, ob der Wohlstand hier und das Elend dort ursächlich zusammengehören wie zwei Seiten derselben Medaille. (Auszug aus: Warum bin ich als Christ Sozialist?, CuS 1/1980)

Abonnements:

Per Post:
BRSD, Jürgen Gorenflo,
Hollunderweg 8 b, 22850 Norderstedt

Per Telephon:
0 40/8 22 64 58

Per E-Mail:
jgorenflo@web.de

Bezugspreise (inkl. Versand):

Inland € 20,- pro Jahr · Ausland € 30,-, pro Jahr
Förderabonnement € 25,- oder mehr. Bitte über-
weisen Sie den Betrag jeweils zum Jahresbeginn
an den BRSD e.V.

KD-Bank · IBAN DE15 3506 0190 2119 4570 10
BIC GENODED1DKD

Kündigungen werden zum Jahresende wirksam